

Asel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-17
Anzeigengestaltung Metzger (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 120 Dr., Großbritannien 50 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 400,00 Din., Luxemburg 25,00 Fr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 14 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 3,00 skr., Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 750 TL.

exklusiv in der WELT:



Boykott und Blockade

„Ein Flugzeugträger ist nicht die ideale antiterroristische Waffe.“ Auf diese Kurzform bringt in einem WELT-Interview der international renommierte Terrorismus-Experte Professor Walter Laqueur seine Kritik an den amerikanischen Luftangriffen auf Tripolis und Bengasi. „Wenn man eine Nuß knacken will, dann braucht man dazu das richtige Instrument und nicht eine riesige, komplizierte Maschine, die dann möglicherweise die Aufgabe gar nicht löst“, meint Laqueur, der zur Zeit Vorsitzender des „International Research Council“ an der Georgetown Universität in Washington ist. Im Gespräch mit WELT-Korrespondent Fritz Wirth nennt Laqueur als möglicherweise geeigneteres Mittel gegen den Terrorismus einen wirtschaftlichen Boykott bis hin zur Blockade. Diese Alternative sei jedoch durch die Haltung der europäischen Staaten erheblich erschwert worden. Für den Fall einer größeren terroristischen Kampagne Khadafis erwartet Laqueur einen wieder engeren Zusammenschluß des atlantischen Bündnisses.

POLITIK

Experimente: Ein Verbot von Versuchen an noch lebenden abgetriebenen Föten sieht der Diskussionsentwurf für ein Embryonen-Schutzgesetz vor, der vom Bundesjustizministerium in Absprache mit dem Forschungsinstitut erarbeitet worden ist.

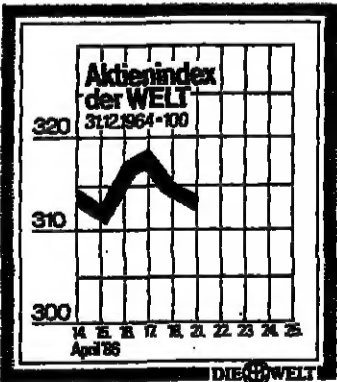
„Verführt“: Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers von Gesamtmetall, Kirchen, eine „Spätfolge der ersten Bildungspolitik in der ersten Hälfte der 70er Jahre“. Damals seien zu viele Jugendliche, die Facharbeiter hätten werden können, zum Studium „verführt“ worden.

Zumutbar: Kriegsbeschädigte müssen eine zumutbare berufliche Tätigkeit ausüben. Geschlechts nicht, so bleibt der dadurch eintretende finanzielle Schaden auch bei der späteren Hinterbliebenen-Versorgung unberücksichtigt (AZ: Bundesverwaltungsgericht 9 RV 18/84).

WIRTSCHAFT

Fernsehen: Der italienische Fernsehproduzent Silvio Berlusconi ist dabei, seine Aktivitäten im europäischen Fernsehgeschäft auszuweiten. Dabei spielt auch die Einsicht eine Rolle, daß Italien für das hauseigene Privatfernsehen zu eng zu werden beginnt. Sinkende Preise für einzelne Spots mindern die Einnahmen. (S. 14)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten setzte sich die Tendenz zu Gewinnmitnahmen fort. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 313,95 (315,39). BHF Rentenindex 108,493 (108,545). BHF Performance Index 105,341 (105,392). Dollarmittelkurs 2,2053 (2,2240) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,40 (342,75) Dollar.



KULTUR

Baukunst: Die Sehnsucht nach Weite und Unversehrtheit - Das Frankfurter Architekturmuseum zeigt vier Ausstellungen von der Antike bis zur Gegenwart; eine geradezu abenteuerliche Zusammenstellung. (S. 23)

SPORT

Tennis: Beim internationalen Damen-Tennisturnier in Amelia Island (USA) bezwang Steffi Graf aus Heidelberg im Finale die Saarbrückerin Claudia Kohde mit 6:4, 6:7 und 7:6. (S. 3)

AUS ALLER WELT

Camorra: Die neapolitanische Verbrecherorganisation floriert weiter, obwohl der oberste Boss im Gefängnis sitzt. Seine 49 Jahre alte Schwester soll jetzt als „graue Eminenz“ die Fäden erfolgreich in Händen halten. (S. 24)

Umwelt - Forschung - Technik Seite 8
Leserbriefe und Personalien Seite 10
Fernsehen Seite 22
Wetter: Schauer und mild Seite 24

Die FDP hat Sorgen um Resonanz bei den Wählern

Koalitions-Gerangel über Gesetze / Schlechte Umfrage-Ergebnisse in Niedersachsen

DIETHART GOOS, Bonn
Im Kanzleramt werden mit zunehmender Sorge die Reibereien zwischen CDU und FDP beobachtet. Die Profilierungsbemühungen angesichts wichtiger Landtags- (Bayern und Niedersachsen) und des näher rückenden Bundestags-Wahltermins sorgen offensichtlich noch für eine zusätzliche Verschärfung des koalitionsinternen Tonfalls.

Neuester Streitpunkt ist wieder die Auseinandersetzung um die Sicherheitsgesetze: Die Union verlangt für Donnerstag die erste Lesung des Gesetzes über die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste (ZAG), für die FDP meldete Generalsekretär Haussmann nach einer Sitzung seines Parteipräsidiums Widerstand an. Die CDU/CSU war überrascht, sie erhoffte davon aus Agenturmeldungen. Die Koalitionsrunde heute hat damit ein weiteres Problem zu bewältigen.

Nach Darstellung von Haussmann ist es zu früh, bereits jetzt den Entwurf der Bundesregierung zum ZAG im Bundestag zu behandeln. Vielmehr gelte der Koalitionsabfahrlan, wonach die Bundesländer zunächst

Stellungnahmen zum ZAG abzugeben haben und, wo erforderlich, ihre Landesparlamente ändern. Außerdem habe der Regierungsentwurf noch nicht den Fraktionen zur eingehenden Beratung vorgelegen.

Im FDP-Präsidium wurden neue scharfe Angriffe von der CDU auf die Freien Demokraten mit großer Verärgerung registriert. So hatte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, gestern morgen in einem Rundfunkinterview der FDP im Zusammenhang mit der Behandlung der Sicherheitsgesetze unverantwortliches Verhalten vorgeworfen. Besonders attackierte Stoiber Außenminister Genscher. Dieser habe dem ZAG im Bundeskabinett zugestimmt, der Bundesrat habe sich damit bereits beschäftigt, und die Stellungnahmen der Länder lägen bereits vor. Doch die FDP drücke dem ZAG einen „Stempel der Saumseligkeit“ auf.

Auf Stoibers Attacken antworteten postwendend die Experten für innere Sicherheit der FDP-Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch und Gerhart Baum. Die Öffentlichkeit werde Zeugnis eines bedauerlichen Machtkampfes

innerhalb der CSU um die Nachfolge von Ministerpräsident Strauß. Stoiber selbst sei das größte Hindernis bei der sachgerechten Beratung der anstehenden Sicherheitsgesetze.

Sorgen bereiten der FDP-Führung aber nicht nur Streitigkeiten in der Koalition. Die Ausgangslage der niedersächsischen Landtagswahlkampfs bietet nach jüngsten Umfrageergebnissen (3,9 Prozent) keinen Anlaß zum Optimismus. Gemeinsam mit den Spitzenvertretern der niedersächsischen FDP wurde vereinbart, in den Wochen bis zum Wahlsonntag am 15. Juni eine spektakuläre FDP-Offensive mit allen maßgeblichen Bundespolitikern in Niedersachsen zu veranstalten. Es sei das Ziel der FDP, erklärte ihr Spitzenkandidat Walter Hürche nach der Präsidiumssitzung, mit der CDU in Hannover eine Koalition einzugehen, um so die Bundesratsmehrheit zu verteidigen. Ein Zusammengehen mit der SPD lehnt Hürche ab. Ihr Spitzenkandidat Gerhard Schröder verfechte eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die für Liberale unannehmbar sei.

Berlin präsentiert sich als Hauptstadt

Diepgen: 750-Jahr-Feier ist auch Standortbestimmung / Gemeinsamkeiten mit Ostteil

BERNT CONRAD, Bonn
Berlin will sich bei der 750-Jahr-Feier der Stadt im kommenden Jahr nach Angaben seines Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen als „Hauptstadt Deutschlands im geistig-kulturellen Sinne“, als weltoffene Metropole und als ein Zukunftszentrum präsentieren. Der bevorstehende Geburtstag sei zugleich nachdenkliche Erinnerung und Standortbestimmung und erfordere Antworten für die Zukunft, sagte Diepgen vor der Presse in Bonn.

Der Bürgermeister dankte der Bundesregierung, vor allem dem Kanzler, für das Geschenk des Deutschen Historischen Museums, dessen Grundstein am 28. 10. 1987 gelegt werden soll. Mit der gestern vorgestellten Grundkonzeption der Sachverständigenkommission trete die Planung in ihre entscheidende Phase.

Wenn es wohl auch keine gemeinsamen Veranstaltungen beider Hälften der geteilten Stadt geben werde, könne und dürfe die 750-Jahr-Feier kein Fest der Trennung werden, be-

tonte Diepgen. „Wir wollen soviel gegenseitige Information, Gedankenaustausch und Abstimmung, gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme wie möglich. Fest steht, daß es immerhin Konzerte und Gastspiele geben wird, die an einem Abend im Westteil und am anderen im Ostteil Berlins stattfinden.“ Er rufe dazu auf, durch möglichst viele Besuche in West- und Ost-Berlin persönlich die Gemeinsamkeit und die Einheit der Stadt zu demonstrieren.

Der Regierende Bürgermeister wies darauf hin, daß es angesichts der Interessenslage „DDR“, besonders der Inanspruchnahme Ost-Berlins als „Hauptstadt der DDR“, Grenzen der Zusammenarbeit gebe. Deshalb dürfe man sich keine Illusionen machen, sondern müsse pragmatisch an die Fragen des Zusammenwirkens herangehen. Diepgen äußerte die Hoffnung, daß vom kommenden Jahr an die Möglichkeiten zum Besuch von Veranstaltungen in Ost-Berlin verbessert werden könnten. Eigentlich müßte es im Interesse der „DDR“

liegen, den Besucherverkehr von Ost nach West und von West nach Ost zu erleichtern.

Nachdrücklich plädierte der Berliner CDU-Politiker für einen „Dialog mit Substanz“ zwischen Bonn und Ost-Berlin, der auf ganz konkrete Projekte gerichtet sein sollte. Zugleich wiederholte er seine schon im Bundestag ausgesprochene Warnung, es dürfe weder im innerdeutschen Bereich noch in der Außenpolitik einen „Dialog an Berlin vorbei“ geben.

Einen Besuch des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Bonn bezeichnete Diepgen als „möglich“, hob jedoch hervor: „Die Deutschlandpolitik rankt sich nicht nur um die Frage, ob Herr Honecker heute oder morgen in die Bundesrepublik Deutschland kommt.“ Insgesamt bestehe ein Interesse der „DDR“-Führung an der Reise. Sie könne auch mit Fortschritten im deutsch-deutschen Verhältnis verbunden sein. Die Diskussion jedoch, wann Herr Honecker komme, sei „völlig müßig“.

Honecker gab seine Wahl selbst bekannt

Politbüro um vier Mitglieder vergrößert / Häber wieder Berater des SED-Chefs

DIETER DOSE, Berlin
Die gebaltete Faust gereckt und die „Internationale“ auf den Lippen - so ließ sich Erich Honecker (73) feiern. Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende gab seine Wiederwahl als Generalsekretär der SED selbst bekannt. Zum vierten Mal seit 1971 ist Honecker gewählt worden. Er wurde damals der Nachfolger von Walter Ulbricht. Einstimmig erfolgte auch jetzt die Wahl Honeckers.

Der 11. SED-Parteitag endete dennoch mit einer kleinen Überraschung, denn das Politbüro als höchstes Gremium der Partei wurde von 18 auf 22 Mitglieder vergrößert. Erich Honecker hat damit seine Basis erweitert. Neben Verteidigungsminister Heinz Kessler kamen die drei Parteichefs aus den „DDR“-Bezirken in das Politbüro: Hans-Joachim Böhm (Halle), Werner Eberlein (Magdeburg) und Siegfried Lorenz (Karl-Marx-Stadt/Chemnitz). Für die beiden letzteren eine steile Parteilanreise. Erst im November vergangenen Jahres waren sie zu Kandidaten des

Politbüros berufen worden. Lorenz und Kessler kommen zudem - wie Honecker - aus dem Führungskader der FDJ.

Auf dem SED-Parteitag ist überraschend wieder der ehemalige Bonn-Experte und Berater Honeckers in deutschlandpolitischen Fragen, Herbert Häber, aufgetaucht. Er hatte im vergangenen Jahr seinen Sitz im Politbüro aus gesundheitlichen Gründen verloren. Häber, der Mitarbeiter

Zwangsvereinigung zwischen KPD und SPD zur SED statt.

Beim Besuch des Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober“ im Ostberliner Stadtteil Weißensee nahm der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow, der am Sonntag seine Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen mit US-Präsident Reagan bekräftigt hatte, vor Arbeitern noch einmal zur weltpolitischen Situation Stellung. Gorbatschow plädierte für die Auflösung der Militärblocke in Europa und betonte, Ost und West sollten nicht versuchen, sich gegenseitig ihre Systeme aufzuzwingen. „Wir werden uns von niemandem überrollen lassen, auch nicht bei einem neuen Gipfeltreffen“, sagte Gorbatschow. Denn oft sei er in letzter Zeit gefragt worden, ob der Westen nicht versuche, die Länder des sozialistischen Lagers zu betrogen. Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Paktes „haben eine feste und zuverlässige Verteidigung“.

Kölner dürfen nicht zu Hause spielen

Hannover und das Münchner Olympiastadion. Das Hinspiel in Madrid findet am 30. April statt.

Der 1. FC Köln hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt. Die Frist dafür läuft am kommenden Mittwoch um 24 Uhr ab.

Bisher hatte die UEFA noch keine Mannschaft für das Verhalten ihrer Fans bei einem Auswärtsspiel derart drakonisch bestraft wie jetzt die Kölner. Ein im weitesten Sinne verhängenes Urteil hat das unter demselben Kommissions-Vorsitzenden Alberto Barne allerdings schon einmal gegen eine deutsche Mannschaft verhängt.

1971 mußte Borussia Mönchengladbach nach dem Büchsenwurf gegen Roberto Boninsegna im Achtelfinale-Hinspiel um den Landesmeisterpokal gegen Inter Mailand den Bökelberg verlassen und das neugesetzte Spiel im Berlin austragen. Die Gladbacher konnten an das 7:1 aus der ersten Begegnung nicht anknüpfen.

an der Akademie für Gesellschaftswissenschaft des Zentralkomitees der SED ist, daß im Präsidium der Parteikassen. Auch der ehemalige SED-Parteichef von Ost-Berlin, Konrad Naumann, war noch als Delegierter dabei. Er war bei Honecker in Ungnade gefallen und mußte ebenfalls 1985 das Politbüro verlassen. Den Schlußtag ihres Parteitag hatte die SED bei ihm auf den 21. April gelegt. An diesem Tag vor 40 Jahren fand die

die Wiederholungs-Partie endete torlos und bedeutete das Aus.

Im Falle der randalierenden Fans aus Köln in Kortrijk sprach die UEFA von „äußerst schwerwiegenden Vorverurteilungen“. Der zuständige Abteilungsleiter verwies auf drei vergleichbare Fälle: Manchester United (1977), Trabzonspor (1978) und Westham United (1980). Auch hier mußten Gastvereine für ihre randalierenden Fans mit Stadionsperren und Nachholspielen in einem für Zuschauer nicht zugänglichen Stadion büßen.

Einer dieser Präzedenzfälle kann als Warnung dienen. Westham United war nach schweren Ausschreitungen englischer Fans in Madrid beim FC Castilla zunächst mit einer Platzsperr für zwei Heimspiele belegt worden, in der Berufung wurde das Urteil jedoch in ein Heimspiel unter Ausschuß der Öffentlichkeit geändert.

Für den 1. FC Köln würde eine solche Verschärfung einen Einnahmeverlust bis zu drei Millionen Mark bedeuten.

DER KOMMENTAR

Gegängelte Kultur

GÜNTER ZEHR

Ideologische Lockerungsübungen gab es auf dem Ostberliner Parteitag nicht einmal im Ansatz, stattdessen Aufrufe zur „Geschlossenheit“ und bärbeißige Ermahnungen, die Partei- und Staatsmacht „nicht anzutasten“. Das läßt nichts Gutes für die Kulturpolitik der SED erwarten.

„Wer nicht direkt gegen uns ist, der ist schon für uns“, verkündete einst der ungarische Parteisekretär Kádár. In Ost-Berlin regiert jetzt eher die entgegengesetzte Losung: „Wer nicht ausdrücklich für uns ist, der ist im Grunde schon gegen uns“. Literaten und Künstler müssen sich sagen lassen, daß ihre Gleichgültigkeit und ihr „Nihilismus“ angesichts der sozialistischen Errungenschaften nicht mehr lange geduldet werde. „Positive Helden“ sind wieder gefragt, kernige Porträts von hochgebildeten Betriebs-Parteisekretären für das angepöbelte Computerzeitalter.

Die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz ist zum erklärten Lieblingskind des

Zentralkomitees geworden. Mit ihrer Hilfe soll der „Durchbruch“ geschafft werden, sollen die Innovationen sprießen. Dafür ist man sogar bereit, Ballast aus dem Kernbestand der Theorie über Bord zu werfen. „Soziale Differenzierungen sind kein Unfall, sondern Voraussetzung für technologische Effizienz“, verkündete soeben Star-Ökonom Prof. Kuczynski.

Die Frage ist freilich, ob dies so ohne weiteres möglich ist: Die technische Intelligenz streicheln und die kulturelle Intelligenz gleichzeitig gängeln. Der Umgang mit den neuen Medien erfordert von Haus eine gewisse Liberalisierung des geistigen Lebens, individuelle Verantwortung, horizontale Vernetzung. Und die soziale Differenzierung erzeugt spontan differenzierte kulturelle Bedürfnisse, die schwerlich von einer gegängelten Kultur befriedigt werden können. Wer A sagt, der muß letztlich auch B sagen. Die SED wird um diese unbequeme Erkenntnis nicht herumkommen.

Diskriminierung für Ausreisende

A.Z. Bern

Die Aussiedlungen deutscher Volkszugehöriger aus den Ostblockländern sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Ausreisen aus der Sowjetunion haben 1985 einen Tiefstand erreicht. Gleichzeitig nimmt die Diskriminierung von Antragstellern zu. Dies berichtete der deutsche Delegationsleiter Ekkehard Eickhoff vor dem Plenum der KSZE-Expertentagung in Bern. Relativ günstig entwickle sich die Familiensammenführung aus der „DDR“.

Seite 5: KSZE

Brandt sprach mit Südafrikas Premier

DW. Kapstadt

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ist gestern zum Abschluß seiner einwöchigen Reise durch Südafrika mit Staatspräsident Botha zusammengetroffen. Er bezeichnete die einstündige Unterredung in Kapstadt als „ziemlich ausführlich und sehr unbedingend“. Botha habe bekannte Standpunkte vertreten. Ein Besuch bei dem inhaftierten Schwarzen-Führer Nelson Mandela wurde Brandt nicht gestattet.

Seite 12: Botha wehrt Kritik ab

Früherkennung mit Computer

DW. Bonn

Der Lungenkrebs ist wegen seiner geringen Heilungschance von nur fünf Prozent eine der bedrohlichsten Tumorerkrankungen. Besserung verspricht jetzt ein neues Computer-unterstütztes Diagnoseverfahren, das an der Universität Aachen entwickelt worden ist. Es hilft, den Tumor früher zu erkennen, und kann auch für die Routineuntersuchung von Risikogruppen - vor allem also von Rauchern - eingesetzt werden.

Seite 8: Erfahrung zählt

Flick-Aktie geht an den Markt

J. G. Düsseldorf

Als größte Neuemission am deutschen Aktienmarkt der Nachkriegszeit startete die Deutsche Bank am 24. April den Gesamtverkauf des industriellen Kernbereichs aus dem früheren Flick-Konzern zum Stückpreis von 285 Mark für die sieben Millionen Aktien der neuen Konzernholding Feldmühle Nobel AG. Der Gesamtbetrag für die Platzierung dieser offensichtlich gut fundierten Aktie liegt bei knapp zwei Milliarden Mark.

Seite 15: Größte Neuemission

Tokio mobilisiert für Gipfel alle Sicherheits-Reserven

Jeder Polizist ist im Einsatz / Bomben-Werkstatt ausgehoben

DW. Tokio
Angesichts der weltweiten Terrorwelle haben die japanischen Polizeibehörden für die vom 4. bis 6. Mai in Tokio stattfindende Gipfelkonferenz der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten die schärfsten Sicherheitsvorkehrungen der japanischen Geschichte getroffen. „Auf die eine oder andere Weise ist jeder unserer 250 000 Beamten an dem Einsatz beteiligt“, sagt ein Beamter der japanischen staatlichen Polizei. Die Zahl der Beamten, die direkt mit dem Schutz des Tagungsortes und der sieben Staats- und Regierungschefs betraut sind, wird auf etwa 30 000 Mann geschätzt.

Andere Polizisten werden jedoch in der Nähe des Tagungsortes, einer Burg aus dem 17. Jahrhundert, sowie an der Zufahrtsstraßen jedes Hauses gründlich unter die Lupe genommen. Außerdem gilt es, die 200 000 Besitzer von Schusswaffen sowie die Benutzer von Sprengstoff und gefährlichen Chemikalien zu überprüfen.

Die Wachsamkeit der Polizei zeigt bereits jetzt erste Erfolge: Die Ord-

Kanzler schreibt an Gorbatschow

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow in zwei vertraulichen Briefen Vorschläge für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau übermittelt. Dies gab Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern bekannt, ohne Einzelheiten des Inhalts mitzuteilen oder auch nur anzudeuten, ob Gorbatschow die Briefe inzwischen beantwortet hat.

Die Bekanntgabe von Kohls Initiative war in einer ausführlichen, bemerkenswert positiven Stellungnahme zu jüngsten Äußerungen des sowjetischen Generalsekretärs über ein noch in diesem Jahr wünschenswertes zweites Gipfeltreffen mit Ronald Reagan und zu den Vorschlägen Gorbatschows über eine konventionelle Abrüstung enthalten. Der Regierungssprecher sagte, der Kanzler habe schon früher konkrete Ergebnisse des nächsten Gipfeltreffens als notwendig bezeichnet.

Mit seinen Anregungen für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte habe Gorbatschow Sorgen der Westeuropäer aufgegriffen. Dies sei ein Schritt nach vorn, fuhr Ost fort. Allerdings seien die Vorschläge sehr allgemein gehalten und müßten nun konkretisiert werden.

Flick-Aktie geht an den Markt

J. G. Düsseldorf

Als größte Neuemission am deutschen Aktienmarkt der Nachkriegszeit startete die Deutsche Bank am 24. April den Gesamtverkauf des industriellen Kernbereichs aus dem früheren Flick-Konzern zum Stückpreis von 285 Mark für die sieben Millionen Aktien der neuen Konzernholding Feldmühle Nobel AG. Der Gesamtbetrag für die Platzierung dieser offensichtlich gut fundierten Aktie liegt bei knapp zwei Milliarden Mark.

Seite 15: Größte Neuemission

Tokio mobilisiert für Gipfel alle Sicherheits-Reserven

Jeder Polizist ist im Einsatz / Bomben-Werkstatt ausgehoben

DW. Tokio
Angesichts der weltweiten Terrorwelle haben die japanischen Polizeibehörden für die vom 4. bis 6. Mai in Tokio stattfindende Gipfelkonferenz der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten die schärfsten Sicherheitsvorkehrungen der japanischen Geschichte getroffen. „Auf die eine oder andere Weise ist jeder unserer 250 000 Beamten an dem Einsatz beteiligt“, sagt ein Beamter der japanischen staatlichen Polizei. Die Zahl der Beamten, die direkt mit dem Schutz des Tagungsortes und der sieben Staats- und Regierungschefs betraut sind, wird auf etwa 30 000 Mann geschätzt.

Andere Polizisten werden jedoch in der Nähe des Tagungsortes, einer Burg aus dem 17. Jahrhundert, sowie an der Zufahrtsstraßen jedes Hauses gründlich unter die Lupe genommen. Außerdem gilt es, die 200 000 Besitzer von Schusswaffen sowie die Benutzer von Sprengstoff und gefährlichen Chemikalien zu überprüfen.

Die Wachsamkeit der Polizei zeigt bereits jetzt erste Erfolge: Die Ord-

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Dreiecksverhältnis

Von Peter Ruge

Was die deutsch-französischen Beziehungen der Nachkriegszeit auszeichnet, das ist das Phänomen, daß sich zwischen den politischen Repräsentanten beiderseits des Rheins ein geradezu partnerschaftliches Verhältnis einstellte. Ein Verhältnis, das nicht selten in Freundschaft mündete: Adenauer mit de Gaulle, Schmidt mit Giscard, Kohl mit Mitterrand.

Nun hat ein Machtwechsel an der Seine stattgefunden: Seit fünf Wochen regieren die Bürgerlichen, angeführt von Premierminister Chirac - im Elysée-Palast sitzt aber weiter der Sozialist Mitterrand, gespannt wartend oder sogar darauf lauernd, ob der Gaullist an seiner Seite Fehler macht oder etwa Vorrechte des Präsidenten antastet. Darunter versteht Mitterrand den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, also auch die deutsch-französischen Beziehungen. Das war bisher seine Domäne, bis Jacques Chirac letzte Woche allein nach Bonn reiste.

Unterhört geschiedet da für französische Verhältnisse, denn das hat es bisher in der V. Republik nicht gegeben: Alleingänge eines Ministerpräsidenten. Und wie um den Verdacht eines bloßen Seitensprungs zu nähren, beeilt sich der Elysée-Palast mit der Mitteilung, der Staatschef werde den Bundeskanzler zum Tête-à-tête treffen - eine Woche nach Chirac, am Donnerstag in Trier.

Die Pariser Salons haben ein neues Gesprächsthema: Was sich da zwischen Deutschen und Franzosen anbahnt, ist unzweifelhaft ein Dreiecksverhältnis. Die herzliche Atmosphäre, die das Bundeskanzleramt nach dem Chirac-Besuch betonte, hat bereits französische Gefühle sensibilisiert. Doch wie immer bei einer Partnerschaft, in die sich ein Dritter hineindrängt, gibt es nun auch Unruhe, Zweifel, Eifersucht - sollte dies Mitterrands Haltung bestimmen?

Helmut Kohl darf sich von Frankreichs politischer Spitze umworben fühlen. Er muß jetzt doppelt achtgeben, daß er seine Gunst richtig verteilt. Das Porzellan steht in Paris buchstäblich sprungbereit.

Herz für Mauer-Hunde

Von Michael Jach

Ein Satz für den Tierschutz, für den Schutz der Kreatur vor dem sittenvergessen-willkürlichen Zugriff roher Menschen, ist ja gewiß aller Ehren wert. Bei uns indes scheint da einiges in Unordnung geraten zu sein, was die Rangfolge der Schutzwürdigkeit angeht. Am Wochenende erst hat der Bundeskanzler vor dem Evangelischen Arbeitskreis der Union in Hannover beklagt, es erreichten ihn unendlich mehr Sorgenbriefe von Bundesbürgern in Sachen Tierschutz als zum unvergleichlich viel wichtigeren Schutz unserer Kinder (einschließlich der ungeborenen).

Dazu fügt sich einen Tag später die Meldung aus Göttingen, die Welttierschutzorganisation "Mobilization for Animals" habe bei SED-Chef Erich Honecker Protest eingelegt gegen die alltägliche Quälerei an jenen etwa fünfzehn Hunden, die an der mitteldeutschen Grenze ihren Teil zur Verletzung des Menschenrechts auf Freizügigkeit beitragen müssen. Für jeden Tierfreund herzbewegend wird ausgemalt, wie die nächst den Versuchshunden in manchen Labors wohl am besten unter den deutschen Schäferhunden zwischen Lübeck und Coburg "in ihrem Bewegungsdrang eingeschränkt", "ohne Bezugspersonen" und von Minenexplosionen bedroht dahinvegetieren.

Es sei gern eingeräumt, daß solch rücksichtsloser Umgang mit dem animalischen Leben für sich allein schon bereites Zeugnis ablegt von der sittlichen Qualität des Historischen Materialismus, der eben auch die Hundelaufanlagen hervorgebracht hat. Doch bei allem Respekt vor der Tierliebe: Zuerst wohl müßte der Protest gegen die Quälerei der Menschen, gegen die millionenfache Freiheitsberaubung und den Schießbefehl kommen.

Dem aber ist nicht so; Tierschützer, die bei Honecker ein Wort riskieren (?) zur tierrechtlichen Situation der Grenzhunde, lassen den Zusammenhang mit der Verweigerung von Menschenrechten "zuständigkeitshalber" außen vor. Die "DDR" indes, nun in Kenntnis des Mißfalls grün engagierter Kreise, wird wohlwollend prüfen, wie dem kleineren Übelstand im Sinne ihrer Grenzkosmetik abzuhelfen sei. Der Hinterland-Signalzaun könnte es möglich machen.

Ein Fuß in Libanon

Von Jürgen Liminski

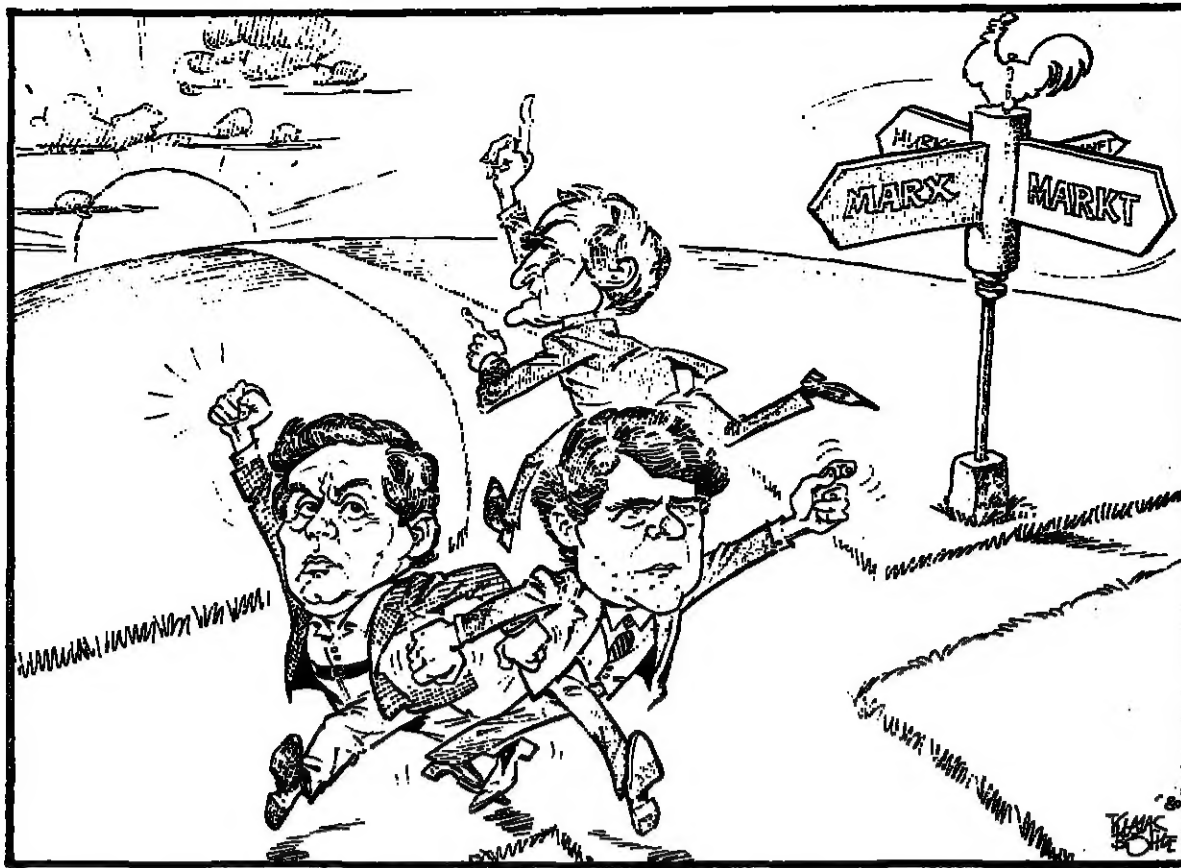
Die Sowjetunion hat erstmals für die Verlängerung des Mandats der in Südbanban stationierten UNO-Truppe (Unifil) gestimmt und damit für seltene Einmütigkeit im Sicherheitsrat gesorgt. Aber die freundliche Geste hat einen für den Westen weniger erfreulichen Hintersinn. Moskau sucht konkrete Möglichkeiten der Mitsprache in Nahost - für den Fall, daß die syrischen Stricke reißen.

Eine Möglichkeit bietet sich durch den Entschluß Frankreichs, über die zwei Verlängerungsmonate hinaus nicht mehr im Libanon zu bleiben und das gesamte Kontingent aus der Unifil abzuziehen. Die Gefahr besteht, daß dann auch die anderen an der Unifil beteiligten Länder ihre Soldaten nicht mehr im südbanbanesischen Granatthale stehen lassen wollen, zumal da Paris auch Logistik und Material zurückholen will. Eine Auflösung der Unifil kann da nur eine materialstarke Macht verhindern. Zum Beispiel die Sowjetunion.

Die Sowjets sind Legalisten. Sie fassen Fuß, wenn sie gerufen werden - notfalls helfen sie ein wenig nach, wie in Afghanistan - oder sonst eine vorzeigbare Grundlage haben. Die wird jetzt gezimmert. Der erste Schritt ist die Beteiligung an der Finanzierung der Unifil. Der zweite könnte die Entsendung einiger roter Einheiten unter dem blauen Helm sein.

Das sowjetische Engagement enthält auch eine Sorge. Der syrische Verbündete hat ernste interne Schwierigkeiten, deren Folgen vorerst nicht abzusehen sind. Offiziell ist von Bombenanschlägen mit ein paar Todesopfern die Rede. Es handelt sich um ein knappes Dutzend Attentate innerhalb von sechs Wochen mit rund zweihundert Toten. In Damaskus wird es unruhig. Schon hat das Regime mehrere Panzer- und Elitetruppen aus Libanon zur Verstärkung der regimetreuen Truppen in die Heimat zurückbeordert. Da ist an Nachrückern in die Stellungen der Franzosen nicht zu denken.

Und schließlich: Eine legale sowjetische Präsenz in Libanon oder auch nur der Schatten davon ist ein Trumpf mehr bei diskreten Gesprächen mit Israel, diversen PLO-Gruppen und auch mit Syrien oder Libanesen. Den Franzosen traut man eine Puffer- und Schutzfunktion wohl zu. Den Sowjets aber einiges mehr.



Wenn wir schreiten Seit' an Seit' ...

KLAUS BÖHLE

Der Papier-Krieg

Von Hans-Jürgen Mahnke

Wer die wirtschaftspolitische Diskussion innerhalb der SPD verfolgt, fühlt sich an Parkinson erinnern. Nach den Lehren dieses britischen Historikers können sich Organisationen von einer bestimmten Größe an ausreichend mit sich selbst beschäftigen, sie benötigen nicht mehr die Außenwelt. Diesem Hang, häufig beschönigend als Grundratsdiskussion umschrieben, unterliegen auch Parteien. Für die SPD, die nun einmal eine Programm-Partei ist, gilt dies in besonderem Maße.

Fatal an dem, was sich zur Zeit wirtschaftspolitisch zwischen Sozialdemokraten abspielt, ist nicht nur der mangelnde Realitätsinn bei einigen der Diskutanten. Schwerer wiegt, daß innerhalb der Partei die gleiche Auseinandersetzung wieder abläuft, die eigentlich mit dem Godesberger Programm von 1959 beendet worden sein sollte. "Konservative und Wirtschaftsliberale" gäben sich der Illusion hin, moniert die Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD (die unter Leitung des wirtschaftspolitischen Sprechers Wolfgang Roth einen Entwurf für eine Art Fortschreibung des Godesberger Programms vorgelegt hat), "mit der Wachstumspolitik der fünfziger Jahre die Krise in den achtziger Jahren überwinden zu können". Und die SPD? Sie legt den Grundsatzstreit von damals neu auf.

Zwar wird in dem Roth-Papier schlicht konstatiert, die SPD habe "keinen Bedarf nach blutleeren Diskussionen über die Marktwirtschaft". Aber die innerparteilichen Realitäten sind doch andere. Die Kritik aus sozialdemokratischen Reihen an dem Entwurf, ob sie nun von Friedhelm Fathmann kommt, dem nordrhein-westfälischen Fraktionsvorsitzenden, der sich mit seinem Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Johannes Rau nicht immer grün ist, oder vom Frankfurter Kreis der SPD-Linken oder von den Jungsozialisten - sie konzentriert sich auf die Frage nach der Rolle des Marktes. Darüber kann auch Fathmanns jüngste Beteuerung nicht hinwegtäuschen, daß auch für ihn die Steuerungskräfte des Marktes durch keinen anderen gleichwertigen Mechanismus ersetzt werden könnten.

Aber warum soll der Markt dann eingeschränkt werden? Die gleichzeitig propagierte Erhöhung der Staatsquote läuft darauf hinaus,

daß ein immer größerer Teil eben diesen Spielregeln entzogen werden soll. Und Hans-Jürgen Krupp, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und wirtschaftspolitischer Vordenker der SPD, hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses unfehlbar dazu führen muß, daß die Abgabenbelastung für die kleineren und mittleren Einkommensbezieher steigt. Ist dieses nicht gerade die Klientel, die die Sozialdemokraten sonst im Auge haben? Krupp spricht von einer Umverteilung von unten nach oben.

Der vordergründige Charme der Linken, gerade für die SPD, liegt wie bei allen sozialistischen Utopisten der letzten zweihundert Jahre darin, daß Ziele festgeschrieben werden, gegen die niemand etwas haben kann - Wunschträume. Wer will Fathmann schon widersprechen, wenn er die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren um mindestens die Hälfte abzubauen fordert, um auf absehbare Zeit die Vollbeschäftigung wieder herzustellen? Entscheidend, und daran muß sich ein Wirtschaftspolitiker messen lassen, ist der Weg, wie die hehren Ziele angestrebt werden sollen. Wenn eine "durchgreifende Umverteilung von Einkommen und Vermögen, des Arbeitsvolumens, von Chancen und von individuellen und kollektiven Rechten" empfohlen und dazu ein starker Staat gefordert wird, weil der Markt die Aufgaben nicht lösen

könne (Fathmann), dann schwindet nicht nur das Vertrauen bei dem SPD-Ökonomen Krupp.

Sicher, Krupp ist Partei - in doppeltem Sinne. Er hat an dem Roth-Papier mitgearbeitet und trägt es auch mit. Aber das Papier liegt jedenfalls - einmal abgesehen von einigen zweifelhaften Forderungen und Instrumenten - auf der Linie des Godesberger Programms der SPD. In dem Entwurf wird für eine pluralistische Wirtschaftsordnung gestritten, in der der Markt ein unersetzbares Element ist, dem das Sozialstaatsprinzip und die Mitbestimmung an die Seite gestellt werden. Es wird auch ein starker Staat gefordert, nicht nur zur Beseitigung von Funktionsstörungen, sondern auch für einen funktionsfähigen Wettbewerb. Die Grundüberzeugung von Godesberger, mit der die SPD wirtschaftspolitisch salonfähig wurde - Marktwirtschaft so weit wie möglich, staatliche Eingriffe, wenn nötig - scheint gewahrt. Das ist zwar nicht mehr als eine Handlungsmaxime, aber die Beweislast bei interventionistischen Eingriffen ist klar. Nur was bedeutet das jetzt?

In der SPD wird erst einmal geredet. Anfang Mai auf einem Kongress in Hamburg, dann auf dem Nürnberger Parteitag im August und über die längerfristigen Perspektiven erst nach den Bundestagswahlen im nächsten Jahr. In dieser Hinsicht ist für Beschäftigung gesorgt. Wirtschaftspolitisch kann die SPD damit aber kaum gewinnen. Die Frage, was nun eigentlich gilt, muß unbeantwortet bleiben. Dabei geht es nicht nur um programmatische Bekundungen, sondern auch um Personen. Mit Heinrich Deist, Karl Schiller und auch mit Helmut Schmidt verfügte die SPD über Wirtschaftspolitiker an der Spitze, an deren Grundüberzeugung kaum Zweifel aufkommen konnten. Sie konnten auch die Partei in die Pflicht nehmen - bis Schmidt es eben nicht mehr konnte. Bei Roth, der dieses auch möchte und mit Geschick mögliche Widersprüche ausklammert, ist das anders, wie allein schon die gegenwärtigen Kontroversen zeigen. Die SPD befindet sich nicht nur auf einer programmatischen Suche zu sich selber, sondern auch nach jemandem, der dies verkörpern kann. Beides kann viel Zeit in Anspruch nehmen und viel Vertrauen kosten.



Welche Wirtschaftspolitik der SPD? Welches Vertrauen in die SPD? Wolfgang Roth

FOTO: DPA

Wie Sanktionen gegen Südafrika Reformen verhindern

Butheleziis Warnungen vor der Aufhetzung der Jugend / Gastkommentar von Heinz-Dietrich Ortlieb

Das Präsidium der Sozialistischen Internationale hat soeben unter Vorsitz Willy Brandts in Gabarone (Botswana) Wirtschafts-sanktionen gegen Südafrika befürwortet. Was man in der westlichen Welt nicht zu begreifen vermag, ist, daß in Südafrika eine von der weißen Regierung selbst eingeleitete Reform nur Erfolg haben kann, wenn diese Regierung volle moralische und wirtschaftliche Unterstützung von außen erfährt und nicht durch feindselige Sanktionen bedrängt wird.

Da der Westen in Südafrika zunehmend den Eindruck hinterläßt, daß die Mehrheitsregierung der Schwarzen so oder so in wenigen Jahren ein Fait accompli sein dürfte, vernichtete er die Kompromißbereitschaft der meisten Gruppen. Denn wer handelt über das, was so oder so bald sein wird? Die reformbereite Regierung steht da ohne Verhandlungspartner und ohne Handlungsspielraum.

Abgesehen davon, daß damit auch die Uneinigkeit im weißen

Lager zunimmt, wirkt sich dies in erster Linie auf die schwarzen Politiker aus. Für die weiße Regierung können als Verhandlungspartner nur diejenigen in Frage kommen, die auf Gewalt verzichten und anerkennen, daß ihre Machtbeteiligung die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern darf. Die Revolutionsfreundlichkeit des Westens belastet aber gerade solche schwarzen Politiker wie etwa den Zulu-Chief Buthelezi, der den bewaffneten Kampf ablehnt und sich für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Wirtschaft einsetzt.

Um im Kampf gegen seine revolutionären Konkurrenten in der veröffentlichten Meinung bestehen zu können, muß er wie jene eine schwarze Mehrheitsregierung verlangen. Andererseits weiß er genau, daß eine baldige Beseitigung der weißen Regierung - wenn so etwas überhaupt ohne Bürgerkrieg möglich wäre - eine bewaffnete Auseinandersetzung innerhalb der schwarzen Mehrheit herbeiführen würde. Dabei müßte auch die wirtschaftliche Entwicklung auf der

Strecke bleiben. Aus diesem Grunde kann er sich auch keine schwache weiße Regierung wünschen, die mit dem schwarzen Terrorismus nicht fertig wird. Seine Situation findet selbstverständlich kein Verständnis im Westen.

Die bei uns vorherrschende revolutionsfreundliche Manie hat auch zum Andauern der Unruhen in Südafrika beigetragen. Es ist Naivität oder revolutionärer Zweckoptimismus, wenn behauptet wird, es läge nur am guten Willen der Regierung, die Unruhen durch Reformen zu beseitigen.

Die einzig wirkungsvollen Mittel wären zügige Vermehrung der Ausbildungs- und Arbeitsplätze und Beseitigung der Wohnungsnot. Das aber verlangt Wirtschaftswachstum, was durch Sanktionen und mangelnde Investitionsbereitschaft verhindert wird. Die besondere Brisanz der südafrikanischen Verhältnisse beruht derzeit auf Fakten, die wenig oder nichts mit der Apartheid zu tun haben und darum auch kaum durch deren Abschaffung beseitigt werden können:

IM GESPRÄCH Manuel Marin

Künftiger Außenminister?

Von Volker Stahr

Der in diesem Jahr neu ernannte EG-Kommissar für Soziales, Beschäftigung, Bildung und Berufsausbildung, Manuel Marin, mit 35 Jahren der mit Abstand jüngste unter den "Europa-Ministern", gilt in seiner spanischen Heimat als einer der großen Hoffnungen der Sozialisten für die Zukunft. Zugleich aber kann er als veritabler Europäer bezeichnet werden. Marin, Lizenziat der Rechtswissenschaften an der Universität Madrid, studierte auch in Nantes und am Europa-Kolleg in Brügge. Dort schloß er sich 1974 der im Exil agierenden Sozialistischen Partei des Felipe Gonzales an. Deswegen wurde er 1975 auf die "schwarze Liste" des Franco-Regimes gesetzt, doch wurde er nach dem Tode des Caudillo noch im selben Jahr amnestiert. Marin kehrte nach Spanien zurück und zog 1977 als jüngster Abgeordneter in das erste demokratische Parlament seines Landes ein. Dort machte er sich einen Namen als leidenschaftlicher, zuweilen hitziger Debattenredner.

Nach dem Sieg der Sozialisten 1982 berief ihn der neue Premier Gonzales zum Staatssekretär und beauftragte ihn mit der Verhandlungsführung über den Beitritt des Landes zur EG. In den folgenden drei Jahren bestimmten Orangenplantagen und Olivenhaine, ungezählte Nachsitzen und zentnerweise Aktenordner sein Leben - bis zu jenem historischen 12. Juni 1985, an dem Gonzales in Madrid die Beitrittsurkunde unterzeichnete.

Der Höhepunkt in der Laufbahn Marins' Wohl eher eine Station - der 35jährige steht nach Meinung vieler erst am Anfang einer großen Karriere. Mancher in Madrid sieht ihn jetzt schon zumindest als künftigen Außenminister. Dieser Posten wurde auch kurz nach der Vertragsunterschrift durch das Ausscheiden Moráns frei. Doch vorerst war das Thema EG abgehakt, und der nächste dicke Brocken - die Festigung der NATO-Mitgliedschaft - stand an. Gonzales entschied sich für Fernández Ordóñez. Marin ging nach



Was kann er an Sozialzuweisungen herausschlagen? Marin

FOTO: CAMERA PRESS

Brüssel, wo er sich weiter bewähren kann und soll. Zwischen Brüssel und Madrid hat sich der impulsive Redner schon als unorthodoxer Unterhändler erwiesen. Ohne diplomatische Floskeln kam er stets gleich zur Sache; um sich dann stundenlang an Details festzuheften. Ein hoher italienischer EG-Beamter damals: "Der kennt in seinen Dossiers wohl die letzte Fußnote auswendig und in Spanien jede Orange persönlich."

Nun muß zu diesen Fähigkeiten, des Energiebündels Marin auch noch Dauerhaftigkeit kommen. Waren seine bisherigen Etappen (die Wege Spaniens in die Demokratie, der Linken an die Macht und des Landes in die Gemeinschaft) Kurstrecken mit überschaubarem Ziel, so kann er in Brüssel die Wunder der Bürokratie studieren. In sein Ressort fällt überdies der Sozialfonds der EG.

Auf diese Kompetenzzuweisung soll die Regierung in Madrid großen Wert gelegt haben, sind doch rund zwanzig Prozent der Iberer arbeitslos. Was er hier erreicht, daran wird er gemessen werden. Brüssel - für viele ein Abstellgleis - könnte für ihn zum Sprungbrett werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Northwest-Zeitung

Die Oldenburgische Zeitung schreibt im Brandes-Bildungs-Büchlein:

(Er) ist ausschließlich Repräsentant der außerparlamentarischen Opposition konsultiert. Willy Brandt sprach nur mit zahlreichen schwarzen, weißen und braunen Kritikern Pretorias, die aus politischen Gründen massive Wirtschaftssanktionen befürworten, persönlich aber durch einen Boykott keine materiellen Nachteile zu befürchten haben. Aus dem Weg gegangen ist Brandt (bisher) hingegen Gesprächen mit Regime-Kritikern, die deshalb dringend vor Wirtschaftssanktionen warnen, weil Straßnahmen dieser Art Arme ärmer machen und darüber hinaus auch zum Kummer der weißen Reformer konservative Buren in die reformunwillige Wagenburg zurücktreiben.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kritisiert Strauß' Kritik an Genscher:

Die Kritik, die der CSU-Chef über das Bonner Auswärtige Amt wegen dessen Haltung im Konflikt USA - Libyen geäußert hat, ist schon ziemlich scharfer Tobak. Nur der Verweis, daß Genschers Partei die Arbeit der Bonner Koalition erschwere oder gar lähme, erinnert daran, daß CSU und FDP eigentlich im selben Regierungsbündnis sind. Strauß mag ja recht haben, wenn er das Taktieren des Bundesaußenministers - aber auch der anderen EG-Partner - vor und nach den amerikanischen Bombenangriffen rügt. Die Äußerung

aber, daß es zu dieser US-Aktion erst gar nicht gekommen wäre, wenn die Europäer mit den Amerikanern "gemeinsam-rechtzeitig solidarisch gehandelt" hätten, erscheint so lange als reichlich kühn, wie der CSU-Chef sich selbst darüber ausschweigt, in welchen Handlungen sich diese Solidarität hätte ausdrücken sollen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie geht auf die Neue Heimat ein: Eigentlich konnte man schon erwarten, was der Hamburger Untersuchungsbericht jetzt zu Tage gefördert hat: Die Führung des Wohnungsbaukonzerns hat wirklich keinen Trick, und sei er auch noch so fragwürdig, ausgelassen, wenn es darum ging, Bilanzen zu schönen und Freunde mit Spenden zu bedenken. Daß die Priester der Neuen Heimat bei dem Spiel auch noch mitgewirkt haben, macht den Skandal noch größer.

Stuttgarter Zeitung

Sie meint zum SED-Parteitag: So marschiert die DDR mit Hilfe ihrer neuen Leitsätze schon wieder einmal direkt ins sozialistische Paradies: Menschenwürdige Wohnungen für alle, mehr Autos und Motorräder, modernisierte Produktionsstätten, phantastische Produktionssteigerungen - wenn dies alles gelingt, könnte man ein neues deutsches Wirtschaftswunder feiern, und zwar diesmal ein planwirtschaftliches. In Wirklichkeit besteht dagegen erneut Anlaß zur Prognose, daß die sozialistische Realität weiterhin beträchtlich von den Planierten abweichen wird.

Die Aktien der Firma „Graf und Graf“ steigen

Sie ist erst 16 Jahre jung, aber in der Tenniswelt ist sie schon ein alter Hase. Jetzt gewann Steffi Graf ihr zweites großes internationales Tennisturnier. Doch nicht nur das. Sie zeigte auch, daß sie in Deutschland Nummer eins ist, denn ihre Gegnerin hieß Claudia Kohde, die sie 6:4, 5:7, 7:6 besiegte.

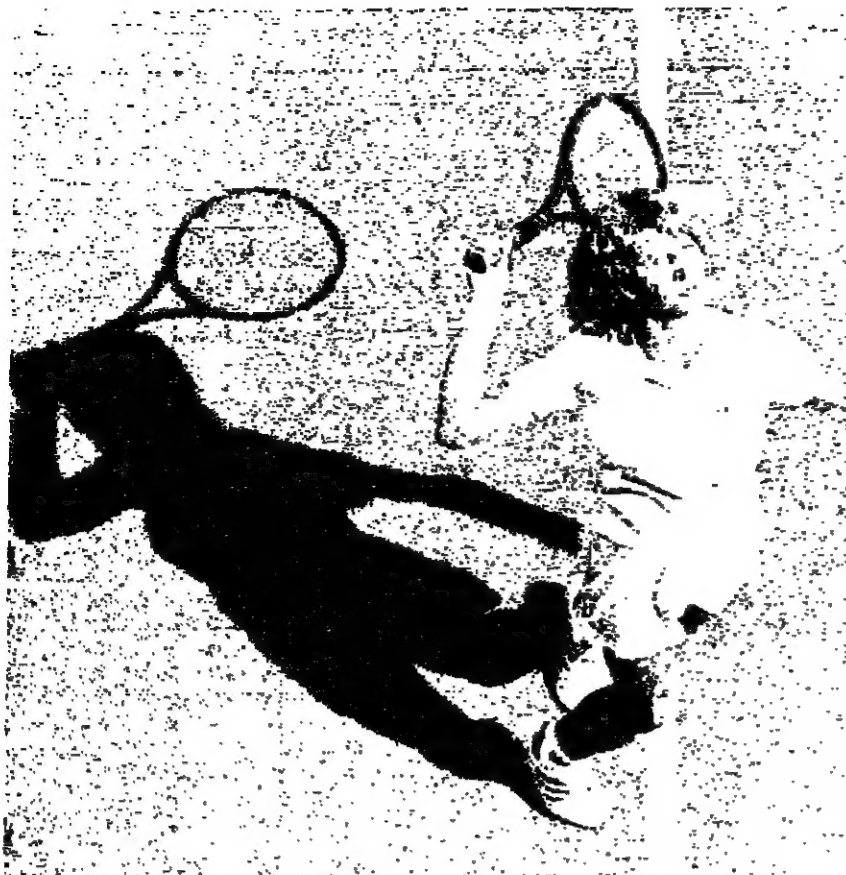
Von PETER LIEBELT

Sie hat einmal gesagt: „Immer, wenn du in Amerika gegen Chris Evert-Lloyd spielst, wirst du ein paar Mal betrogen. Aber wenn man es weiß, ist es nicht mehr ganz so schlimm.“ Kürzlich hat Steffi Graf, die erst 16jährige, die große Amerikanerin besiegt. Sie, die Nummer drei der Welt, die die Nummer drei der Welt rangierte, Deutschlands erfolgreichste Tennisspielerin aller Zeiten.

Klaus Hofsaß, der ehemalige Bundestrainer, sagt deshalb über sie: „Steffi ist ein Tennis-Juwel mit Kiliertalent.“ Sie steuert direkt auf eine Wachablösung an der Spitze zu. Sie kann eigentlich gar nicht mehr schlecht spielen. Physikalisch ist sie schon jetzt die stärkste Spielerin der Welt. Eine Einschätzung, die Hofsaß vor vier Wochen von sich gab, und an der sich erst recht nicht in den letzten Wochen etwas geändert hat.

Im März 1982 schrieb der frühere Davis-Cup-Spieler Hans-Jürgen Pohmann: „Steffi Graf, zwölf Jahre alt, stellt im Moment so ziemlich alles auf den Kopf, was zumindest im deutschen Tennis bis jetzt die Norm war. Als Weltmeisterin in ihrer Altersklasse startete sie in der Gruppe der 18jährigen. Sie erreichte, so etwas gab es noch nie, das Finale.“

Das war zu einer Zeit, als die Münchenerin Sylvia Hanika in der damals aktuellen Welttrangliste immerhin schon die Nummer sechs war, als sich Bettina Bunge als Neunte platziert hatte und Claudia Kohde als 20. gerade ihren unaufnahmischen Weg in die Weltspitze begonnen hatte. Steffi Graf hat sie inzwischen alle überholt.



Steffi Graf spielt sich aus dem Schatten der Großen

FOTO SVENSSON

die meisten längst in den Schatten gestellt.

Im Mai 1984 schrieb Pohmann dann in der WELT: „Ich war auf Fuerteventura zufällig im gleichen Hotel wie Steffi Graf. Für sie sollten es Ferien vom Tennis sein. Sie spielte trotzdem jeden Tag drei Stunden, lief dann – verblissen konzentriert – den Strand entlang. Ich behaupte: Hier rannte eine künftige Weltklassenspielerin.“

Pohmann irrt sich nicht: Im Juni wird Steffi Graf aus Heidelberg 17 Jahre alt – als Nummer drei der Welt rangierte ist sie bereits absolute Weltklasse. Ihr Vater Peter Graf (47) – gewissermaßen (auf Boris Becker bezogen) Trainer Günter Bosch und Manager Ion Tiriac in einer Person – hat seine Tochter vom vierten Lebensjahr an zielstrebig dorthin geführt. In jenem Alter schlug sie mit einem extra für sie verkürzten Tennisschläger die Filzbälle an die Wand des elterlichen Wohnzimmers. Mit sechs bestritt sie ihr erstes Turnier. Mit 16 sagt sie: „Ich will die Nummer eins werden.“

Chris Evert-Lloyd ist davon überzeugt. Sie sagt es auch: „Steffi ist nicht mehr aufzuhalten.“

Als Steffi Graf kürzlich in Estepona in Andalusien war, ließ sie sich von Dragan Tancic durchchecken. Tancic ist Fitne-Trainer einer spanischen Hotelkette und Betreuer des deutschen Hochsprung-Olympiasiegers Dietmar Mögenburg. Tancic kam zu dem Ergebnis: „Gesamt-Zustand hervorragend, Bauch- und Rückenmuskeln super. Noch kein Tennisspieler ist so durchtrainiert hier angekommen wie Steffi Graf.“

Wenn sie 17 ist, im Juni, wird sie ihre erste Million an Preisgeldern zusammen haben. Hinzu kommen Verträge mit den Ausrüstern – Steffi Graf verbraucht bis zu 50 Schlägern im Jahr – und mit Werbepartnern. Aber nicht jeder ist dabei willkommen. Als ein Hersteller von Büstenhaltern auf sie zukam, lehnte sie ab: „Das hätte gerade noch gefehlt.“

Eine Million Mark an Preisgeldern wird sie im Juni zusammengepielt haben. Ihr Vater sagt dazu: „Wenn du bei uns in Deutschland Erfolg hast, dann kommen die Nörgler, stochern herum und machen dich madig. So was gab's in Amerika nicht. Da kannst du's sagen, wenn du viel verdienst – die Leute sind da stolz auf dich.“ Ein Rabenvater, der sein eigen

Fleisch und Blut hemmungslos vermarktet?

Steffi Graf: „Er ist die wichtigste Person in meinem Leben.“ Wer auch sonst? Einen festen Freund hat sie nicht, will sie nicht. Der „Spiegel“ gab mal ein Gespräch zwischen Vater und Tochter wieder: Vater: „In zwei Jahren hast du sowieso einen festen Freund, und dann ist dir alles andere egal.“ Tochter: „Nein, bestimmt nicht.“ Vater: „Und mit 20 bist du verheiratet.“ Tochter: „Auf keinen Fall.“ Vater: „Und dann willst du Kinder.“ Tochter: „... ich will keinen Freund, ich will nicht heiraten, und ich will keine Kinder. Bestimmt nicht.“

Sie hat sich entschieden: In diesem Jahr wird sie 15 bis 17 Turniere spielen. Zuerst in Amerika, ab Mai ist Europa an der Reihe – der Höhepunkt wird Wimbledon sein. Dafür wird sie kämpfen und die Aktien der kleinen, feinen Firma Graf und Graf Woche für Woche immer mehr in die Höhe treiben. Und sie wird Tennis spielen, aus nur einem einzigen Grund: „Ich will die Nummer eins werden und nicht, weil eine den Spitzenplatz geräumt hat, sondern weil ich dann wirklich so gut bin.“

„Man kann auf Dauer keine Weltmacht provozieren“

Nicht aus moralischen Erwägungen, sondern aus Gründen der Effektivität hält der Terrorismus-Experte Professor Walter Laqueur den militärischen Schlag der USA gegen Libyen für verfehlt. Fritz Wirth interviewte Laqueur in Washington.

WELT: Eine Woche ist verstrichen. Die ersten politischen Folgen des amerikanischen Bombenangriffs auf Ziele in Libyen sind erkennbar. Was dieser Angriff die richtige Antwort an Khadafi?

Laqueur: Ich bin nicht sehr glücklich über diese Antwort. Nicht aus irgendwelchen moralischen Gründen, sondern aus Gründen der Effektivität. In kürzester Form würde ich sagen: Ein Flugzeugträger ist nicht die ideale antiterroristische Waffe. Das Problem Amerikas ist, daß das, was man hierzulande „Covert Actions“ oder „Active Measures“ nennt, nie sehr gut war und dann nach Vietnam kaputtgemacht wurde. Das heißt also, daß heute die amerikanische Regierung vor der Alternative steht, entweder gar nichts zu tun, was manchmal politisch nicht tragbar ist, oder aber nicht überzureagieren, sondern mit ungeeigneten Mitteln zu versuchen, ein Problem zu lösen. Ich vergleiche es immer mit einem Nußknacker. Wenn man eine Nuß knacken will, dann braucht man dazu das richtige Instrument und nicht eine riesige, komplizierte Maschine, die dann möglicherweise die Aufgabe gar nicht löst.

WELT: Was wäre die adäquate Lösung gewesen?

Laqueur: Es gibt da kein Wunderrezept, aber unter „Active Measures“ versteht man alles mögliche, beginnend bei intensiver Propaganda, einschließlich Boykott. Ferner die selektive Vernichtung gewisser Ziele.

WELT: Boykotts sind nur wirksam, wenn sie lückenlos sind und sie niemand durchbricht. Die Europäer haben sich beispielsweise einem Wirtschaftsboykott widersetzt. Brachte das nicht die Amerikaner in einen Zugzwang?

Laqueur: Ja, durchaus. Ich muß mich verbessern. Wenn ich Boykott sagte, meinte ich damit Blockade, zu der man nicht unbedingt Alliierte braucht. Blockade ist eine kriegerische Handlung, aber dabei kommen nicht unbedingt Menschen um.

WELT: Meinen Sie eine Lösung, wie sie Zbigniew Brzezinski anbot? Er hatte kürzlich vorgeschlagen, Libyen für eine bestimmte Zeit von der Außenwelt abzuriegeln, die See- und Flughäfen zu sperren und das Land von allen elektronischen Telekommunikationen abzuschneiden. Das alles für zunächst zehn Tage und dann zu drohen: Macht ihr weiter, wird die nächste Blockade länger dauern.

Laqueur: Der Gedanke Brzezinskis ist nicht schlecht, nur darf man eben in solche Dinge nie einen Zugzwang, einen Zeitfaktor reinbringen, denn sonst geht die gegnerische Seite für zehn Tage in Urlaub und die Absicht wird verfehlt. Aber im Prinzip: Sie gesagt hat, hätte durchaus Sinn.

WELT: Wie geht es weiter? Präsident Reagan sagte: Wenn nötig, werden wir es noch einmal tun. Sind damit nicht die Terroristen in der Lage, Tempo und Intensität einer Eskalation zu bestimmen?

Laqueur: Ich weiß nicht. Im Prinzip ist die Eskalation notwendig und von vornherein einkalkuliert, denn ohne eine Eskalation ist nicht anzunehmen, daß Khadafi oder irgendjemand anderes, weil es nun einmal einen Luftangriff gab, deswegen schon erklären wird: Ich werde es nicht wieder tun. Das ist Unsinn. Infolgedessen wird es wahrscheinlich schlechter werden, bevor es besser wird. Andererseits scheint mir, daß das Endresultat feststeht. Denn ein kleines, ein winziges Land, das wahrscheinlich nicht einmal hinter den riesigen Ambitionen seines Führers steht, kann auf die Dauer nicht mit Erfolg eine Weltmacht provozieren. Es wird schlecht ausgehen für Khadafi. Ich vergleiche ihn manchmal mit einem Kind, einem unartigen Kind, das sieht, daß es sich den Erwachsenen gegenüber gewisse Dinge erlauben kann und das immer wieder versucht, sich mehr herauszunehmen, bis es dann eines Tages bestraft wird. Und wenn diese Strafe wiederholt erfolgt und hoch genug ausfällt, dann wird dieses Kind im allgemeinen, wenn auch nicht immer, eine gewisse Lehre daraus ziehen.

WELT: Sie sagten kürzlich einmal, daß zur Erforschung der Handlungsweisen und Motive dieses Mannes kein politischer Analytiker, sondern ein Kinderpsychologe der richtige Mann sei. Besteht da

nicht die Gefahr, daß man ihn leicht unterschätzt?

Laqueur: Ich denke trotzdem, daß man ihn überschätzt, was zum großen Teil die Schuld der Medien ist. Aber auch die amerikanische Regierung und die anderen sind dabei nicht unschuldig. Natürlich, die kleinsten Ursachen können irgendwelche größeren politischen Folgen haben. Doch ich glaube nicht, daß die Krise im Bündnis nachhaltig ist, und ich glaube nicht, daß irgendjemand Antisemitismus geworden ist, der es nicht schon vorher war. Man sollte unterscheiden zwischen der Rhetorik von Khadafi und dem, was er tut. Deswegen mein Vergleich mit der Kinderpsychologie. Hier, glaube ich, gibt es im Westen Unklarheiten. Man nennt ihn einen islamischen Fundamentalisten und Fanatiker. Stimmt nicht. Denn wenn man sich seine Politik ansieht: Seine Feinde, die er die ganze Zeit angreift, sind gerade die islamischen Brüder. Er macht darüber hinaus Dinge, die im krassen Gegensatz zum Koran und den Prinzipien des Islam stehen. Zum Beispiel, daß er Frauen zum Militär einzieht und viele andere Dinge. Man spricht davon, daß er ein eingeschwoener Feind Israels sei. Wenn man sich anschaut, wer durch ihn und seine Helfershelfer umgebracht wurde, dann findet man, daß für jeden israeli wahrscheinlich 50 Araber umgebracht wurden. Man muß also sehr genau unterscheiden zwischen seinem Gerede und dem, was er wirklich tut.

WELT: Diese amerikanische militärische Aktion gegen Libyen war ein Wendepunkt. Zum ersten Mal wurde mit militärischer Gewalt gegen Staatsterrorismus vorgegangen. Was bedeutet das für die Zukunft des Terrorismus und der Terrorbekämpfung?

Laqueur: Ob es ein Wendepunkt war, das wird man erst in ein oder zwei Jahren besser feststellen können. Aber es bedeutet, daß eine Weltmacht wie Amerika sich nicht ungestraft auf

größere Kampagne kommt, dann wird zweifellos das Bündnis wieder gestärkt werden.

WELT: Könnte man deshalb sagen: Wenn diese amerikanische Aktion gegen den Staatsterrorismus auch nur einen begrenzten Erfolg hatte, so hatte sie doch immerhin die Wirkung, den europäischen Partnern einen stärkeren Realitätsinn zu geben und den Denkprozeß auf europäischer Seite im Umgang mit dem Terrorismus anzuregen?

Laqueur: Ja, durchaus. Die europäischen Länder haben ja sehr stark reagiert und gelegentlich auch manchmal überreagiert, wenn es sich um Terrorismus im eigenen Land handelte. Man braucht ja nur an die Bundesrepublik zu denken. Sobald die Dinge sich nicht im eigenen Land abspielen, dann ähneln die Reaktionen häufig der des österreichischen Bauern, der zum heiligen Florian betet. „Lieber Florian, laß den Blitz doch bitte beim Nachbarn einschlagen.“ Diese Psychologie ist keineswegs neu.

WELT: Einer Ihrer Kollegen von der Georgetown-Universität, Ray Cline, stellte in seinem Buch über den Staatsterrorismus fest: „Nicht die SS-20-Raketen, sondern der mit Sprengstoff vollbeladene Lastwagen, gesteuert von einem Selbstmord-Terroristen, könnte sich als die gefährlichste Waffe unserer Zeit herausstellen.“ Haben wir uns zu lange auf potentielle Gefahren und zu wenig auf reale Konflikte konzentriert?

Laqueur: Ja, ich bin mit dem zweiten Teil dieser Feststellung einverstanden. Man hat jahrelang die Einzelheiten von allen möglichen nuklearen Situationen diskutiert, die mit Gottes Hilfe nie eintreten werden, doch man hat vernachlässigt, sich mit der realen Welt und den realen Drohungen zu beschäftigen. Andererseits glaube ich nicht, wie Ray Cline, daß die mit Dynamit beladenen Autos wirklich eine so große Gefahr darstellen. Es hat in den letzten zwei Jahren nicht mehr solche Fälle gegeben. Die Zahl der

Haiti wird vor seiner Freiheit bange

„Unser Volk war noch nie so frei wie heute“, sagt Regierungssprecher Anselin Jolicoeur. Es ist eine Freiheit, die Haiti nach langen Jahren der Diktatur auskostet. Doch mit dieser Freiheit kamen Hoffnungen, Forderungen und Ungeduld an die Oberfläche, die besorgte Beobachter bereits als erste Anzeichen von Anarchie werten.

Von WERNER THOMAS

Das Grabmal des Despoten liegt in Trümmern. Es ist in jenem denkmalwürdigen 7. Februar von einer wütenden und zugleich jubelnden Menschenmenge demoliert worden, die mit ihrem Zerstörungswerk das Ende der fast dreißigjährigen Diktatur symbolisieren wollte. Die Gebeine „Papa Docs“ wurden zertrampelt und verbrannt. Auf den unbeschädigten gebliebenen grauen Mauern Slogans. Einer lautet: „Es lebe die Freiheit.“

Das „Neue Haiti“ bietet ein krasses Kontrastprogramm zur Gewalt Herrschaft der Duvaliers. Die Leute stehen und bange. Kann das möglich sein? Wie lange kann das möglich sein? Es wird gestreikt, kritisiert und demonstriert. Der blütenweiße Nationalpalast, der das Zentrum der Hauptstadt Port-au-Prince dominiert, erlebt täglich Protestaktionen. Jugendliche roten sich vor dem gewaltigen Gebäude zusammen, skandieren Sprechphrasen oder entfallen Transparente. Letzte Woche führte ein „Marsch gegen die Putschisten“ zum Palast. Das Gerücht machte die Runde, Duvalier-Anhänger würden einen Umsturz planen.

Als „Papa Doc“ (François Duvalier) und „Baby Doc“ (Jean-Claude Duvalier) noch regierten, konnte niemand den Gehweg der Avenue de la République vor dem Präsidenten-Sitz betreten. Wer das wagte, wurde von einem grimmigen Soldaten davongeschleucht. Heute klettern Kinder über das Gitter. Das Volk darf zeremoniellen Ereignissen beiwohnen, wie dem Empfang des Ex-Präsidenten Paul Magloire durch den General Henry Namphy, dem neuen Staatschef. Der einst sauber gepflegte Rasen wächst wild. Aus der Duvalier-Zeit stammen allerdings noch die beiden Kanonen, die Konspirationen abschrecken sollten.

Viele Konspirationen sind zurück. Auch Bernard Sansarico, der 1980 den letzten erfolglosen Invasionsversuch organisiert hatte. Er gehört zu den bevorzugten Interview-Partnern der Medien. René Theodore, der Generalsekretär der Kommunistischen

Partei, erregt noch mehr Aufsehen. Nach 21 Exil-Jahren in Paris entfaltete der Mathematiker und Physiker seine politischen Aktivitäten wieder an der Heimatfront. Er beeindruckt das Fernsehpublikum durch eine attraktive Erscheinung, kultiviertes Auftreten und kühle Lage-Analysen. Viele Haitianer nennen ihn neben dem ehemaligen Finanzminister Marc Bazin als Schlüsselfigur der politischen Szene.

Wir besuchen Theodore (46) in seiner neuen Parteilokale an der Rue du Champs de Mars, die kein Hinweis auf Aufbruch ist. Er berichtet: „Wir stecken noch im Organisationsprozess.“ Er könne ungehindert arbeiten, nur „Telefonate nach Havanna, Moskau, Ost-Berlin und Prag kommen nicht zustande.“

Plötzlich schreien die Parteien wie Pilze aus dem Boden. Ein verwirrendes Panorama. Die Linke ist mit mindestens zehn Bewegungen vertreten. Nach letzten Zählungen gibt es mehr als 90 erklärte Präsidentschaftskandidaten. Der humorvolle Staatschef Namphy scherzte kürzlich: „Die sollten eine Gewerkschaft gründen.“ Niemand weiß freilich, wann einmal Wahlen stattfinden werden. Namphy denkt an einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren.

Der Oberst William Regala (45), neben General Namphy der dritte Vertreter des nationalen Regierungsrates, beklagt die „übertriebenen Erwartungen“. Der Innen- und Verteidigungsminister erklärt: „Die Leute verlangen zuviel. Sie wollen alles auf

einmal erledigt haben. Sie müssen sich gedulden.“

Die Ungeduld mündet in Demonstrationen, Streiks, Straßenblockaden oder Landbesetzungen. Überall in Port-au-Prince stehen junge Männer zusammen. Sie warten oder diskutieren. Wer sie mobilisiert hat, weiß oft niemand. Regierungssprecher Jolicoeur meint, es handle sich manchmal um bezahlte Demonstranten. „Für ein paar Gourdes (die Landeswährung) lassen sich diese Burschen leicht manipulieren.“ Der tägliche Mindestlohn eines Arbeiters im ärmsten Land des amerikanischen Kontinents beträgt 15 Gourdes, drei Dollar.

Jolicoeur, ein haitianisches Faktotum, der in Graham Greenes Haiti-Roman aus der „Papa Doc“-Zeit. Die Stunde des Komödianten eine Hauptrolle spielte und noch heute wie damals weiße Anzüge trägt, einen Spazierstock schwingt und das urigide Olfon-Hotel belebt, erläutert die Probleme mit dem Stichwort Geld. „Uns fehlt das Geld zur Lösung der Probleme.“

Diplomatische Beobachter schätzen den Anteil der Haitianer ohne festen Job auf 80 bis 90 Prozent. Fast 90 Prozent sind Analphabeten. Ein riesiges explosives Potential. Port-au-Prince scheint noch verschmutzter und verwahrloht zu sein als zuvor. An den Kreuzungen der Innenstadt lauern noch mehr blinde und verküppelte Bettler. Schon riefen Demonstranten „Nieder mit dem Imperialismus“ und „Es lebe der Kommunismus“, warnt Jolicoeur, der auch die Tourismus-Behörde leitet. Die Vertreter der Washingtoner

Botschaft registrieren jedoch „keinen besorgniserregenden Antiamerikanismus“.

Die Spuren der düsteren Diktatur werden zwar verwischt. Der internationale Flughafen, Ortschaften, Straßen, Plätze und Märkte heißen nicht mehr nach Duvalier. Das Grab des „Papa Doc“ und Denkmäler wurden zerstört. Bilder des geschäftigen „Präsidenten auf Lebenszeit“ und seiner schönen Frau Michelle vernichtet. Rot-blaue Fahnen, die an den bunt bemalten Kleinbussen flattern, ersetzen die rot-schwarzen Banner der früheren Herrschaft. Es gibt jedoch noch Duvalier-Anhänger, die das politische Klima belasten.

Die Profiteure des alten Systems genießen nach wie vor ihren gewohnten Luxus. Die mit Parabol-Antennen ausgestatteten Paläste an den kühlen Abhängen der Bergstadt Petionville erinnern an ihre Präsenz. Schon holen sie wieder ihre BMW, Mercedes und Audis aus den Garagen. Berichte kursieren, daß sie Kontakte zu den untergetauchten Repräsentanten der Diktatur knüpfen, den Mitgliedern der berüchtigten Miliz-Organisation „Tontons Macoutes“. So kommen die Putschgerüchte zustande.

Tausende „Macoutes“ sollen sich mit Waffen versteckt halten, aus Angst um ihr Leben. In den ersten Tagen nach dem Sturz waren Dutzende getötet worden. Max Beauvoir, der prominenteste Vertreter des Voodoo-Kultes, erzählt, daß auch seine Priester (Houngans) Opfer solcher Vergeltungsaktionen geworden seien. An einem Tag hätten allein 130 von ihnen sterben müssen. Beauvoir absolviert Fernseh-Auftritte. Er versucht der weit verbreiteten Meinung entgegenzuwirken, der Voodoo-Kult habe die Duvaliers unterstützt. Er vermutet die katholische Kirche hinter dieser „Verleumdungs-Kampagne“, greift aber einen Appell der Bischöfe auf: Versöhnung. „Laßt uns vergessen und vergeben.“ Ähnliche Losungen sind auf Häuserwände geschrieben.

T-Shirts „made in China“, drei Dollar das Stück, preisen euphorisch das „Freie Haiti“. Die meisten Leute äußern sich jedoch nüchtern. In vielen Gesprächen ist eine Stimmung der Ungewißheit spürbar. Viele Gesprächspartner bitten: „Bitte keinen Namen nennen.“ Ein deutscher Restaurant-Besitzer äußert eine oft gehörte Meinung: „Es wird noch viel auf uns zukommen.“



Sichtbares Ende einer Diktatur: Das zerstörte Grabmal des François Duvalier

FOTO AFP



Für Walter Laqueur, Professor an der Georgetown-Universität und Autor des Standardwerks „Terrorismus“, ist der Libyer Khadafi weniger ein Fall für den politischen Analytiker als für den Kinderpsychologen. Laqueur: „Man nennt ihn einen islamischen Fundamentalisten und Fanatiker. Stimmt nicht.“

FOTOS: TEUTOPRESS/DIE WELT

Kritik von Exil-Russen an den Europäern

Der Handlungsspielraum des Krimi-Führers Gorbatschow wird nach Ansicht sowjetischer Emigranten von westlichen Politikern weit überschätzt. Zum Abschluß eines Emigranten-Symposiums, zu dem die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung Exil-Russen aus Europa und den USA nach Wildbad Kreuth geladen hatte, erklärte Professor Michael Voslensky, es bestehe die Gefahr, daß die Sowjetunion vor einem „aufgeklärten Stalinismus“ stehe, einem Überzentrismus ohne den unter Stalin praktizierten Massenterror des KGB.

Wohl habe es in der fast 70jährigen Geschichte des Sowjetregimes immer wieder Zyklen der Dezentralisierung gegeben, die aber stets an der zentralistischen Grundhaltung des Systems scheiterten. Augenblicklich strebe Gorbatschow zwar einige Reformen an, um die Unproduktivität zu überwinden und mehr Effektivität zu erzielen, ihm stünden aber wichtige

An der Stätte des alliierten Triumphs grüßt Gorbatschow die Westdeutschen

Der sowjetische Generalsekretär zu Besuch in Potsdam / Spontanes Interview für die ARD

Hans-R. KARUTZ, Potsdam
Seit Marschall Stalin am Morgen des 2. August 1945 mit seinem Sonderzug wieder in Richtung Moskau dampfte, hielt sich kein sowjetischer Parteichef mehr an der Stätte des alliierten Triumphes über Deutschland auf. Am Wochenende sah sich nun Michail Gorbatschow in dem acht Millionen Goldmark teuren Landhaus des ehemaligen Thronerben um. Im Musiksalon von Kronprinzessin Cecilie sprach der Kreml-Chef über den Frieden.

Er stand mit dem Rücken zur Mauer, die nur hundert Meter vom Schloß entfernt am Seuferrand den Blick hinüber nach West-Berlin verschließt. Gorbatschow erlebte die Realität der Deutschen näher als alle seine Vorgänger.

Viele Neugierige

Den Ausflug des mächtigsten Mannes der östlichen Welt an diesem eisenen Frühlingstag flankierte, wie immer in der äußerlich so lauten „DDR“, das Getöse der Fanfarenzüge und Trommler, die die ersten gefiederten Frühlingboten vom preußischen Rasen scheuchten. Im „Neuen Garten“, vom Nachfolger des Alten Fritz in die Berlin-Potsdamer Parklandschaft gewoben, wimmelte es

von Neugierigen. Nur Gorbatschows Landsleute, die Tausende von Sowjetsoldaten in den Potsdamer Kasernen, hatten keinen Ausgang – der Gruppe der „Sowjetischen Soldaten in Deutschland“ steht Gorbatschows väterlicher Segen noch bevor.

So stand nur der Chef dieser Truppen, Armeegeneral Fjotr Luschew, mit seiner rangmäßig besonders ausgeprägten Tellerrutsche wie eine Statue neben Gorbatschow, als das Westfernsehen den „DDR“-Medien rundweg die Show stahl: Denn der Moskauer ARD-Korrespondent Lutz Lehmann verfuhr nach amerikanischem Manier. Als Gorbatschow nach einem Rundgang wieder aus der Tür der Stätte des Potsdamer Abkommens trat, rief er – wie es US-Reporter mit Ronald Reagan zu tun pflegen – einfach auf russisch nach dem Chef: „Generalsekretär!“

Gorbatschow horte auf und machte dann lässig eine „Rechtschwenk“-Bewegung mit seiner gesamten Begleitung: „Odini“, rief er auf russisch – eine Frage, bitte schön, mehr nicht. Frau Gorbatschowa im schwarzen Haute-couture-Mantel von ihrem vormittäglichen Damenprogramm im Park von Sanssouci leicht erschöpft, stand neben dem KP-Generalsekretär. Zur Verblüffung der „DDR“-Augenzeugen hob der Gast

aus Moskau dann aus dem Siegreif zu einem Statement an, das abends die „Aktuelle Kamera“ des Ostberliner Fernsehens vor erhebliche Probleme stellte. Denn Gorbatschow signalisierte nicht nur nach Washington, daß er trotz Atomversuche und Libyen noch im Sommer an den Potomac reisen wolle, sondern verabschiedete sich auch ausdrücklich mit einem freundlichen Gruß: „Doswidanje“ (Auf Wiedersehen), sagte er, und fügte hinzu: „Grüßen Sie die Menschen in der Bundesrepublik!“

Dieser Schlußsatz blieb im Ostberliner Fernsehen zwar als Ton vorhanden, aber man mochte soviel Höflichkeit in Richtung Westen doch lieber nicht übersetzen...

Soldat als Geschenk

Als die Moskauer Equipe längst wieder in der Wagenkolonne Richtung Ost-Berlin saß, kehrte im „Neuen Garten“ wieder der „Eindruck des idyllischen Landlebens“ ein, wie ihn ein Zeitgenosse vor 200 Jahren beschrieb. In dieser Idylle blieb noch etwas zurück: Im Empire-Salon der Kronprinzessin hatte der Gast sein Geschenk aufgelegt: Die Bronceplastik eines friedensbringenden Soldaten, der von drei Kindern umringt wird.

Telefonieren nach Übersee wird billiger

ARNULF GOSCH, Bonn

Insgesamt rund 330 Millionen Mark pro Jahr werden die Kunden der Bundespost mit der 29. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung sparen. Dem Papier hat der Postverwaltungsrat gestern in Bonn zugestimmt. Neben den Gebührensenkungen enthält die neue Verordnung auch Regelungen über die Einführung neuer Dienstleistungen und neuer Endgerätypen für Fernmeldeleistungen.

Zu den wichtigsten Gebührensenkungen zählt die Verlängerung des Zeittaktes für den Telefonverkehr nach außereuropäischen Ländern, die am 1. Juli in Kraft tritt und zu jährlichen Entlastungen von 180 Millionen Mark führt. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch der Zeittakt für den Telefonverkehr mit Spanien und Portugal verlängert.

Zum 1. Dezember treten Gebührenänderungen im Telexdienst in Kraft. So verringert sich die Minutengebühr für internationale Fernschreiben nach USA, Kanada, Australien und Israel, in die Länder des Nahen Ostens und der sogenannten „übrigen Welt“. Das bringt jährliche Einsparungen von 58 Millionen Mark. Dagegen wird die Telexgrundgebühr von 65 auf 80 Mark angehoben.

Die Zuschläge für Tastschaltapparate werden zum 1. Dezember von 2,50 auf 0,80 Mark bzw. von 3,00 auf 0,70 Mark gesenkt. Das kostet die Post 80 Millionen Mark im Jahr. Zu den weiteren wichtigen Gebührenmaßnahmen zählt die Anhebung der seit 14 Jahren unveränderten Wortgebühren im Telegrammdienst von 0,60 auf 0,80 Mark. An neuen Fernmeldeleistungen wird der seit August 1984 im Probebetrieb laufende Telexdienst zum 1. Juli als Regeldienst eingeführt. Zum gleichen Zeitpunkt schafft die Post die Voraussetzungen für die Einführung des Telexdienstes.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern schwere Vorwürfe gegen die Postpolitik von Minister Schwarz-Schilling erhoben. Die Postexperten Peter Paterna und Karl Liedtke erklärten, daß die Kostenrechnung der Post für 1986 eine Kostenunterdeckung aufweise.

Initiative gegen Antisemitismus

DW, Berlin

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat die Bundesländer aufgefordert, „neue Formen“ der Untersuchung und Bekämpfung des Antisemitismus zu entwickeln, weil die bisherigen Reaktionen auf besorgniserregende Vorgänge der letzten Zeit nicht ausreichten. Dazu schlug Galinski vor, spezielle Arbeitsgruppen aus „erfahrenen und engagierten Bürgern“ zu bilden. Der Regierende Bürgermeister Diepgen hat die Berufung eines solchen Gremiums schon zugesagt.

In einer Gedenkstunde zum 43. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto beklagte Galinski eine zunehmende Tendenz des Antisemitismus. Im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin sagte er, seit 1945 seien Juden nicht mehr einer solcher Feindseligkeit wie heute begegnet. Neu sei, daß Antisemitismus heute offen geäußert werde, besonders auch von politischen Mandatsträgern.

Von den Illusionen der SPD über Entspannung

WELT-Gespräch mit der Historikerin Gesine Schwan

Von ULRICH RETZ

Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD im Nachkriegs-Deutschland, empfahl im Februar 1946 seinem Parteifreund Otto Grotewohl, die SPD in der Sowjetzone aufzulösen. Doch Grotewohl gab sich der Illusion hin, eine Vereinigung mit der KPD zur SED könne vor dem Hintergrund wachsenden sowjetischen Drucks retten, was zu retten sei. Die SPD sollte der SED demokratischen Charakter verleihen. Doch dieser scheinbare Schachzug, der mit dem historischen Händedruck Grotewohls und Wilhelm Piecks am 21. April 1946 besiegelt wurde, entpuppte sich als verhängnisvolle Fehleinschätzung.

Das Problem der Illusion gegenüber dem Kommunismus ist vor dem Hintergrund des Rufes der SPD-Spitze nach einer „zweiten Phase der Entspannungspolitik“ und der Bereitschaft, auf die Herausstellung der Unterschiede zwischen östlichen Diktaturen und westlichen Demokratien zu verzichten, wieder aktuell geworden.

Die Einstellung vieler Sozialdemokraten gegenüber der Zeit nach dem Weltkrieg ist heute nach Auffassung von Gesine Schwan, der unheimlichen Mahnerin in der SPD, „offenkundig zwiespältig“. Dies hänge damit zusammen, so die Historikerin in einem Gespräch mit der WELT, daß sich in den vergangenen 40 Jahren das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten mehrfach wandelte. Der historische Bogen reiche von der Phase des Antikommunismus während des Kalten Krieges „bis zum jetzigen Zusammenwirken von Teilen der SPD mit der KPD sowie zur Etablierung engerer Parteibeziehungen mit der SED und mit den übrigen kommunistischen Parteien in West- und Ost-Europa“.

Die Hinwendung zur Entspannungspolitik resultierte aus der Erfahrung des Mauerbaus. Führende Sozialdemokraten zogen daraus den Schluß, eine „zukünftige Deutschland- und Europa-Politik (dürfe) sich nicht mehr in erster Linie auf die Stärke der Vereinigten Staaten stützen, sondern (müsse) auf eine Kooperation mit der Sowjetunion angelegt werden“. Doch weder das Ziel, mit Hilfe der Entspannungspolitik zu einer gleichgewichtigen Abrüstung zu kommen, noch das einer Demokratisierung in den Ostblock-Staaten sei erreicht worden.

Gesine Schwan sieht in der SPD zwei Formen der Illusion gegenüber dem Kommunismus:

1. Der „Gaulismus von links“. Dieser bestehe in der Annahme, die Sowjets würden sich unter der Voraussetzung eines Abzugs der Amerikaner aus West-Europa ihrerseits aus Ost-Europa zurückziehen.

2. Die Fehleinschätzung, mit re-

gierenden Kommunisten zu einer gleichgewichtigen Kooperation kommen zu können, wenn man seinerseits auf das Aussprechen und Verfolgen der eigenen Werte und Ziele verzichtet.

Dabei unterschätzten SPD-Politiker das Ziel des Ostens, seine Regime als „normal“ zu festigen. In diesem Zusammenhang stellt Gesine Schwan der Berliner SPD ein Armutszeugnis aus. Diese „überbietet sich geradezu in der Forderung Ost-Berlin endgültig und ohne politischen Vorbehalt als Hauptstadt der DDR anzuerkennen“, und fügt so: „der Sache Berlins und (der) der Freiheit schweren Schaden zu“.

Die Überbetonung der Notwendigkeit, den Frieden zu sichern, habe nicht nur innerparteiliche Folgen: „Da die Parteiführung der SPD uns Mitgliedern auf dem ideologischen Feld gleichsam einen Maulkorb aufzulegen versucht, indem sie die ideologische Auseinandersetzung als „friedensgefährdend“ diskreditiert, ablehnt und selbst seit Jahren nicht mehr praktiziert, hat sie der genau kalkulierenden Macht und Realpolitik (der Kommunisten) nichts entgegenzusetzen.“

Es bestehe die Gefahr, „ins Schlepptau des Gegners“ zu geraten. Aus dem Entgegenkommen, Systemunterschiede im Verkehr mit kommunistischen Regierungen auszuklammern, folge auch die Bereitschaft, die für den



Historischer Händedruck: Wilhelm Pieck (L) und Otto Grotewohl (R). FOTO: ULLSTEIN

Ostblock heikle Diskussion über die Situation der Menschenrechte hinzuzustellen.

Die SPD-Politikerin sieht die Illusionen in der SPD in einer Überschätzung der eigenen Stärke gegenüber den Kommunisten begründet. Die SPD-Politiker „glauben an ihren persönlichen Einfluss und verweigern sich einer realistischen Analyse jener Bedingungen und Mittel, mit denen Kommunisten gewöhnlich ihre Macht erwerben und erhalten.“ In „Wahrheit“ ermögliche erst das Aussprechen der ideologischen Konflikte, Mißverständnisse abzubauen.

Die Schlußfolgerung Gesine Schwan, die zugleich den Bogen zu der Erfahrung der Zwangsvereinigung von KPD und SPD schlägt, lautet: „Das Klären dieser Konflikte und das Propagieren der westlichen Demokratie stellen keine Friedensgefährdung, sondern eine Friedensförderung dar... Unser Beitrag zur Entspannung muß darin liegen, darauf hinzuwirken, daß die kommunistischen Regierungen den Menschen in ihren Ländern mehr Freiheiten und Rechte gewähren.“ Die Voraussetzung für den Dialog, die Gesine Schwan hier markiert, schließt den wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch mit kommunistischen Regimen nicht aus. Die SPD-Politikerin ordnet dem pragmatischen Aspekt der Beziehungen aber die ethische Dimension über.

Villa Vigoni: Bringt die „Erblast“ jetzt doch noch ideellen Gewinn?

KLAUS J. SCHWEHN, Bonn

Mit der Vereinbarung über die gemeinsame Förderung eines deutsch-italienischen Kulturzentrums in der Villa Vigoni oberhalb des Comer Sees, gestern von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem italienischen Amtskollegen Giulio Andreotti in Bonn unterzeichnet, ist für Bundesregierung und Bundestag endlich das leidige Haushaltskapitel 3102, Titel 547 01, aus dem Etat 1985 abgehakt.

Daß es kann dieses Anwesen in Menaggio nach mancherlei Hin und Her zwischen Bildungsministerium, Bundesrechnungshof und Haushaltsausschuß für kulturelle Begegnungen genutzt werden – so wie es sich der frühere Besitzer, der 1983 gestorbene Mailänder Adlige Ignazio Medici de Matignano, gewünscht hatte.

Er hatte Villa, Nebengebäude und 23 Hektar Land – Gesamtwert etwa zwölf Millionen Mark – der Bundesrepublik Deutschland vererbt. Der Maßgabe, dort eine deutsch-italienische Begegnungsstätte zu schaffen. In der Folge wurde dieses Geschenk jedoch fast zur Erblast.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages monierte, daß Bundeskanzler Helmut Kohl 1984 das Erbe angenommen hatte, ohne mit dem Parlament Rücksprache zu nehmen und die Folgekosten zu bedenken. Der Rechnungshof rügte, die Villa Vigoni und einige dazugehörige Landhäuser seien baufällig, was zu hohen Renovierungskosten führen müsse, und so gab es bis in das Jahr 1985 hinein auch Überlegungen, sich „von dem Vermächtnis und seinen Auflagen zu befreien“.

In den Diskussionen der Bonner Haushaltsexperten über den Bundesetat 1985 klärte sich dann einiges. So hatten auch sprachliche Fehlinterpretationen zu Irritationen geführt: Bau-

fällig waren und sind lediglich zwölf zum Anwesen gehörende Ställe mit Behelfswohnungen ohne Licht und Wasser, die im italienischen rustici heißen; funktionsfähig dagegen sind die fünf für eine Tagungsstätte wichtigen Landhäuser (case rustiche). Außerdem, so das Ministerium, soll sparsam gewirtschaftet werden. Von den vier dort angestellten Gärtnern wird einer in diesem Jahr pensioniert und damit diese Planstelle gestrichen. ... Trotzdem aber belaufen sich die jährlichen Unterhaltungskosten auf rund 900 000 Mark, und die langfristigen Renovierungskosten werden auf etwa 10,3 Millionen Mark geschätzt.

Die jetzt von Genscher und Andreotti unterzeichnete Vereinbarung besagt, daß sich der italienische Staat in jener Höhe an den jährlichen Unkosten der kulturellen Begegnungen beteiligt, die von Bonn aufgewendet werden – nicht aber an der Unterhaltung des Besitzes. Träger soll künftig ein Verein sein. Eine erste Probe hat

die Villa Vigoni im vergangenen Jahr bestanden, als dort der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft eine Tagung veranstaltete. Auch Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat das teure Erbe schon genutzt. Am 8. Juli 1985 eröffnete sie dort eine Veranstaltung mit 25 Wissenschaftlern aus beiden Ländern.

So wird die Hoffnung genährt, daß die „Erblast“ des Mailänders Ignazio Medici de Matignano doch noch zum ideellen Gewinn wird. Schließlich war das Anwesen mit seiner überreich ausgestatteten Bibliothek schon früher Bindeglied zwischen deutscher und italienischer Kultur. Einen der Vorfahren des Ignazio, den 1769 in Frankfurt geborenen Kaufmann Heinrich Mylius, hatte es an den Comer See gezogen, wo er als Wohltäter und Förderer der Künste hervortrat. Zu seinen Freunden zählte Johann Wolfgang von Goethe, dessen italienische Reise sich in diesem September zum 200. Male jährt.



Georgie Idylle zwischen Pinien und Zypressen: Das deutsch-italienische Kulturzentrum oberhalb des Comer Sees. FOTO: DIE WELT

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V. informiert:

Was hat Kalk mit dem Umweltschutz und ganz besonders mit unserem Trinkwasser zu tun?



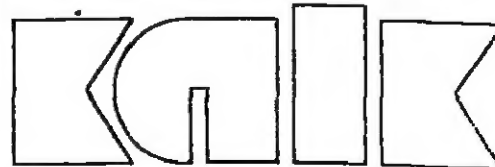
Kalk macht lecker.

Kalk ist als bewährter und fortschrittlicher Naturstoff an der Herstellung einer unendlichen Zahl von Produkten direkt oder indirekt beteiligt. Es sind Produkte, die uns tagtäglich umgeben, die uns auf Schritt und Tritt begegnen. So beweist Kalk zum Beispiel bei der Wasseraufbereitung, was er kann. Er macht unser Wasser weicher oder härter, je nach Bedarf, er macht es genießbar und schmackhaft. Er verhindert den lästigen Kesselstein in Wasserleitungen, Haushaltsmaschinen und Heizwassergeräten, denn so unglaublich es klingt – mit Kalk wird Verkalkung verhindert.

Aber das ist nur einer seiner vielen Anwendungsbereiche. Überall wird Kalk mit großem Erfolg eingesetzt. Und die Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeiten sind noch längst nicht erreicht.

Kalk ist und bleibt ein unersetzliches Schlüsselement unseres Lebens, ein Geschenk der Natur, ohne das es den Fortschritt von heute und morgen nicht gäbe.

Für mehr Informationen über „Kalk und seine überaus vielfältigen Einsatzmöglichkeiten“ halten wir für Sie Informations-Broschüren bereit: O Kalk in der Land- und Forstwirtschaft O im Umweltschutz O in der Baustoffindustrie O im Straßen- und Betonbau O in der Mörtel- und Putzindustrie O in der Industrie (d. h. Eisen und Stahl, Chemie, Glas, Zucker, Kosmetik, Papier...). Bitte anfordern beim: Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V., Annenstr. 67-71, 5000 Köln 51, Tel. 02 21/37 69 20, Telex 8 882 674



Kalk ist mehr. Viel mehr.

Hohe Verluste bei Rebellen in Afghanistan

Ir. Islamabad
Große Verluste haben die afghanischen Rebellen bei schweren Kämpfen an der Grenze zu Pakistan erlitten. In der Provinz Farkhar seien mindestens 300 Widerständler getötet worden, meldete der staatliche Rundfunk in Kabul. Exilanten in Pakistan berichteten, daß die Rebellen-Stützpunkt Zhawar unter andauerndem sowjetischen Bombardement gelte. Aus der Stadt Kandahar berichteten Durchreisende, die Rebellen hätten mindestens 170 Mann bei dem Versuch verloren, einen Belagerungsring sowjetischer und afghanischer Truppen zu sprengen. Reisende und Verwandte, die aus Kandahar kamen, berichteten, dort tobe in der Altstadt ein Häuserkampf, an dem rund 5000 Widerständler beteiligt seien.

Beamten-Mord auf den Philippinen

dpa, Manila
Ein unbekannter Schütze hat den amtierenden Bürgermeister einer Kleinstadt auf den Philippinen ins Bein geschossen. Es ist der erste Mord an einem von der neuen Präsidentin Corason Aquino ernannten Beamten. Vor einem der Familie von Frau Aquino gehörenden Gebäude habe die Polizei von Manila gestern eine Bombe entschärft. Wenig später meldete sich ein anonymes Anrufer, der sich im Namen einer muslimischen Untergrundorganisation „Moro Lel Fatah“ zu dem mißglückten Anschlag bekannte.

Bombenanschlag auf US-Botschaft

AFP, Lima
Eine Autobombe ist gestern hinter dem Gebäude der amerikanischen Botschaft in Lima explodiert, wie die peruanische Polizei ohne weitere Einzelheiten meldete. Im Umkreis des Tatorts gingen an mehreren Gebäuden die Fensterscheiben zu Bruch. Die scharf bewachte Botschaft war bereits zweimal Ziel von Attentaten.

Madrid spielt Terrorgefahr herunter

Furcht vor Devisenaufläufen im Tourismus / Spanischer „Ehregast“ in Tripolis

ROLF GÖRTZ, Madrid
„Was Khadafi sagte, war doch nur reine Rhetorik. Man hätte sie nicht überbewerten sollen.“ Mit diesem leicht dahergesagten Schlenker mützte sich der spanische Finanzministerpräsident Alfonso Guerra, die libysche Gefahr herunterzuspielen und damit die amerikanische Reaktion auf den ständigen und blutigen Terror des libyschen Revolutionsführers zu desavouieren.
Und offensichtlich mit dem Ziel, das Verhältnis zu Libyen und damit die Freundschaft zu Arabien allgemein nicht weiter zu belasten - trotz der Drohungen Khadafis gegen die südeuropäischen Länder, mithin auch Spanien -, schnitt der sozialistische Innenminister Barrio Nuevo direkt das Thema Terrorismus in Spanien an.

In Khadafis Zentrale

Er meinte, daß sich die Unterstützung der baskischen Terrororganisation ETA durch das Khadafi-Regime bis 1982 nur schwer und seit der Amtsübernahme durch die sozialistische Regierung überhaupt nicht nachweisen ließe.
Vor dem amerikanischen Gegenanschlag, als Madrid dringend um euro-

KSZE: Bonn klagt über „bedrückenden Rückgang“ deutscher Aussiedler

Mehr als 200 000 wird Recht auf Ausreise verweigert / Schikanen gegen Antragsteller

ALFRED ZÄNKER, Genf
Die Ereignisse in Libyen haben das Konferenzklima auf der Berner KSZE-Expertentagung über menschliche Kontakte kaum getrübt. Zwar wurde die amerikanische Aktion von den Delegierten des Warschauer Paktes scharf verurteilt, doch wurden die USA als Angreifer nicht ausdrücklich genannt. Konferenzteilnehmer bezeichnen die Atmosphäre der noch bis zum 26. Mai dauernden Tagung als „entspannt“ und „sachlich“.

In einem Plenarbeitrag zum Thema Familienzusammenführung beschrieb Botschafter Eikehard Eichhoff, Leiter der deutschen Delegation, gestern die schwierige Lage vieler deutscher Aussiedler in den Ostblockstaaten. In den vergangenen Jahren sei ein „bedrückender Rückgang“ der genehmigten Aussiedlungen aus diesen Ländern eingetreten, so daß mehr als 200 000 Menschen ihr Recht auf Ausreise nicht hätten ausüben können.

Zwischen 1975 und 1980 hatten eine Viertelmillion Menschen die Genehmigung zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erhalten. Danach seien die Bewilligungen zurückgegangen. „Sorge macht uns insbesondere, daß die Zahl der Ausrei-

sen aus der Sowjetunion schon seit 1977 kontinuierlich abgesunken ist“, sagte Eichhoff. 1985 hätten nur noch 460 Personen ausreisen können, verglichen mit fast 10 000 im Jahr unmittelbar nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki.

Dem Deutschen Roten Kreuz seien Ende 1985 allein 65 000 Personen in der Sowjetunion bekannt gewesen, die ihren Ausreisewillen seit 1981 bekundet hätten. „Eine viel größere Zahl von Personen, die sich früher beim Deutschen Roten Kreuz als ausreisewillig registrieren lassen, hat nach Jahren ihre vergeblichen Bemühungen eingestellt oder aufgeschoben“, so Eichhoff.

Einen „wesentlichen Beitrag“ habe dagegen die „DDR“ geleistet. 1984 und 1985 konnten Zehntausende Deutsche in die Bundesrepublik übersiedeln. Diese Zahlen seien in den vergangenen Wochen noch weiter gestiegen. Allerdings gebe es immer noch viele unerledigte Anträge und wer sich zur Ausreise aus der „DDR“ entschließt, dürfe nicht befürchten müssen, hierfür strafrechtlich belangt zu werden.

Insgesamt bleibe festzustellen, daß im Bereich der Familienzusammenführung die Praxis vielfach hinter

den von allen Teilnehmerstaaten geweckten Erwartungen ganz erheblich zurückgeblieben sei. Zu den Benachteiligten, denen Ausreisewillige ausgesetzt seien, gehörten Entlassungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, Drängen der Behörden, den Antrag zurückzuziehen oder die Wohnung zu räumen und in andere Gebiete umzuziehen. Manchmal werde den Kindern Weiterbildung und Zulassung zur Universität verweigert, Antragsteller würden gezwungen, sich auf Betriebsversammlungen und bei staatlichen Organisationen zu rechtfertigen oder würden in den Medien diffamiert.

Die Bundesrepublik erstrebe nicht die Ausreise ganzer Volksgruppen. Sie ermuntere keineswegs zur Ausreise. „Wir sind aber verpflichtet, den Menschen, die den Willen bekunden, haben, zu uns zu kommen und die als deutsche Volkszugehörige oder Ehegatten die Voraussetzungen zur Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland erfüllen, zu ihrem Recht zu verhelfen.“

In Bern weit gegenwärtig auch eine Delegation des Bundestages unter Führung von Hans Graf Huyn, um sich über den Gang der Expertenkonferenz zu orientieren.

Arafat nutzte Gorbatschows „DDR“-Besuch

Am Rande des SED-Parteitages in Ost-Berlin

Am Rande des SED-Parteitages in Ost-Berlin ist der sowjetische Parteichef Gorbatschow auch mit dem Chef der in sich zerstrittenen palästinensischen Befreiungsorganisation PLO zusammengetroffen. Themen des einstündigen Gesprächs sollen nach Berichten der Beiruter Presse der Streit in der PLO sowie Arafats Beziehung zu arabischen Ländern und seine Möglichkeiten in Europa gewesen sein. Das PLO-Büro in Ost-Berlin hat, wie alle PLO-Büros in Ostblockländern, Botschafterstatus. Es wird geleitet von Issam Kamal Salem, dem rege Aktivitäten nachgesagt werden, und gilt als Zentrale für Operationen der Fatah, der Hausmacht Arafats und größten Organisation innerhalb der PLO. Ein eigener Vertreter unterhält enge Verbindung zu Abu Dschihad, Abu Iyad und Abu Hol, die von westlichen Sicherheitsexperten allgemein als Köpfe des Fatah-Terrors gelten, jeder mit verschiedenen Aufgaben.

Wie die WELT ferner aus Beirut und Damaskus erfährt, sollen in den letzten Wochen 46 Guerrillas der pro-syrischen Gruppe von Georges Habbash einen Spezialkurs in einem Lager bei Simferopol auf der Krim-Halbinsel beendet haben. Dabei sollen auch Verhaltensmuster westeuropäischer Polizeikräfte zum sechsmonatigen Studienprogramm gehört haben. Ein ähnlicher Kurs soll nun in Ost-Berlin für eine Gruppe von 15 ausgewählten Kämpfern der Fatah ablaufen sein.

Arafat und andere PLO-Führer sind in Ost-Berlin häufig zu Gast. Der außenpolitische Sprecher der PLO, Kaddumi, der bisweilen als Nachfolger Arafats gehandelt wird, besuchte Ende Januar Ost-Berlin, nachdem er sich zuvor in Bukarest, Budapest und Moskau aufgehalten hatte. Er und Abu Hol sollen sich intern für die Wahl eines neuen PLO-Chefs ausgesprochen haben. Im Gespräch dafür ist auch Abu Saïm, der lange Zeit die PLO in Jordanien vertrat. Vor allem Arafats enge Verbindung zu Kairo stößt auf Kritik. Das Treffen mit Gorbatschow dürfte Arafats Stellung allerdings gestärkt haben.

Hollands Parteien werben mit 36-Stunden-Woche

Streikwelle vor Wahlen / Koalition drohen Verluste

HELMUT HETZEL, Den Haag

Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungen in der diesjährigen Tarifrunde droht in der niederländischen Metallindustrie ein massiver Arbeitskampf. Erstmals will die Gewerkschaft ihre Forderung nach Einführung der 36-Stunden-Woche für das gesamte Tarifgebiet durchsetzen.

Mit einer „großen Streikwelle“, zu der die Industriegewerkschaft FNV und der Christliche Gewerkschaftsbund CNV aufrufen, soll die Produktion bei führenden metallverarbeitenden Betrieben stillgelegt werden. Schon gestern liefen erste Streikaktionen an. Sie konzentrieren sich vor allem auf Betriebe im Industriegebiet rund um Rotterdam.

Im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen hatte FNV-Chef Hans Pont harte Töne angeschlagen. Er gab für den Arbeitskampf die kompromisslose klingende Formel aus: „Jetzt oder nie.“ Die Arbeitgeberseite dagegen zeigt sich nun erneut verhandlungsbereit und kompromissbereit. Der Sprecher der Metallarbeitgeber betonte, daß man weiterhin auf Verhandlungen setze und „von unserer Seite noch heute ein neues Angebot auf den Tisch gelegt werden wird“. Darin werde man die grundsätzliche Bereitschaft der Arbeitgeber auszusprechen, sich auf eine neue Arbeitszeitregelung zu einigen, „wenn sie den spezifischen Arbeitsabläufen einzelner Betriebe entspricht“.

Mehrere Modelle denkbar

Eine solche flexible Lösung biete dann durchaus Möglichkeiten für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung - zum Beispiel auf dem Gebiet der Vorruhestandsregelung. Aber auch andere Modelle, so der FME-Sprecher weiter, seien für die Arbeitgeber denkbar. Solche Arbeitszeitregelungen könnten aber nur auf regionaler Ebene und eben nicht landesweit für die ganze Branche einheitlich bindend ausgearbeitet und abgeschlossen werden. Man könne dieses schwierige Problem nur „betriebs-spezifisch“ lösen. „Es gibt für uns

keine unüberbrückbaren Abstände“, sagte er. Dennoch äußert die Unternehmerseite immer wieder Befürchtungen, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung die in den vergangenen Jahren mühsam wiedererlangte internationale Wettbewerbsfähigkeit der holländischen Metallbetriebe erneut gefährden könnte.

Politisch aufgewertet wurde dieser Tarifstreit durch spektakuläre Äußerungen des Haager Arbeitsministers de Koning. Der Christdemokrat mischte sich massiv in den schwelenden Konflikt ein und ergriff dabei eindeutig Partei. Er schrieb in einem Beitrag für ein Gewerkschaftsblatt: „Ich gehe davon aus, daß die 36-Stunden-Woche spätestens bis 1988 über alle eingeführt sein wird.“

Neue Arbeitsplätze

De Koning sieht sie als „ein geeignetes Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze“. Durch die Einführung der 36-Stunden-Woche seien 1984 insgesamt 80 000 neue Arbeitsplätze in den Niederlanden geschaffen worden. Viele von Entlassung bedrohte Arbeitnehmer hätten ihre Stelle behalten können.

Der sich abzeichnende harte Arbeitskampf kommt der amtierenden Haager Mitte-Rechts-Regierung rund einen Monat vor den Parlamentswahlen äußerst unlegen, da er insgesamt die Stimmung im Land für die in der Opposition stehende Sozialistische Partei der Arbeit (PvdA), der von allen Demoskopen große Stimmengewinne vorhergesagt werden, anheizen dürfte. Vor diesem Hintergrund muß daher das eindeutige Engagement des christdemokratischen Ministers für die Gewerkschaften gesehen werden. Es ist ein deutliches Signal der amtierenden Regierung an die Arbeitnehmer und zielt darauf, diese Wählerschichten direkt anzusprechen und zu umwerben. Denn nach Umfragen droht der Koalition von Christdemokraten und Liberalen bei den Wahlen der Verlust der absoluten Mehrheit. Sie kann danach insgesamt nur noch mit 74 der 150 Parlamentsmandate rechnen.

Heftige Gefechte im Golfkrieg

DW, Teheran/Paris

Bei den schwersten Golfkrieg-Gefechten seit Februar sind in der Nacht zum Sonntag auf der Halbinsel Fao nach iranischen Berichten 1500 Irakis getötet und 2600 verletzt worden. Die iranischen Streitkräfte hätten mit einem Präventivschlag einen irakischen Angriff vereitelt, hieß es. In Bagdad bezeichnete man den Bericht als „unsinnig“. Irak will im Golfkrieg die strategisch wichtige iranische Eisenbahnbrücke von Qasr-Kuh, nahe der Stadt Mianeh, bei einem Bombenangriff zerstört haben. Die 340 Meter lange Brücke verbindet die iranische Hauptstadt Teheran mit der UdSSR und der Türkei.

Kyprianou für Gipfeltreffen

dpa, Nikosia

Die zypriotische Regierung hat die jüngsten Vorschläge von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar zur Lösung des Zypernkonflikts abgelehnt. Statt dessen hat Staatspräsident Kyprianou ein erneutes Gipfeltreffen mit dem türkischen Volksgruppenführer Denktaş angeregt, um die strittigen Fragen zwischen griechischer und türkischer Volksgruppe zu klären. Perez hatte zur Überwindung der seit 1974 andauernden Teilung Zyperns die Schaffung einer föderativen Inselrepublik vorgeschlagen, in der beide Volksgruppen über weitgehende Selbstverwaltungsrechte verfügen sollen.

Marxisten bei Vatikan-Tagung

dpa, Vatikanstadt

Zu einem ersten Symposium zwischen Marxisten und Katholiken mit offizieller Beteiligung des Vatikans werden vom 8. bis 10. Oktober in Budapest Theologen und Wissenschaftler aus Ost und West zusammenkommen. Das Treffen (Thema: „Gesellschaft und ethische Werte“) wird von dem vatikanischen Sekretariat für die Nichtgläubenden und von der ungarischen Wissenschaftsakademie organisiert. Ehrenpräsidenten der Tagung, an der Teilnehmer unter anderem aus der UdSSR, Polen, „DDR“ und Bundesrepublik Deutschland teilnehmen, werden die Kardinals Franz König und Paul Poupard sein.

Budapest lockert die Zügel der Presse

CARL G. STRÖHM, Budapest

Als erstes kommunistisches Land des Ostblocks hat die ungarische Volksrepublik jetzt ein Pressegesetz, das staatliche Funktionen dazu verpflichtet, Journalisten - im Rahmen gewisser gesetzlicher Grenzen - Anknüpfte zu erteilen. Presse, Rundfunk und Fernsehen in Ungarn sind gemessen an vergleichbaren kommunistischen Ländern (vielleicht mit Ausnahme Jugoslawiens) seit langem um vieles lebendiger und offener, vor allem auch in der Kritik und im Aufdecken unbefriedigender Zustände im wirtschaftlichen Bereich. Dennoch darf natürlich kein Zweifel bestehen, daß die „führende Rolle der Partei“ auch in den Medien nicht angestastet wird.

Ventil für Kritik

Die ungarischen Kommunisten reagieren damit wieder einmal flexibel auf gesellschaftliche Herausforderungen als ihre Genossen in anderen Staaten des „realen Sozialismus“. Der Presse und den elektronischen Medien wird in Budapest eine gewisse Ventilfunktion zugeschrieben. Durch offene Kritik soll eine Stimmung der Wind aus den Segeln genommen werden. Das entspricht der Parteilinie, wie sie ZK-Sekretär Janos Berecz neulich in der partei-theoretischen Zeitschrift „Társadalmi Szemle“ publizierte: Ohne das Vertrauen, die Zustimmung und die aktive Unterstützung des Volkes könne

die führende Rolle der Partei - auch wenn sie nach außen gefestigt erscheine - keine Wurzeln schlagen.

Die ungarische Reformpolitik hat zwar einigen Schichten der Bevölkerung - etwa allen, die mit Handwerk, privatem Handel, aber auch mit Landwirtschaft etwas zu tun haben - gewisse materielle Vorteile, ja manchmal sogar relativen Reichtum beschert. Gleichzeitig aber hat sie die Industriearbeiterschaft, die Rentner, die studierenden Jugendlichen in eine Durststrecke geführt. Insgesamt hat sich der Lebensstandard der Ungarn, besonders in den „Randgruppen“ der Gesellschaft, verschlechtert. Ein Kenner der Situation meinte, Ungarn erlebe jetzt die negativen Seiten der Marktwirtschaft, kombiniert mit den negativen Seiten des administrativen Sozialismus.

Aus dieser Situation kann leicht soziale Unzufriedenheit erwachsen. Die Stabilität des Kadar-Regimes beruhte ja nicht allein auf der ausgehenden „Vaterfigur“ an der Spitze, die auch den Nichtkommunisten ein gewisses Vertrauen einzuflößen vermochte. Sie war auch eine Folge der Tatsache, daß das „Gesetz von den steigenden Erwartungen“ sich in Ungarn für große Teile der Bevölkerung realisierte. Dieses Gefühl, es könne eigentlich nur besser werden, ist in letzter Zeit einem Pessimismus bei jenen gewichen, die als erste der Teuerung (Anpassung an die marktgerechten Preise, Abbau der Subventionen) zum Opfer gefallen sind.

Eine der Konsequenzen der ungarischen Reformpolitik ist die Öffnung zum Weltmarkt - und das heißt, das Akzeptieren der internationalen Wirtschaftsbedingungen. Hier aber tun sich ungarische Betriebe immer noch schwer, die Konkurrenz und die größere Leistungsfähigkeit des Westens „in freier Wildbahn“ auszuhalten. Mit einiger Sorge betrachtet Budapest daher die Tatsache, daß die Leistungsbilanz gegenüber den Ländern mit konvertiblen Währungen im vergangenen Jahr ein Minus von 457 Millionen Dollar zeigte, nach einem beträchtlichen Plus im Vorjahr.

Sorgenkind Comecon

Vor allem die Verschlechterung der Exportbedingungen für ungarische Agrarexporte macht der Budapest Regierung große Sorgen. Ein zweites Sorgenkind ist das Comecon (RGW), wo die Preise für Rohstoffe und Erdöl aus der Sowjetunion nun zum Teil erheblich über dem Weltmarktniveau liegen.

Was in der Zeit steigender Erdölpreise im Westen für die Ungarn ein Vorteil war - nämlich das sowjetische Verrechnungssystem, das den jeweiligen Erdölpreis für Lieferungen an Ostblockländer aus dem Durchschnittspreis der letzten fünf Jahre ermittelt - , verwandelt sich jetzt in einen Nachteil. Ungarn kann damit von sinkenden Erdölpreisen des Westens kaum profitieren.

Ihr Aufschwung mit Bundesschatzbriefen.

Sie können zwischen den Bundesschatzbrief-Typen A und B wählen. Typ A läuft 6 Jahre, die Zinsen werden jährlich ausgezahlt. Typ B läuft 7 Jahre, Zins und Zinseszinsen werden angesammelt. So wachsen 1.000,- DM in 7 Jahren auf 1.474,- DM.
Typ A hat 5,21% Rendite, Typ B 5,70%.
Beide lassen sich nach dem 30.4.1987 jederzeit zu Bargeld machen. Zum vollen Wert plus Zinsen, bis zu 10.000,- DM monatlich.
Bundesschatzbriefe sind bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken gebührenfrei erhältlich.
Konditionen: Stand 21.4.1986, Ausgaben 1986/85 und 8.

1. Jahr: 3,00%
2. Jahr: 4,50%
3. Jahr: 5,00%
4. Jahr: 5,50%
5. Jahr: 6,50%
6. Jahr: 7,50%
7. Jahr: 8,00%

Näheres über die Bundesschatzbriefe erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 100 461, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0 69/55 07 07. Aktuelle Konditionen Tag und Nacht unter Tel. 0 69/5 97 01 41.

BUNDES-SCHATZ-BRIEFE



MEINB

158

مركزنا من الاعمال

WO DER KOMMISSAR BADEN GEHT

Wer den ganzen Tag hart rangeht,
braucht einen Platz, um aufzu-
tanken. Körperlich und seelisch.
Morgens und abends.

Das Ideal ist ein Bad, das in
Form, Funktion und Farbe auf die
Entspannungs- und Freizeitbe-
dürfnisse des Menschen eingeht.

Ein individuelles Ambiente
rund ums Ich, in dem Sanitärkera-
mik, Acryl-Wanne, Armaturen
und Accessoires mehr ergeben als
eine Summe von Einzelteilen.

Das Ideal ist ein Bad, das kom-
plett aus einer Hand kommt:
mit der Garantie für die Qualität
von Design und Funktion.

Dieses Bad-Ideal kommt
von Ideal-Standard. Zu
sehen in den Ausstellungen
des Sanitär-Fachgroßhandels. Ein-
bau durch den Fachinstallateur.



Ideal-Standard GmbH
Euskirchener Str. 80, Postfach 1809
5300 Bonn 1, Telefon (0228) 52 10
Telex 8869 501, Btx *52 111*

N BAD-IDEAL

*Ideal
Standard*

„Nicht die Technik, die Erfahrung zählt“

Ein neues Computer-unterstütztes Diagnoseverfahren verbessert die zellbiologische Früherkennung von Lungentumoren

Von LUDWIG KÜRTEN

In jedem Jahr sterben in der Bundesrepublik etwa 30 000 Menschen an Lungenkrebs. 90 Prozent davon sind Raucher, der Lungenkrebs ist eine weitgehend selbstverschuldete Krankheit. Leider sind die Heilungschancen gerade bei dieser Krebsform sehr schlecht, sie betragen nur etwa fünf Prozent. Dies liegt daran, daß Tumoren in der Lunge meist erst erkannt werden können, wenn sie sich schon in einem fortgeschrittenen Stadium (T II und T III) befinden, in denen eine Operation kaum noch Erfolg bringt. Abhilfe könnte hier möglicherweise ein zellbiologisches Früherkennungsverfahren, die sogenannte Sputumzytologie, schaffen.

Einfache Probennahme

Diese Diagnoseform wurde in den 50er Jahren in den USA entwickelt und in der Bundesrepublik von Professor Alfred Böcking von der Hochschule Aachen weiterentwickelt. Für die Untersuchung müssen Patienten lediglich an drei aufeinander folgenden Tagen morgens kräftig husten, den Auswurf ausspucken und mit Alkohol versetzen. Das so fixierte Sputum wird dann an ein zytologisches Institut zur Untersuchung geschickt.

Die Sicherheit der Diagnose hängt vor allem von der Zahl der Proben ab. Im Institut von Prof. Böcking wurden in den letzten drei Jahren insgesamt 4300 Proben untersucht. Mit nur einem Sputum konnten dabei 67 Prozent, mit zwei 78 Prozent und mit drei schon 86 Prozent der Bronchialkarzinome entdeckt werden.

Bemerkenswert ist, daß bei drei untersuchten Proben 85 Prozent der Tumoren im Stadium T I, also noch in der operablen Phase, entdeckt werden konnten. Die Sensitivität dieser Untersuchungsmethode unterscheidet sich bei zentral oder am Rande der Lunge liegenden Karzinomen geringfügig, auch verschiedene Tumormorphen werden mit fast gleicher Treffsicherheit erkannt. Die wichtige Unterscheidung zwischen dem sogenannten kleinzelligen und dem nicht-kleinzelligen Karzinom war mit 96prozentiger Sicherheit möglich.

Fünf Prozent der Tumoren waren mit anderen Verfahren (Radiologie, Bronchoskopie) noch nicht nachweisbar. Böcking weist darauf hin, daß es sich bei den Testpersonen um Patienten handelte, die sich bereits wegen Lungenbeschwerden in ärztlicher Behandlung befanden. Bei Massenumfragen von Risikogruppen werde der Prozentsatz wahrscheinlich höher liegen.

Auf Grund dieser Ergebnisse hält Böcking es für möglich, daß die Sputumzytologie einmal für umfassende Vorsorgeuntersuchungen, vor allem bei Risikogruppen wie Rauchern, eingesetzt werden kann. Von anderer Seite wurde dies bisher mit Hinweis auf amerikanische Studien abgelehnt, die nur eine Treffsicherheit von 35 Prozent erreichten.

Sorgfältige Untersuchung

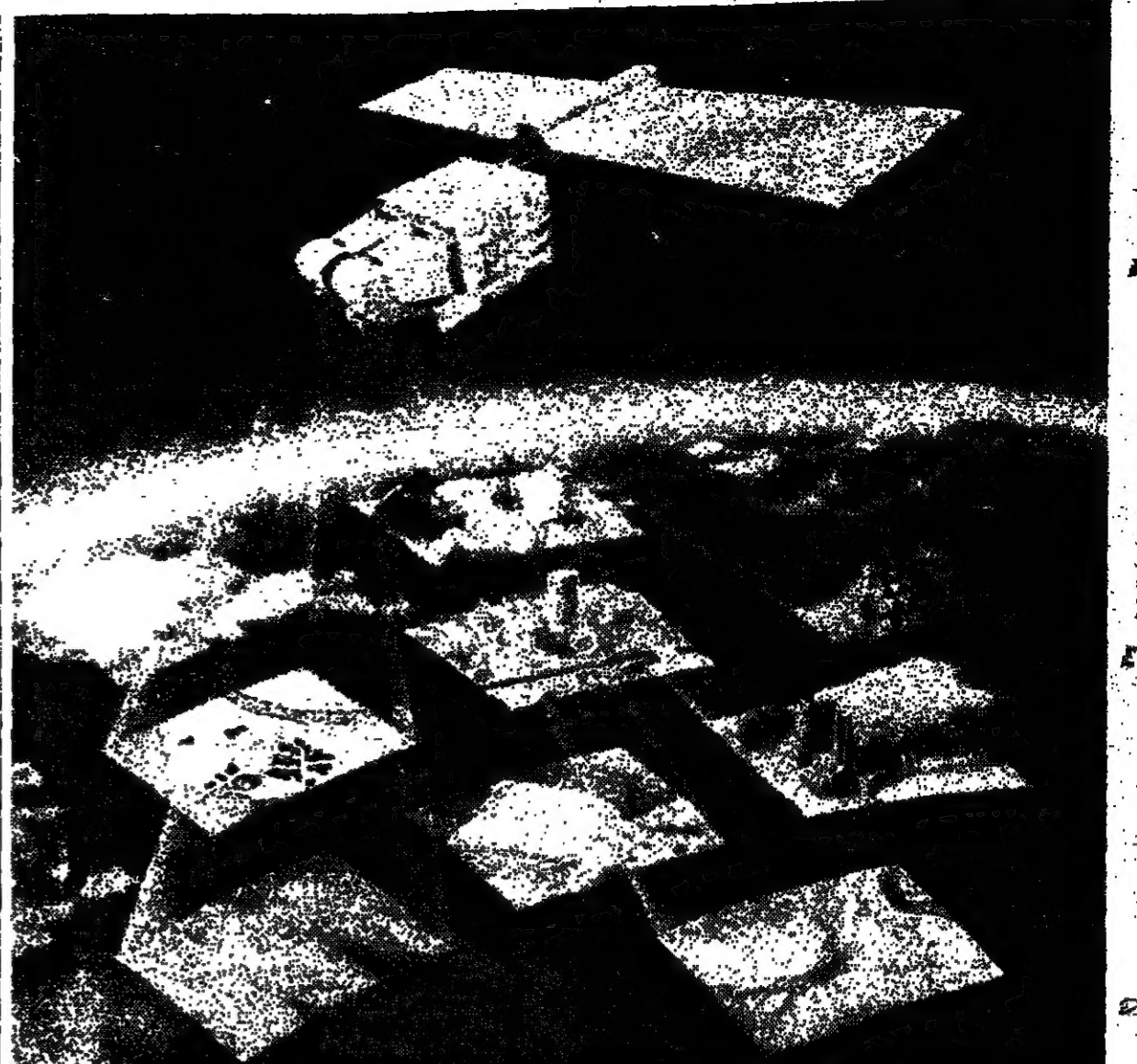
Böcking führt diesen großen Unterschied vor allem auf die zunehmende Erfahrung der Zellbiologie zurück. „Es ist nicht die Technik, die zählt, sondern unsere Fähigkeit, die Bilder zu lesen“, zitiert er seinen amerikanischen Kollegen G. Saccamano, der das Verfahren ursprünglich entwickelt hatte. Der Erfolg dieses Diagnoseverfahrens steht und fällt mit der Fähigkeit des untersuchenden Zytologen, entartete Zellen in den Proben zu erkennen.

Einem Lungenkarzinom gehen zunächst unterschiedlich starke Formveränderungen (Dysplasien) der Zellen voraus. Wenn man aus solchen Befunden vorhersagen kann, ob diese Zellen einmal bösartig werden, könnte die Früherkennung eines Tumors weiter verbessert werden. Die Unterscheidung, ob eine solche Dysplasie

die Vorstufe zu einer bösartigen Geschwulst oder eine harmlose Veränderung ist, kann aber nicht an Hand rein zellmorphologischer Anhaltspunkte getroffen werden. Böcking zieht für diese Beurteilung daher Veränderungen an den Chromosomen der betroffenen Zellen, die sogenannte Aneuploidie, heran.

Solche Veränderungen können sichtbar gemacht werden, indem die Erbsubstanz in den Zellen angefärbt und ausgemessen wird. In Aachen ist dazu ein Computer-gesteuertes Mikroskop mit einem Fernsehbild-Analysesystem entwickelt worden, das diese Abläufe zum Teil vollautomatisch erledigen kann. Bei 17 von 28 Patienten, die Dysplasien aufwiesen, lautete die Computer-Diagnose auf Bösartigkeit. In allen Fällen wurde die Diagnose durch weitere Beobachtungen der Patienten auch morphologisch bestätigt. Von den restlichen Fällen waren sieben tatsächlich gutartig, zwei hingegen erwiesen sich später dennoch als maligne.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will noch in diesem Jahr mit einem großen Modellversuch beginnen, in dem geprüft werden soll, ob die Sputumzytologie die Früherkennung des Lungenkrebses so verbessert, daß ihr Einsatz in Reihenuntersuchungen gerechtfertigt ist.



Der 550 kg schwere und – über die Solarzellen-Anleger gemessen – acht Meter lange SPOT-Satellit ermöglicht mit hohem Auflösungsvermögen eine regelmäßige Kontrolle der Erdoberfläche. GRAFIK: SPOT IMAGE

Wo Anfragen und Proteste ungehört verhallen

In der Sowjetunion kämpfen einzelne Naturschützer bei den Behörden für die Rettung des bedrohten Baikalsees

Von R.-M. BORNÄSSER

Auch im marxistischen Herrschaftsbereich ist die Öko-Katastrophe im vollen Gang. Gerade in der Sowjetunion, wo Unannehmlichkeiten in der Regel als Verschwörung der imperialistischen Aggressionen behandelt wird, zeichnet sich eine gewaltige Umweltkrise ab. Mitunter dringt etwas von diesem schmerzhaften „Kampf“ zwischen Umweltschützern und Apparatschiks auch nach außen.

Ein Lehrstück, das kürzlich in der „Literaturnaja Gazeta“ stand, offenbart die starken Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Valentin Rasputin, der bekannte sowjetische Autor, engagierte sich für den Baikalsee, jenes „blaue Auge Sibiriens“.

Ende der fünfziger Jahre beschloß die Sowjetunion, an diesem See eine Papierfabrik zu bauen. Mit den Abwässern des Zellulose-Kombinats ergossen sich fortan Gift- und Schad-

stoffe gleich tonnenweise in den Baikalsee. Die Wälder wurden rigoros abgeholzt, um dem Industrie-Giganten Rohmaterial zu liefern. Der Transport der Hölzer über den See zerstörte die Laichgründe. Wissenschaftler und Umweltschützer protestierten, doch geschahen ist bisher kaum etwas, wenn man der Schilderung von Rasputin folgt.

Was Anfang der 60er Jahre in Diskussionen und Prognosen nur „nebelig“ angedeutet wurde, hat jetzt feste Konturen erhalten. Tausende von Hektar Wald sind gerodet oder verdorrt, das Wasser ist verschmutzt. Der Omul, eine dem Lachs verwandte Fischart, ist bereits ausgestorben. Auch der Planktonkrebs Epischura, der für die Sauerstoffanreicherung des Sees sorgte, ist verschwunden. Der sowjetische Autor schildert dann seine Begegnung mit dem zuständigen Minister für Zellulose-Papier und Holzbearbeitungsindustrie.

„Ich wollte von ihm aus erster Hand etwas über das Schicksal des Baikalsees erfahren“, so Rasputin. Der Dialog zwischen dem Schriftsteller und dem zuständigen Minister zeigt, wie wenig man nach dem „Preis“ der Industrieanlagen und wieviel man nach Tönen fragt. So berief sich der interviewte Minister immer wieder auf die Beschlüsse der Partei und der Regierung in dieser Umweltdebatte um den Baikalsee. Er gab zu, daß es „Vergehen“ gegeben hätte, daß aber die Schuldigen bestraft worden seien.

„Doch der Baikalsee wird dadurch nicht gesünder“, so die resignierende Feststellung Rasputins. Immer wieder hätte der zuständige Minister Michail I. Bussigin („der Sibiriens im übrigen gut kennt“) beteuert, daß der trübe „Schmutzflack“ von den Abwässern der Zellulose-Fabrik“ sich in den letzten Jahren nicht vergrößert habe. Valentin Rasputin entgegnete in der „Literaturnaja Gazeta“: „Ich selber

weiß noch zu gut, daß im Anfangsstadium der Fleck nur 0,7 Quadratkilometer groß war, doch jetzt ist er auf 60 Quadratkilometer angewachsen. Doch alle Veränderungen begründen die Offiziellen nur mit der Ausrede „Dürre-Jahre“. Und auf meine Frage, was aus dem Baikalsee im Jahre 2000 werden würde, wenn die Fabriken weiter so arbeiteten und wenn die Wälder weiter so abgeholzt würden, hat der zuständige Minister nur verärgert geantwortet, der Baikalsee wird darunter nicht leiden.“

Resignierend meint der populäre Autor, „alle meine Proteste für dieses Stück Natur, das so systematisch zerstört wird, winkle man von höherer Stelle ab, nannte sie nur „lyrisch und idyllische Demagogie“. Doch der Baikalsee darf nicht sterben, muß vor kurz-sichtiger „Tonnenideologie“ geschützt werden“, ruft Rasputin seinen Lesern zu.

Ein Fernglas auf Erfolgskurs

Läuft Frankreich der Bundesrepublik mit dem Erdaufklärungs-Satelliten SPOT davon?

Von ANATOL JOHANSEN

Publizistisch gesehen ist der Start von Satelliten ein schlechtes Geschäft. Dies meinte schon in den sechziger Jahren Professor Hermann Bondi, damals Generaldirektor der europäischen Weltraumforschungsorganisation ESRO (European Space Research Organisation).

Er hatte gute Gründe für diese Behauptung. Die Satelliten werden gestartet, meinte er, man beobachtet in erster Linie, ob die Rakete funktioniert oder nicht – und dann käme das große Schweigen. Da es zumeist einige Tage oder Wochen dauere, bis sich herausstelle, ob der Satellit alle in ihn gesetzten Erwartungen erfülle, sei in der Zwischenzeit alles Interesse der Öffentlichkeit an ihm verloren. Bondi's Bonmot stimmt auch heute noch.

Am 22. Februar startete in Kourou in Französisch-Guayana das letzte Exemplar der Ariane-1-Rakete. Die Nutzlast der Rakete – der schwedische Forschungssatellit Viking und der französische Erdaufklärungssatellit SPOT – flogen sehr schnell der Vergangenheit anheim.

US-Monopol durchbrochen

Dabei ist gerade SPOT einer der wichtigsten europäischen Satelliten der letzten Jahre. Mit ihm wurde das amerikanische Monopol auf dem Gebiet der Erdaufklärungssatelliten durchbrochen, die vielerlei nützliche Aufgaben – von der Überwachung land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen über die Suche nach Bodenschätzen bis hin zu archaischen interessanten Aufnahmen – übernehmen können.

Die ausführliche Erprobung von SPOT – so teilte jetzt die französische Weltraumbehörde CNES in Paris mit – geht inzwischen ihrem Ende entgegen. Dabei stellt sich heraus, daß der von der Aérospatiale und der Firma

Matra gebaute Satellit die in ihn gesetzten Aufgaben voll erfüllt.

Das Gerät, das mit je 250 Kilogramm wiegenden Teleskopen ausgerüstet ist, sendet täglich etwa 700 Bilder, die jeweils einen 60 mal 60 Kilometer großen Geländeausschnitt zeigen. Dabei werden noch Objekte abgebildet, die eine Größe von zehn Metern haben.

SPOT umfliegt die Erde auf einer sogenannten Sonnen-Synchron-Bahn. Das bedeutet, daß er mit der Sonne so um die Erde kreist, daß es für ihn nie Nacht wird. Der Satellit ist also praktisch pausenlos im Einsatz und kann ständig Bilder zur Erde übermitteln. Er umrundet dabei unseren Planeten so, daß er ihn in 26 Tagen völlig abblitzt.

Zur Vermarktung der Bilder des Satelliten haben die Franzosen eine spezielle Privatgesellschaft „SPOT-Image“ gegründet. Von ihr können SPOT-Aufnahmen bezogen werden, die nach Angabe der Organisation unter anderem für folgende Bereiche interessant sind: Kartographie, Landwirtschaft und Forstwesen, Städteplanung, Geologie, Prospektion auf Erdöl und andere Bodenschätze, Bodennutzung und Studium der Küstenregionen.

Die Franzosen sind besonders stolz darauf, daß sie in den Satelliten neuartige Technologien integriert haben, die über das bisher in diesem Rahmen Erreichte hinausgehen. So sorgen etwa bisher mit Kugellagern arbeitende Kreiselssysteme dafür, daß Satelliten ihre richtige Fluglage im Welt- raum beibehalten. Die Franzosen haben jetzt aber in einer zehnjährigen Entwicklungsarbeit Schwungräder entwickelt, die lediglich von magnetischen Kräften gehalten werden.

Doch SPOT verfügt nicht nur über dieses neuartige, magnetisch gelagerte Kreiselssystem. Die Franzosen haben für die Stromversorgung des Satelliten auch einen völlig neuartigen Sonnengenerator entwickelt. Das heißt, die etwa 27 000 Sonnenzellen, die den Satelliten mit Strom versor-

gen, sitzen erstmals auf einer sehr dünnen Haut, die aus glasfaserverstärktem Kapton hergestellt ist.

Bisher hatte man derartige Sonnenzellen auf sehr leichten, bienenwabenähnlichen Honeycomb-Konstruktionen untergebracht, die zwar leicht waren, aber erheblich mehr Platz einnahmen als die neue Kapton-Haut. Die französische Neukonstruktion sorgte dafür, daß die immerhin zehn Quadratmeter Sonnenzellen, die SPOT im Weltraum entfaltet hat, zu einer sehr dünnen Rolle zusammengerollt werden konnten.

Vollbetrieb beginnt im Mai

Nur so war es möglich, den Satelliten und die zahlreichen Sonnenzellen in dem relativ kleinen Raum unterzubringen, der auf der Ariane-1-Rakete zur Verfügung stand.

Wie die CNES jetzt mitteilt, soll der operationelle Betrieb von SPOT spätestens im kommenden Monat (Mai 86) beginnen. Die Franzosen wollen es allerdings mit dem sich abzeichnenden Erfolg von SPOT-1 nicht beiwenden lassen. Weitere drei SPOT-Satelliten sind bereits in der Planung. Last but not least wird dann der erste militärische Aufklärungssatellit Europas folgen, den Paris mit der SPOT-Technologie entwickeln lassen will.

Die Bundesrepublik hatte bisher in Europa sowohl bei der Lieferung von Kugellager-gestützten Kreiselssystemen als auch bei den Sonnenzellen eine führende Stellung. Hier werden ihr die französischen Neuentwicklungen zweifelsohne zu schaffen machen.

Und auch mit dem ersten Aufklärungssatelliten Europas, der auf der SPOT-Technologie basiert, zieht Paris Bonn davon. Die deutsche Bundesregierung hatte sich nicht zu einer Beteiligung an dem französischen Weltraum-Aufklärer entschließen können, obwohl sie zur Mitarbeit eingeladen war.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Weltweiter Naturschutz

Genf (Reuters) – Die Naturschutzorganisation World Wildlife Fund (WWF) hat vor den zerstörerischen Folgen des Säuren Regens gewarnt. In einer gestern in Genf veröffentlichten Mitteilung heißt es, daß die ökologischen Kosten des aus industriellen Emissionen entstehenden Regens „unannehmbar hoch“ seien. Nur eine deutliche Reduzierung der Verschmutzungswerte könne dem Waldsterben Einhalt gebieten. Die private Organisation, die sich seit 25 Jahren für weltweiten Naturschutz einsetzt, plädierte an die Industrie, bei neuen Anlagen in der Dritten Welt sicherzustellen, daß sich das Problem nicht vergrößere.

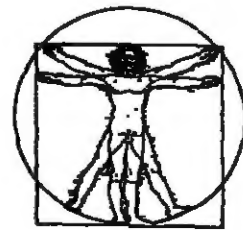
Schwimmende Ausstellung

Bonn (DW.) – Vom 6. Juni bis 4. Juli wird die internationale Technologie-Ausstellung EXHIBIT der IBM in Bonn ihre Pforten öffnen. Ein 50 Meter langer, transparenter Pavillon wird auf einem Ponton am Brasserufer vor Anker liegen. Gezeigt wird die Welt der Informationsverarbeitung, von der Entstehung des Chips bis hin zu speziellen Anwendungen. Bisher informierten sich etwa 700 000 Besucher zwischen Rom und Oslo in der EXHIBIT

über die Welt des Computers. Der Eintritt ist kostenlos. Anmeldungen werden schon jetzt unter Tel. 0711/785-2698 entgegengenommen; ab 20. Mai unter 0228/631000.

Transporter im All

Moskau (dpa) – Der sowjetische Raumtransporter „Progress 25“, der die mit zwei Kosmonauten beman-



Belastung in Büros

Bonn (D. T.) – Erstmals in der Bundesrepublik ist jetzt in Düsseldorf bei einem staatlichen arbeitsmedizinischen Institut eine Abteilung für Arbeitspsychologie eingerichtet worden. Die neue Abteilung unter Leitung des Diplom-Psychologen Eckhard Gros soll unter anderem psychische Belastungen in Büros, Mehrfachbelastungen durch Lärm sowie die Auswirkungen von Klima und Licht, Arbeitszeit und Pausengestaltung untersuchen.

Gefahr für Delphi?

Athen (AFP) – Einen „Hilferuf“ zur Rettung der Überreste des antiken Apollo-Heiligtums in Delphi hat der Schweizer Umweltschützer Franz Weber an die griechische Kulturministerin Melina Mercouri gerichtet. Weber zeigt sich in einem gestern veröffentlichten Brief tief besorgt über Pläne der griechischen Regierung, gemeinsam mit der UdSSR eine Aluminiumfabrik bei Agia Eufimia, nur 27 Kilometer westlich von Delphi, zu errichten. Diese Anlage, so der Umweltschützer, würde unvermeidlich zu einer schweren Luftverschmutzung im Umkreis des Heiligtums führen.

Diese Woche

1. Test Das neue Toyota-Cabrio

AUTO-BILD nutzte die ersten Sonnenstrahlen und nahm das pfiffige Cabriolet genau unter die Lupe. Als Targa, als Voll-Cabriolet und auf seine Tauglichkeit in Technik und Komfort. Lesen Sie alles über den doppelten Frischluft-Spaß.

Für 16000 Mark Gebrauchter BMW oder neuer GOLF

Endlich ein neues oder lieber ein größeres gebrauchtes Auto – ein schwerer Entschluß? AUTO-BILD sagt Ihnen, wie die Kosten nach dem Kauf aussehen und wie Sie für sich die richtige Entscheidung treffen.

Großes Preisrätsel – Gewinnen Sie

1 Jahr umsonst tanken... und ein Traumauto von Mercedes

10 Radios um 2.400 Mark • 4 kleine Japaner-Bills • 1000 Mark • 1000 Mark • 1000 Mark • 1000 Mark • 1000 Mark • 1000 Mark • 1000 Mark • 1000 Mark

Die Zeitung rund ums Auto

WINTER 1986

Julian Kieser
HYPO-BANK

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das Südtiroler Paket

Zu: Südtiroler Autonomie-Politik 1986. Südtiroler nach Freiheit rufen: WELT vom 12. April

Sehr geehrte Damen und Herren, warum eigentlich nicht Selbstbestimmung auf Südtirol, nachdem es mehr und mehr offensichtlich wird, daß die Südtiroler ein weiteres Mal betrogen worden sind?

1945 hofften sie auf die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes, was ihnen verweigert wurde, man versprach ihnen im „Pariser Abkommen“ eine Autonomie. Bis 1989 geschah in Sachen Autonomie von Seiten Italiens gar nichts, was letztlich das Südtiroler Problem vor die UNO brachte, mit der Aufforderung an Italien, mit Österreich (als Schutzmacht) endlich den Rahmen für die Autonomie festzulegen, was dann zum sogenannten „Paket“ führte.

Dieses „Paket“, das dann allmählich zum Angelpunkt der ganzen Südtirolpolitik wurde, konnte aber nur mit einer hauchdünnen Mehrheit durchgebracht werden und ist nie von der Gesamtheit der Südtiroler akzeptiert worden. Genau genommen sind die Zweifel der Paketgegner in der Zwischenzeit leider bestätigt wor-

den. Es drängt sich daher immer mehr die Erkenntnis auf, daß mit der Paketpolitik das Überleben der Volksgruppe auf die Dauer nicht gesichert werden kann. Dies auch insofern, als die Zeichen in Italien auf Re-Italienisierungspolitik stehen.

Wenn also die Südtiroler noch den wirklichen Willen haben, ihre Sprache und ihr Volkstum zu bewahren, bleibt ihnen nur ein Weg: die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes.

Südtirol bleibt weiterhin eine Frage des europäischen Gewissens, wobei jedermann angesprochen ist. Der Österreicher, weil Südtirol sein nationales Anliegen sein sollte; der Deutsche, weil dem Südtiroler ein auch ihn berührendes Anliegen innewohnt, nämlich die Frage nach der Wiedervereinigung eines geteilten Volkes. Auch der Europäer, weil es ihm nicht gleichgültig sein kann, wenn im Herzen Europas ein Volk seit 66 Jahren die Selbstbestimmung verweigert wird. Und schließlich der Italiener, an dessen politisches Gewissen in erster Linie appelliert wird.

Konrad Nagele, Bad Vilbel

Ad absurdum

„Griff nach dem Skorpion“, WELT vom 16. April

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Kremp schreibt ganz richtig, daß der Staatsterrorismus des Herrn aus Libyen durch selektive Schläge nicht vernichtet werden kann und daß die europäische Stillhalte-Diplomatie sich selbst ad absurdum geführt hat.

Hatten nicht die Assassinen, eine terroristische Sekte, von ihren befestigten Plätzen und uneinnehmbaren Schlupfwinkeln in Iran aus den Mittleren und Nahen Osten für einhundert Jahre mit Attentaten und Mordanschlägen überzogen? Die Mongolen stürmten die Hauptburg Alamut und rücherten diese Sekte aus. Und kaum 700 Jahre später soll ein ähnliches Vorgehen gegen den Herrn aus Libyen nicht mehr möglich sein? Helfen wir doch den Libyern mit einem Expeditionskorps, ihren Diktator loszuwerden!

Alfred Ewert, Dortmund 30

Zustimmung

„Der braune Knäppel“, WELT vom 9. April

Leitartikeln stimmt man mehr oder weniger zu oder lehnt sie mehr oder weniger ab. Zum ersten Mal begegnet mir, daß ich zu einem Leitartikel Satz für Satz ja sage, daß ich jede einzelne Wort unterstehe. Ich tue dies nicht nur aus gleichlaufender Überzeugung, was das Heute angeht, sondern auch aus eigenem Erlebnis und Erkenntnis, was das Braune Gestern angeht; als einer, derjenige, die aus eigener Erfahrung berichten können (und die immer weniger werden), Jahrgang 1906 und seinerzeit von den Nazis eingesperrt und nur zufällig noch am Leben.

Der „anarcho-liberale Zeitgeist“ von heute, der unserem „Gemeinwesen“ allmählich die Lebensgrundlage entzieht, der Verdacht, daß „uns Menschen ein Übermaß an Freiheit und Wohlleben noch weniger bekommt als ein Übermaß an Not und Bedrängnis“, unter dem braunen Knäppel nämlich; dies beides kann, wenn es nicht gebremst wird, uns zu dem „eigenlichen Ende, das von Anfang an im Nazireich angelegt war“, führen; wenn schon nicht brauner, dann anderer Färbung, von dem Ortel in erster Warnung spricht. Schon Plato hat das gewußt.

J. A. Graf Kielmannsegg, Bad Krozingen

Wort des Tages

Der Poet versteht die Natur besser als der wissenschaftliche Kopf.

Novallas (Friedrich von Hardenberg), deutscher Dichter (1773-1801)

Keine Intervention

„Reagan bezeichnet Kadhafi als einen „vollwertigen Mann“, WELT vom 11. April

Sehr geehrte Damen und Herren, in dem Bericht Ihres Korrespondenten Fritz Wirth steht folgende Passage: „Beide Schiffe (gemeint sind die Flugzeugträger „Coral Sea“ und „America“) waren vor wenigen Wochen an der bewaffneten Intervention gegen Libyen beteiligt. Berichte, nach denen Präsident Reagan bereits die grundsätzliche Entscheidung zu einer neuen Attacke gegen Libyen gegeben habe, ... wurden nicht bestätigt.“

Mir ist unbegreiflich, wie es zu einer derartigen Formulierung kommen konnte. Die Vereinigten Staaten haben keine „bewaffnete Intervention“ gegen Libyen unternommen,

sondern ein Manöver in internationalen Gewässern. Erst als sie hierbei militärisch angegriffen wurden, haben sie zurückgeschossen. Diese Notwehrhandlung war keine „Attacke“ (Angriff), sondern reine Verteidigung der Unversehrtheit von Flotte und Menschenleben und der freien Seefahrt. Entsprechend würde es sich bei einer künftigen „Attacke“ auch nicht um eine neue (= weitere) Attacke handeln.

Wollen Sie die Vereinigten Staaten als Kriegstreiber und Friedensstörer erscheinen lassen, nach allem, was Libyen sich bisher geleistet zu haben scheint?

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Fhr. v. Heyl, Lampertheim 1

Mangelndes Interesse

„Lehrungs-Gehälter geringer gestiegen“, WELT vom 11. April

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe 50 Jahre kaufmännische Lehrlinge ausgebildet und kann mit Stolz sagen, daß alle lebensfähig und erfolgreiche Menschen geworden sind.

Es ist eine traurige Erfahrung in der heutigen Zeit, daß das Interesse an einer Ausbildung stark abgenommen hat, während die hohen Gehälter sich in vielfacher Hinsicht negativ auswirken. Viele kleine und mittelständische Betriebe können heute die hohen Kosten für die Ausbildung nicht mehr erwirtschaften. Das er-

klärt die hohe Zahl arbeitsloser Lehrlinge. Hier wirken sich die weit überzogenen Forderungen der Gewerkschaften in ihren tariflichen Verhandlungen in vielen Berufsgruppen als äußerst negativ für die Lehrlinge aus. Eine für bestimmte Berufsgruppen und Betriebsgrößen freiwillige Vereinbarung der Eltern mit den Ausbildungsbetrieben würde zweifellos vielen Tausenden Lehrlingen die Möglichkeit zu einer Ausbildung eröffnen.

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Trappe, Walsrode

Personalien

GEBURTSTAG

Der Direktor der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde der Universität Heidelberg, Professor Dr. Hans-Georg Boenninghaus, feierte seinen 65. Geburtstag. Nach Studien in Breslau und Innsbruck, wo er promoviert wurde, habilitierte er sich 1953. Nach Tätigkeiten an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main und als Chefarzt der HNO-Klinik in Karlsruhe wurde er 1965 als Ordinarius an die Universität Heidelberg berufen und zum Direktor der Universitätsklinik als Nachfolger für Professor Kroll bestellt. Sein Taschenbuch „Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde für Medizinstudenten“ wurde zum Standardlehrbuch seines Faches.

MUSIK

Thomas Duis von der Musikhochschule Hannover hat bei dem Arthur-Rubinstein-Klavierwettbewerb in Tel Aviv als Bester unter den 34 Teilnehmern aus 18 Ländern abgeschnitten. Der 21-jährige Musiker errang, begleitet von den Israelis-

Tournee. Unter dem Motto „Tudavia cantamus“ (Noch singen wir) tritt Mercedes Sosa mit ihren Musikern Osvaldo Avena Jr., Oscar Alem und



Mercedes Sosa

Nicolas Brizuela in zwölf Städten auf.

UNIVERSITÄT

Dr. Günter Weimann, Leiter der Forschungsgruppe Optoelektronische Bauelemente im Forschungsinstitut der Deutschen Bundespost in Darmstadt, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Gebiet „Experimentalphysik, insbesondere Halbleitersysteme“ im Fachbereich 4 Physik der Technischen Universität Berlin erhalten.

Professor Dr. Horst Weber von der Universität Kaiserslautern hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet „Experimentalphysik, insbesondere Laserphysik“ im Fachbereich 4 Physik der Technischen Universität Berlin erhalten.

MEDIEN

Der Aufsichtsrat der Evangelischen Kirchen Funk Niedersachsen GmbH hat den Präsidenten des Hannoverschen Landeskirchenamtes, Eckehard von Vittinghoff, zu seinem Vorsitzenden gewählt.

DIPLOMATIE

Der bisherige Vatikanische Sonderminister und Osterpapst, Erzbischof Luigi Foggi, ist von Papst Jo-

hannes Paul II. zum neuen Apostolischen Nuntius in Italien ernannt worden. Nachfolger in seiner Position als Leiter der „Delegation des Heiligen Stuhles für die ständigen Arbeitskontakte mit der Volksrepublik Polen“ wurde Francesco Colasanto.

WAHL

Der Bonner Staatsminister Albrecht Martin (CDU) ist in Hannover erneut zum Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gewählt worden. Stellvertretender Bundesvorsitzende in dem 17 Mitglieder umfassenden Vorstand sind Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU), Staatsminister Friedrich Vogel (CDU), der Hamburger Mediziner Sieghard-Carsten Kampff und der Frankfurter Prokurist Arnulf Borsche.

Klaus Gramow, Schauspieler, Schriftsteller und Autor über 300 ausgestrahlter Hörfunksendungen in Hoch- und Plattdeutsch, ist nach



Klaus Gramow

langer Krankheit in Hamburg gestorben. Der gebürtige Pommer war fest angestellter Schauspieler am Hamburger Ohnsorg-Theater. Gramow, Träger des Pommerschen Kulturpreises, hat in vielfältiger Weise einfühlsam und überzeugend seine Erlebnisse der Kindheit in Pommern, wo er als Bauernsohn groß wurde, die Zeit seiner sowjetischen Gefangenschaft und Flucht und Vertreibung geschildert.

EISHOCKEY / Ein wichtiger deutscher 4:1-Sieg über Polen bei der Weltmeisterschaft in Moskau

Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft hat bei der Weltmeisterschaft in Moskau durch ein 4:1 über den Aufsteiger Polen erst einmal die Abstiegsangst gebannt. Die Spieler von Bundestrainer Xaver Unsinn nehmen damit vier Pluspunkte in die am Mittwoch beginnende Abstiegsrunde. Selbst bei Niederlagen gegen die USA, CSSR und Polen ist der Klassenverbleib noch möglich, wenn Polen auch verliert und gegen Deutschland nicht mit mehr als einem Zwei-Tore-Vorsprung gewinnt.

Unbeständigkeit bleibt weiterhin die größte Unbekannte im Kampf um den Klassenerhalt

Der Klassenerhalt ist fast gesichert. Nach dem 4:1 (0:0, 3:1, 1:0) im Schlüsselkampf gegen Polen ist die Erstligasigkeit der bei der Weltmeisterschaft in Moskau selten ersklassig aufgetretenen deutschen Eishockey-Nationalmannschaft halbwegs gesichert. Im letzten Spiel vor dem Beginn der Abstiegsrunde wurde sogar eine alte Schwäche im Team von Bundestrainer Xaver Unsinn zur Stärke: Vor 4000 Zuschauern nutzte sie die numerische Überlegenheit auf dem Eis zweimal zu Toren.

Die Frage, wie Deutschland das 1:0 gegen Finnland verdaut hatte, wurde lange Zeit nicht positiv beantwortet. Die DEB-Vertretung begann verhalten, geradezu vorsichtig. Polen schien die 3:12-Packung gegen Schweden besser weggesteckt zu haben. Aggressiv und frech begann der Aufsteiger, setzte die Schützlinge von Xaver Unsinn in ersten Drittel zeitweise unter starken Druck und nur ein glänzend aufgelegter Helmuts Raaf im Tor verhinderte den Rückstand.

Erst nach einem frühen Tor zu Be-

ginn des zweiten Drittels durch den Düsseldorfer Roy Roedger (23.) kam das deutsche Team besser ins Spiel. Der Kölner Peter Schiller (29.) baute die Führung mit seinem ersten WM-Treffer in Moskau aus, als Polen einen Spieler weniger auf dem Eis hatte. Die Freude über den sicheren Zwei-Tore-Vorsprung währte nur kurz. Zabawa (32.) nutzte mit dem Anschlußtor das Überzahlspiel, als Reindl auf der Strafbank saß, ehe der hervorragende Gerd Truntschka (38.) vom deutschen Überzahl zum 3:1 erzielte. Auch im Schlussdrittel hatte Deutschland einen glänzenden Start. Der Treffer von Franz Reindl (42.) vom SB Rosenheim machte alles klar.

Der deutsche Sieg kam nicht mehr in Gefahr und war aufgrund einer deutlichen Leistungssteigerung hochverdient. Im letzten Drittel setzte die Mannschaft sogar spielerische Akzente. Die Unbeständigkeit des deutschen Teams bleibt indes die größte Unbekannte im Kampf um den Klassenerhalt. Allerdings sollte der Sieg der deutschen Mannschaft das nötige Selbstvertrauen und Ner-

Das 4:2 der UdSSR über die CSSR brachte die erste Sensation dieser Eishockey-Weltmeisterschaft. Der Schock des Abstiegs der CSSR in die Abstiegsrunde hat in der Heimat bittere Reaktionen ausgelöst. Die Zeitung „Prace“ brachte eine Karikatur: Ein Fernsehzuschauer brüllt vor dem Bildschirm den CSSR-Schlichter: „Do toho, do toho“. Doch dann springt er auf und schlägt mit der Faust in den Bildschirm. Auch andere Pressestimmen gehen nicht zimperlich mit der Mannschaft um.

Der Sturz des Eishockey-Weltmeisters CSSR in die Abstiegsrunde wurde von der tschechoslowakischen Presse mit harter Kritik kommentiert. „Unsere ganze Mannschaft war sehr, sehr müde. Wir haben keine Spiel-Idee“, schreibt die führende Fachzeitung „Ceskoslovensko Sport“. Und weiter: „Das Spiel gegen die UdSSR zeigte, wie unmöglich sich die CSSR durch ihren Beginn gegen Polen gemacht hat.“ Die Prager Jugend-Zeitung „Mlada Fronta“: „Alle Gegner kannten unser Spielsystem. Die anderen Mannschaften sind im Training und Spiel moderner geworden.“

Die großen Zeitungen der CSSR versuchten gestern, den Abstieg zu analysieren. Die Hauptgründe für das Versagen sieht „Ceskoslovensko Sport“ in einer zu langen, kräftezehrenden nationalen Meisterschaft vom 25. September bis zum 20. März.

hätten die Spitzenmannschaften Dukla Jihlava und VSZ Kocice insgesamt 48 Punkte bestreitet müssen. „Diese Mannschaften, die 14 Nationalspieler stellen, waren total am Ende ihrer Kräfte.“ Hinzu sei gekommen, daß unmittelbar nach der Meisterschaft fünf Länderspiele kurz vor der Weltmeisterschaft in Moskau den Spielern den Rest gegeben hätten.

„Jetzt ist es uns schon fast egal, auf welchem Platz die CSSR landen wird, es darf nur nicht der achte sein.“ Dies schrieb gestern die „Prace“. Mit einem Abstieg rechnet aber eigentlich niemand. „Wir werden wohl die nötigen Punkte holen“, meinte die „Lidova Demokrata“. Dieses Blatt rät: „Wir müssen die Fehler suchen. Aber wo liegen die Fehler?“ Diese Frage versucht die Zeitung selbst zu beantworten: „Die Vorbereitung war schlecht. Aber es ist schwer zu sagen, was eigentlich alles passiert ist. Wir können nur hoffen.“ Hoffen auf eine bessere Zukunft.

In Moskau sei alles „absurd“ gewesen, meinte die „Ceskoslovenski Sport“.

FUSSBALL / Vor dem Schlagerspiel in Bremen: Augenthaler gelassen – Interview mit Otto Rehhagel

Ein grobes Foul und seine Spätfolgen

Rückblick: 23. November 1985, im Münchner Olympiastadion spielt der deutsche Fußball-Meister FC Bayern gegen Bundesliga-Spitzenreiter Bremer. Man schreibt die 18. Minute. 20 Meter hinter der Mittellinie hat Bayern-Libero Klaus Augenthaler den zu einem Alleingang ansetzenden Werder-Torjäger Rudi Völler mit einem groben Foul von den Beinen. Der Nationalstürmer, kaum genesen, humpelt noch zwölf Minuten und fällt nach einer Leistenoperation wochenlang aus.

Ausblick: Rudi Völler, Bremers „erster Geiger“ (so Trainer Otto Rehhagel), steht vor einem möglichen Comeback – ausgerechnet im vielleicht entscheidenden Spiel um die deutsche Meisterschaft gegen die Bayern. Und Klaus Augenthaler wird die Spätfolgen seines Fouls heute abend beim Rückspiel im Bremer Weserstadion wohl oder übel zu spüren bekommen. Er weiß, was ihn von den Rängen erwartet, schließlich haben einige Fanscluben offen „Rache“ geschworen. „Die sind heiß auf mich, aber die haben auch keinen Freifahrtsschein. Die Pfiffe stören mich nicht. Das ist höchstens Motivation für mich und meine Mannschaft. Wir haben nichts zu verlieren“, gibt sich der Münchner Kapitän betont nüchtern und abgebrüht.

Klaus Augenthaler, für die Bremer Fans das personifizierte Feindbild, blickt einem möglichen Wiedersehen mit Rudi Völler auf dem Rasen zumindest nach außen hin gelassen entgegen: „Es wäre für uns sogar ein Vorteil, wenn der Rudi von Anfang an spielen würde. Dann ist nämlich die eingetragene Bremer Mannschaft aus den letzten Wochen auseinandergerissen.“

Selbst vor Zweikämpfen mit dem Rekonvaleszenten, so Augenthaler vor dem Schlagerspiel, werde er sich nicht scheuen. „Ich hätte keine Angst. Gegen Rudi Völler muß man körperbetont spielen, wenn man Erfolg haben will“, sagt der 28 Jahre alte Niederbayer, schränkt allerdings ein: „Bei zweifelhaften Situationen wird der Schiedsrichter sicherlich immer für Rudi Völler entscheiden.“

Also ein psychologischer Vorteil

für Völler und den Spitzenreiter Bremen? Werder-Trainer Otto Rehhagel spielt im Psychokrieg zumindest mit dieser Möglichkeit. Rudi Völler wird zu einer Art Damoklesschwert über den Bayern-Hauptmann. Die Frage, ob er in Zivilkleidung oder im Sportdress auf der Ersatzbank sitzen wird oder gar zum Einsatz kommt, ist allerdings offen.

Der in Sportfragen bewanderte Bremer Psychologie-Professor Fritz Stemme glaubt nicht an einen psychologischen Vorteil für den SV Werder, vermutet sogar eher eine schädliche Wirkung. „Ich sehe die Gefahr, daß Werder überaggressiv ist: zum einen durch das aufgeregte Publikum, das das Foul von Augenthaler noch nicht vergessen hat, zum anderen, weil die Mannschaft weiß, daß dies die einmalige Chance ist, endlich Meister zu werden“, sagt Stemme und fügt an: „Die Bayern sind psychologisch im Vorteil. Sie stehen zwar mit dem Rücken zur Wand, können aber auf Bremer Fehler warten.“

Im Schatten von Bremen stehen heute die anderen acht Begegnungen. In Leverkusen hat der VfB Stuttgart nur ein Ziel. „Wir wollen einen Punkt, dann ist uns die Teilnahme am UEFA-Cup-Wettbewerb sicher“, steckt Interimstrainer Willi Endemann die Marschroute für diesen Vergleich ab, in dem auch die Leverkusener den Erfolg benötigen. Trainer Erich Ribbeck will mit seiner Mannschaft ebenfalls im UEFA-Cup spielen.

Mit dem Rücken zur Wand steht der 1. FC Köln beim SV Waldhof Mannheim. Nur ein Sieg läßt die Kölner beruhigt dem Saisonfinale gegen den VfL Bochum entgegensetzen. Erstmalig reinhard Saftig als Cheftrainer Borussia Dortmund im entscheidenden Heimspiel gegen Schalke 04 betreten. Wie Köln gehört Dortmund zu den Mannschaften, die für den 16. Platz in Frage kommen.

Borussia Mönchengladbach wird gegen Bayer Uerdingen leichtes Spiel haben, wenn Krefelds Trainer Karl-Heinz Feldkamp seine Ankündigung wahr macht und mit mehreren Amateuren auf dem Bökelberg antritt. „Dieser Betrug am Zuschauer tut mir schon jetzt leid“, meinte Feldkamp.

„Keine Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung“

Zweimal wurde Trainer Otto Rehhagel mit Werder Bremen nur Vize-Meister. Heute abend, beim vielleicht entscheidenden Spiel um den Titel gegen die Münchner Bayern im Tivoli-Stadion, geht es für ihn auch darum, das Image des ungünstig geschlagenen Verlierers loszuwerden. Der Trainer sieht die Dinge indes anders. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Was würden Sie empfinden, wenn Sie wieder nur Zweiter würden? Wäre es nicht so eine Art persönliches Unglück für Sie?

Rehhagel: Auf dieser Ebene kann man mit mir über das heutige Spiel nicht diskutieren. Unglück, Tragik – ich lehne solche Wörter im sportlichen Bereich ab. Ein Unglück wäre es, wenn jemand aus meiner Familie etwas zustößen würde.

WELT: Stapeln Sie nicht bewusst tief, um die eigene Unsicherheit zu kompensieren?

Rehhagel: Ich habe weder Grund unsicher noch nervös zu sein. Ich habe meine Mannschaft optimal vorbereitet. Das ist meine Aufgabe, mehr kann man von mir nicht verlangen.

WELT: Sie sollten sich nichts vormachen, ganz Bremen verlangt den Titel ...

Rehhagel: So naiv bin ich nun auch wieder nicht, als daß ich das nicht wüßte. Aber ich muß doch nicht, nur weil das Umfeld verrückt spielt, alle Aufregungen mitmachen.

WELT: Wie schätzen Sie sich eigentlich gegen den ganzen Rummel ab?

Rehhagel: Ich habe mir im Laufe der Jahre genügend Selbstbewußtsein angeeignet, um ruhig zu bleiben. Ich bin hier in einer exponierten Stellung. Ich bin, wenn man so will, leitender Angestellter des Vereins im sportlichen Bereich. Da habe ich logischerweise auch eine Vorbildfunktion gegenüber meinen Spielern. Und die würden sicherlich sauer, wenn ich jetzt auch noch durchdrehen würde.

WELT: Diese Aussage steht im krassen Widerspruch zu dem, was Sie früher einmal von sich gegeben haben: „Ich befürchte, der Streß frisst uns Trainer so auf, daß wir einen Platz in der Nervenklinik sozusagen vorab sicher haben ...“

Rehhagel: Die Gefahr besteht natürlich. Aber ich habe inzwischen erkannt, daß man sich dagegen wehren kann. Also konkret sehe ich meine Lage hier in Bremen so – ich habe die neue Werder-Firma mit aufgebaut. Diese Firma floriert, und sie wird auch nicht Konkurs anmelden müssen, wenn wir nicht deutscher Meister werden. Alles andere zählt für mich nicht.

WELT: Aber daß Sie den Ehrgeiz haben, den Titel zu holen, wollen Sie doch nicht ernsthaft bestreiten?

Rehhagel: Absoluter Ehrgeiz ist immer die Triebfeder meines Handelns gewesen, natürlich wollen wir die Bayern heute schlagen. Und wir werden, genau wie die Münchner im Hinspiel, alle unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um das zu schaffen.

WELT: Das kann man auch als Drohung auffassen, schließlich sind die Bayern seinerzeit nach allgemeiner Auffassung ziemlich brutal zur Sache gegangen.

Rehhagel: Ich will niemandem drohen, doch unser Gegner wird selbst am besten wissen, daß ihn heute keine Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung erwartet.

WELT: Lassen wir mal außen vor, ob Sie Rudi Völler letztendlich doch noch, zumindest als Auswechselspieler, bringen werden. Aber egal wie, Klaus Augenthaler, der ihn damals verletzt hat, muß sich wohl auf ein Spiebrutenlaufen einrichten.

Rehhagel: Daß das Publikum ihn annehmen wird, ist wohl klar, da muß man einfach Realist sein. Aber auf die Abläufe im Spiel hat das meiner Meinung nach keinen allzu großen Einfluß. Schließlich leitet mit Volker Roth einer der besten deutschen Schiedsrichter die Begegnung.

WELT: Wie ist eigentlich Ihr Verhältnis zu Udo Lattek?

Rehhagel: Im Grunde bin ich es leid, immer wieder danach gefragt zu werden, obwohl die Dinge längst geklärt sind. Früher sind wir uns auf dem Weg gegangen, dann haben wir uns ausgesprochen, und heute ist der Udo für mich ein Kollege wie jeder andere auch.

UERDINGEN

Feldkamp: „Ist eine Zumutung“

dpa, Hannover

„Das ist schon eine Zumutung!“ Keiner mochte nach dem Sonntag-Spiel der Fußball-Bundesliga dem Uerdingener Trainer Feldkamp widersprechen. Denn die 4000 Zuschauer im Niedersachsen-Stadion hatten vor allem in der zweiten Halbzeit deutlich gesehen, daß die in den vergangenen Wochen vom Erfolg verführten Profis des Europapokal-Halbfinalisten Bayer Uerdingen mit ihren Kräften am Ende sind. Weil Kraft, Kondition und Konzentration nicht mehr für die vollen 90 Minuten reichten, gab es drei Minuten vor Schluss noch einen Treffer für Hannover 96 zum 1:1. In den Heimspielen gegen Frankfurt und gegen Düsseldorf will Uerdingen (Tabellen-Vierter) einen UEFA-Pokalplatz sichern.

STANDPUNKT / Symbolfigur

Das verdient schon Respekt: Da spielt einer, der schon 34 Jahre alt ist, zwei Jahre lang nur Tennis und ab und zu einmal Handball, und kann dann immer noch im internationalen Handball mithalten. Kurt Klühschies heißt der Mann, Weltmeister von 1978 und mehrmaliger Europapokalgewinner. Jetzt hat er mitgeteilt, daß sein Verein TV Großwallstadt das Finale im europäischen Pokalsieger-Wettbewerb (Gegner ist Barcelona) erreicht hat. Weil Personalmangel bestand, hat sich Klühschies noch einmal breitschlagen lassen und ist in die Mannschaft zurückgekehrt.

Dieser Auftritt, so jedenfalls sieht es Klühschies selbst, soll einmalig bleiben. Er sagt: „Ich mache keine halben Sachen, nun ist endgültig Schluss. Die Mannschaft muß ohne mich auskommen, das kann sie auch. Ich will keine Unruhe hinein-

bringen.“ Schade eigentlich, denn solche Persönlichkeiten wie Kurt Klühschies fehlen dem deutschen Handball einfach. Dennoch ist sein Wunsch verständlich, irgendwann muß Schluss sein. Die Muskeln und Sehnen halten längst nicht mehr eine dauernde Belastung aus. Kurzfristig kann Kurt Klühschies noch einmal seine Klasse aufblitzen lassen, weil ihm seine große Routine dabei hilft. Aber er ist ein viel zu intelligenter Spieler, als daß er nicht wüßte, auf welchem schmalen Grat er sich da bewegt hat. Solche Kabinettstücke lassen sich nicht beliebig wiederholen. Da kann einer ganz schnell vom Feld zum Buhrmann werden.

Einen besseren Abschied als zu diesem Zeitpunkt kann er sich nicht wünschen. Er wird in Großwallstadt immer die Symbolfigur bleiben, zu der alle aufschauen.

33. SPIELTAG

Heute spielen in der Bundesliga

DW, Bonn

Die Fußball-Bundesliga geht heute in ihre entscheidende Phase. Womöglich steht heute abend fest, wer deutscher Meister der Saison 1985/86 ist: Werder Bremen oder Bayern München. Gleich sieben Klubs müssen noch befreiten, Drittlizier zu werden und damit zu den Relegations-spielen gegen den Dritten der zweiten Liga antreten zu müssen.

Heute spielen, um 20.00 Uhr: Bremen – München (1:3), Düsseldorf – Nürnberg (2:3), Mannheim – Köln (1:0), Bochum – Hamburg (0:1), Frankfurt – Saarbrücken (2:3), Kaiserslautern – Hannover (2:3), Dortmund – Schalke (1:5), Leverkusen – Stuttgart (2:2), Gladbach – Uerdingen (1:1). In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

سكنا من الاول

TISCHTENNIS / Starkes Turnier in Holland

Olga Nemes wieder die Alte

dpa, Breda
Die 17 Jahre alte Olga Nemes (Saarbrücken) hat wieder wie 1985 den Ladys Grand Prix gewonnen, zu dem zehn der besten europäischen Tischtennisspielerinnen nach Breda (Niederlande) eingeladen worden waren. Eine Woche, nachdem die deutsche Meisterin bei den Europameisterschaften im Viertelfinale gescheitert war, bezwang Olga Nemes in einer Neuauflage des vorjährigen Grand-Prix-Finales die sieben Jahre ältere Niederländerin Bettina Vresekoop mit 21:16, 21:14 und sicherte sich damit die Siegpriämie in Höhe von 7000 Schweizer Franken.

Dabei war die Teilnahme von Olga Nemes an dieser mit einem Gesamtpreisgeld in Höhe von 22 500 Schweizer Franken ausgestatteten Veranstaltung vorübergehend sogar gefährdet gewesen: Die europäische Ranglisten-Erste hatte sich bei der Anreise in einem Taxi den Mittelfinger der rechten Hand gequetscht und litt un-

ter heftigen Schmerzen. Aus den Gruppenspielen war sie als Erste aufgerückt - bei Sieggleichheit mit der Niederländerin Mirjam Kloppenburg und der Ungarin Zsuzsa Olah allerdings nur aufgrund des besseren Satzverhältnisses aus den direkten Vergleichen. „Ich weiß, daß ich nicht optimal gespielt habe. Die Verletzung hat sich doch als Handicap erwiesen.“ Immerhin: Im Finale ließ Olga Nemes dann doch wieder ihre Klasse erkennen und präsentierte sich in einer guten Form.

Wie schwer es für die gleichfalls 17-jährige Csilla Batorfi werden wird, ihren Europameisterschaftssieg von Prag zu bestätigen, zeigte sich bereits in Breda: Die Ungarin gewann nicht eines ihrer vier Spiele und belegte nur Rang neun. Auch gegen Olga Nemes hatte sie im dritten Satz bereits geführt (7:1 und 10:3), schließlich aber doch noch die Begegnung mit 17:21, 21:19 und 14:21 am Ende verloren.

Langer fiel zurück

Hilton Head Island (GAB) - Der Weltrenglisten-Erste Bernhard Langer (Anhausen) fiel als Vorjahressieger bei der Golf-Heritage-Classic in Hilton Head Island mit 72+74+64+75=285 Schlägen in der Endwertung auf den 23. Rang zurück. Es siegte Fuzzy Zoeller mit 68+68+69+71=276 vor Roger Maltbie, Chip Beck (alle USA) und Greg Norman (Australien), je 277 Schläge.

Kessler: Autounfall

Brügge (sid) - Trainer Georg Kessler vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln überschlug sich auf der belgischen Autobahn in der Nähe von Brügge mit seinem Auto. Kessler erlitt Abschnürungen, Rückenprellungen und Schnittwunden, leitete aber bereits gestern wieder das Training der Kölner. Während des Unfalls saß am Steuer seines Autos Kesslers Schwager, der frühere Berliner Bundesliga-Profi Jochen Förster (30).

Trennung in Augsburg

Augsburg (dpa) - Der FC Augsburg trennte sich gestern mit sofortiger Wirkung von seiner Volleyball-Abteilung. Die Volleyball-Damen waren im letzten Jahr vor dem Übertritt zum FC Augsburg mit ihrem früheren Klub TG Viktoria Augsburg deutscher Meister und Pokalsieger geworden. Grund der Trennung: zu hohe Kosten.

Verlockendes Angebot

Seoul (sid) - Mit einem in der Geschichte der Olympischen Spiele bisher unbekannten Angebot von 20 Millionen Dollar hat sich Brisbane (Australien) um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1992 bemüht. Außerdem wurde offeriert, Athleten, Trainern und Funktionären einen Teil der Flugkosten zu ersetzen.

Sieg mit Automatik

Monza (sid) - Langstrecken-Weltmeister Hans Stuck (Grainau) ge-

wann mit seinem englischen Kollegen Derek Bell auf einem Werks-Porsche 962 C in Monza das Auftaktrennen zur Sportwagen-Weltmeisterschaft 1986. Das Auto war erstmals mit einem automatischen Getriebe ausgerüstet worden. Den zweiten Platz belegten die Italiener de Cesaris und Nannini auf einem Lancia LC 2.

Deutsche Vize-Weltmeister

Hamilton (dpa) - Die Engländer Robert White/Jeremy Newman verteidigten vor den Bermudas ihren Weltmeistertitel der Tornado-Segler. Vize-Weltmeister wurde die Kieler Crew Stefan Lange/Michael Starke, die erst seit einem Jahr in dieser Klasse segeln.

Unentschieden für Derwall

Istanbul (dpa) - Der vom ehemaligen deutschen Bundestrainer Jupp Derwall trainierte Tabellenführer der ersten türkischen Fußball-Division, Galatasaray Istanbul, erzielte beim Tabellenfünften Trabzonspor ein tor-

loses Unentschieden. Galatasaray führt dennoch die Tabelle an.

Ohne Finanzprobleme

Seoul (dpa) - Südkorea hat keine Probleme bei der Finanzierung der Olympischen Spiele 1988. Das erklärte in Seoul der Generalsekretär des Organisationskomitees Lee Ha-Woo.

Bochum will Funk

Bremen (sid) - Der Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum möchte den Bremer Ersatztorhüter Klaus Funk (32) verpflichten. Für Funk wurde bisher eine Ablösesumme von 100 000 Mark festgeschrieben.

Sieg für Griese

Punta Ala (sid) - Der Olympiasieger Achim Giese und sein Vorschoter Michael Marcour (Hamburg-Möhenesee) gewannen vor Punta Ala (Italien) das Frühjahrs-Championat der Starboot-Segler. Giese/Marcour deklassierten das gesamte übrige Feld.

RUSSBALL

Bundesliga: Hannover - Uerdingen 1:1 (0:1).

EISHOCKEY

Weltmeisterschaften in Moskau: UdSSR - CSSR 4:3 (1:0, 2:0, 1:2).

TENNIS

Damen-Turnier in Amelia Island/Florida, Finale: Graf - Kohde-Kilsch (beide Deutschland) 6:4, 6:7, 7:6.

Doppel, Finale: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) - Sabatini/Tanvier (Argentinien/Frankreich) 6:2, 6:7, 7:6.

MOTOR

Sportwagen-Weltmeisterschaft, erster Lauf, 63 Runden: 1. Stuck/Bell (Deutschland/England) Porsche 962 C, 1:48:40,29 Std., 2. de Cesaris/Nannini (Italien) Lancia 1:49:29,38, 3. Sigala/Bruni (Italien/Schweiz) Porsche 962 2 Rd. zur., 4. Larran/Pareja (Argentinien/Spanien) Porsche 956 3 Rd. zur., 5. Olson/Sousen (USA/Belgien) Porsche 962 2 Rd. zur., 6. Mass/Wollek (Monaco/Frankreich) Porsche 962 2 Rd. zur., 7. Lässig/Balabio (Deutschland/Italien) Porsche 956 2 Rd. zur.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette: 6 aus 45: 13, 16, 24, 27, 28, 33, Zusatzspiel: 21. (Ohne Gewähr).

Linien-Führung.



Kommen Sie nach vorn.
Zur Kompaktklasse von
Mercedes-Benz.

Richtungweisende Formen dürfen kühn, aber nicht modisch sein. Sie haben Bestand durch Klarheit. Sie überzeugen langfristig durch ihre saubere Funktionalität. Sie können dennoch markant und dynamisch sein. Die Kompaktklasse von Mercedes ist der Beweis. Die typische Linie der 190er mit dem Strömungsheck ist der attraktive Ausdruck für technische Führerschaft im gesamten Fahrzeug. Sichtbar an Details wie dem Panorama-Scheibenwischer, den elektronisch gesteuerten Gurtstraffern, der Triebwerk-Kapselung

bei den Diesel-Modellen oder der elektronisch gesteuerten Benzineinspritzung. Sieben Modelle umfasst die Reihe der kompakten Mercedes-Limousinen. Eine Automobilkonzeption mit einzigartigem Erfolg. Wohl auch, weil es hier gelungen ist, optimale Funktion und Form so perfekt miteinander zu verbinden. Dies vor dem Hintergrund der klassischen Mercedes-Tugenden - der Wertbeständigkeit, der hohen Gesamtwirtschaftlichkeit und der besonderen Betreuungsqualität.

Alle Benzin-Modelle sind als schadstoffarme Katalysatorfahrzeuge lieferbar. Oder können für den späteren problemlosen Katalysatoreinbau vorbereitet werden. Die Diesel-Modelle sind serienmäßig als schadstoffarm anerkannt.



MERCEDES-BENZ
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Briten deuten weitere Unterstützung für USA an Flughafen-Benutzung für Libyeneinsätze nicht ausgeschlossen

dpa, Tripolis/Washington
Der libysche Revolutionsführer Muammar el Khadafi hat gestern in Tripolis eine Delegation der blockfreien Länder empfangen, die am Vortag in Libyen eingetroffen war. Nach Angaben der libyschen Nachrichtenagentur Jana hat der Delegationsleiter und indische Außenminister Bali Ram Bhagat geäußert, die „böswärtige Aggression der USA gegen Libyen“ sei ein „Angriff auf jedes Mitglied der Blockfreien-Bewegung“. Der Schlag gegen Libyen gefährde „die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit jedes Staates dieser Bewegung“. Die Delegation habe Tripolis ihre Solidarität ausgesprochen.

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat sich in einem Fernsehinterview geweigert, die erneute Benennung von Luftwaffenstützpunkten in Großbritannien für US-Angriffe auf Libyen auszuschließen. Gleichzeitig verwies er darauf, daß Großbritannien in der Frontlinie des libyschen Staatsterrorismus stehe.

Das libysche Außenministerium

versicherte unterdessen, in Libyen arbeitende Ausländer hätten im Zusammenhang mit den US-Luftangriffen keine Repressalien zu befürchten. Diplomaten von Botschaften dreier westlicher Länder bestätigten, daß ihnen von Vertretern des Ministeriums Garantien für die Sicherheit westlicher Ausländer gegeben worden seien. Pläne für eine Massenevakuierung von Ausländern seien vorerst beiseite gelegt.

Nach einem Bericht der „Washington Post“ verdichten sich die Hinweise darauf, daß Libyen hinter dem Anschlag auf William Calhoun, einen Angehörigen der US-Botschaft in Khartum, stand. Calhoun war am vergangenen Dienstag in den Kopf geschossen worden; seitdem liegt er in einem Krankenhaus in Riad. Das Blatt schrieb weiter, daß Staatschef Khadafi nach dem US-Angriff der vergangenen Woche in tiefe Depressionen verfallen sei. Die US-Geheimdienste hätten von Khadafi das Bild eines manisch-depressiven Menschen mit extremen Gemütschwankungen gewonnen. „An einem Tag ein Lamm, am nächsten ein Löwe.“

Botha wehrt Kritik ab

„Einnischung in innere Angelegenheiten“ / Der Besuch von Brandt

DW, Kapstadt
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat seine Südafrika-Reise beendet. Staatspräsident Botha, der ihn gestern zu einer einstündigen Unterredung empfing, setzte sich energisch gegen Kritik der Sozialdemokraten zur Wehr. Er betonte die von der Brandt vorgebrachten Sorgen über die Entwicklung in Südafrika als grobe Einnischung in innere Angelegenheiten. Die Repräsentanten der schwarzen Opposition, mit denen Brandt in der vergangenen Woche in Johannesburg gesprochen hatte, seien nicht die richtigen Gesprächspartner gewesen. Dies wären vielmehr die Präsidenten der sogenannten Homelands – von Südafrika bestimmte Gebiete mit schwarzer Bevölkerung –, denen die weiße Regierung in Pretoria Selbstverwaltung und zum Teil formelle Unabhängigkeit zugestünde.

Botha, so sagte Brandt weiter, habe

auch weitgehend bestritten, daß seine Regierung Gewalt anwende. Wo dies geschehe, sei es lediglich, um Schwarze vor Schwarzen zu schützen. Brandt stellte dem die Positionen der Sozialdemokraten gegenüber. Eine Lösung der kritischen Situation sei nur möglich, wenn die politischen Gefangenen freigelassen und alle Gesetze über die Rassentrennung aufgehoben würden. Brandt sprach auch die Möglichkeit wirtschaftlichen Drucks auf Pretoria an. Daraufhin habe Botha deutlich gemacht, daß er sich vorbehalte, jederzeit wieder von Notstandsregelungen Gebrauch zu machen.

Ein Besuch bei dem seit über 20 Jahren inhaftierten schwarzen Nationalistenführer Nelson Mandela wurde mit der Begründung verweigert, „man wolle Mandela nicht zur Zentralfürsorge für ausländische Besucher machen“. Botha betrachte Mandela als Kommunisten und Terroristen.

EG-Maßnahmen gegen Libyens Diplomaten

WILHELM HADLER, Luxemburg
Mit einem Bündel gemeinsamer Sicherheitsmaßnahmen wollen die EG-Regierungen neuen Terrorakten Libyens entgegenwirken. Sie beziehen sich vor allem auf die Beschränkung der Einreise und Bewegungsfreiheit für libysche Staatsbürger. Über die von Großbritannien geforderte Schließung der libyschen „Volksbüros“ (Botschaften) konnten sich die Außenminister dagegen gestern nicht verständigen; auch an Wirtschaftsanktionen ist nicht mehr gedacht.

Der im dritten Anlauf in Luxemburg verabschiedete Katalog bedeutet im wesentlichen eine Konkretisierung und Präzisierung der bereits am vergangenen Montag vereinbarten Maßnahmen.

So soll laut Genscher künftig kein libyscher Diplomat, der im Zusammenhang mit einer Terrorismusanschuldigung aus einem EG-Staat ausgewiesen wurde, in ein anderes Land der Gemeinschaft einreisen können oder akkreditiert werden. Das Personal an den Botschaften der EG-Staaten in Libyen sowie das der Libyer in der Gemeinschaft soll „auf ein Minimum“ reduziert werden. Diplomaten sprechen in diesem Zusammenhang von höchstens zwei Personen. Außerdem wird ihre Bewegungsfreiheit so eingeschränkt, daß sie ihren Dienstort Bonn nicht ohne Genehmigung verlassen dürfen.

Es soll auch geprüft werden, ob das nichtdiplomatische Personal Libyens – zum Beispiel bei Fluggesellschaften oder Wirtschaftsbüros – reduziert werden kann. Bei der Erteilung von Visa an libysche Staatsbürger soll, so Genscher, „der strengste nur denkbare Maßstab“ angelegt werden.

Über die sicherheits- und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit wollen sich die EG-Innenminister am Donnerstag in Den Haag verständigen. Es soll geprüft werden, ob die Mitgliedsstaaten Lebensmittellieferungen nach Libyen weiterhin subventionieren dürfen.

Unter Anspielung auf die Kritik des CSU-Vorsitzenden Strauß an den bisherigen Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sagte Genscher vor der Presse: Die EG-Beschlüsse seien „in voller Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler“ getroffen worden.

Moskau startet Propaganda-Offensive mit Hilfe deutscher Tarnorganisationen

Drei gezielte Wege der Steuerung / Psychologische Einwirkung auf die Öffentlichkeit

WERNER KAHL, Bonn
Druckereien, Agitatoren und Klebekolonnen – das technisch-propagandistische Netzwerk der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrer Tarnorganisationen – legten in den letzten Tagen Sonder-schichten ein. Kommunistisches Brainstorming mündete am Wochenende in den Parolen in den denunziatorischen Losungen gegen die USA um: „Heute Libyen – morgen die ganze Welt.“ hieß es bei Demonstrationen gegen die Bekämpfung des Staatsterrorismus auf libyschem Territorium durch die Luftwaffe der Vereinigten Staaten.

Die anti-amerikanischen Aktionen, die in Bonn von DKP-Anhängern mit Transparenten „Ami go home“ angeführt wurden, sind nach einer Analyse der Bonner Sicherheitsbehörden Teil einer „neuen Entwicklungs-offensive“, die von der Sowjet-Führung transkontinental in Gang gesetzt worden sei. Diese Offensive, die erste große weltweite Kampagne seit dem Scheitern des Kampfes gegen die NATO-Nachrüstung im Herbst 1983 in Westeuropa, werde nicht von den

Mitgliedern des Politbüros der KPdSU im Kram selbst geleitet, sondern über internationale gesellschaftliche Wege organisiert. Dies geschieht den Erkenntnissen der Bundesbehörden zufolge seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows wesentlich verfeinert als unter seinen Vorgängern. Für das Instrument der Steuerung benutzt die Sowjetunion im wesentlichen drei Einflußwege:

- Die direkte Einnischung durch Interviews wie von Gorbatschow und Honecker sowie Veröffentlichungen auf Anzeigenseiten zum Beispiel in der „New York Times“;
- der zweite Weg geht über Aktivitäten nationalkommunistischer moskautreuer Parteien wie der DKP;
- die dritte Ebene bildet eine Vielzahl nicht-kommunistischer Verbände, Vereine, Gruppen und berufsspezifischer Friedensinitiativen. Dazu gehören vor allem naturwissenschaftliche Institutionen, Wissenschaftler, Pädagogen und Journalisten. Hier werden die sogenannten „Frontorganisationen“ ins Spiel gebracht. Das Wort Front bedeutet in diesem Zusammenhang (aus dem englischen

Frontpage) soviel wie Fassade. Die größten Aushängeschilder und Werbeträger bei Kampagnen sind der „Weltfriedensrat“ (Sitz Helsinki), eine internationale Gewerkschaftsorganisation mit etwa zwei Millionen Mitglieder, eine Weltföderation der Wissenschaftler, die „Christliche Friedenskonferenz (CFK)“, die in Prag residiert, und eine internationale Journalistenorganisation, ebenfalls mit Sitz in der tschechoslowakischen Hauptstadt.

Zu den Aufgaben gehört es, psychologisch auf die Öffentlichkeit einzuwirken und die öffentliche Haltung zu bestimmten Vorgängen zu verändern. Ferner wird die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Gruppen gesucht. Bei den Kampagnen tritt jedoch keine der großen Frontorganisationen als Veranstalter auf. Das ist ungeschriebenes Gesetz des universalen Steuerungsapparates der KPdSU, den der einundachtzigjährige Altbolschewik Boris Ponomarew weiterlegt. Vermutlich wird diese Funktion dem langjährigen Sowjetbotschafter in den USA, Anatoli Dobrynin (66), übertragen.

Palästinenser in Berlin verhaftet

W. K. Bonn/Berlin

Ein staatenloser Palästinenser mit angeblichen Verbindungen zum Abu-Nidal-Terrorkommando und zur PFLP ist in Berlin unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek „La Belle“ verhaftet worden. Bei einer Gegenüberstellung wurde er von Gästen erkannt. Die Polizei fand in der Wohnung Schriftmaterial über Kontakte in Ost-Berlin, aber bisher keine Spuren einer Täterschaft. Den Hinweis auf den Palästinenser gab nach Informationen der WELT die Londoner Polizei, die auf den Namen des Verdächtigen offenbar nach der Festnahme zweier Araber gestoßen war. Die Araber werden beschuldigt, einen Bombenanschlag auf eine El-Al-Maschine in London versucht zu haben. Den Sprengsatz hatte der Libanese Nezar Hindawi (35) in der Reisetasche seiner schwangeren Freundin versteckt.

Städte zahlen mehr Sozialhilfe

DW, Köln

Die deutschen Städte müssen immer mehr Geld für Sozialhilfe ausgeben. Nach einer gestern in Köln veröffentlichten Erhebung des Deutschen Städtetags haben sich im vergangenen Jahr sowohl die Zahl der Hilfeempfänger als auch die entsprechenden Aufwendungen der Kommunen erhöht. So vergrößerte sich 1985 der Kreis derjenigen Menschen, die ihren Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung und Kleidung nicht in ausreichendem Maß aus eigenen Mitteln decken konnten, um 14 Prozent.

Die Ausgaben der Sozialämter stiegen bundesweit um 16 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar um 23 Prozent. Der Städtetag sprach in einer Presseerklärung von einem „enormen Ausgabenschub“ bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, der vor allem auf die weitere Zunahme der Zahl Langzeitarbeitsloser zurückzuführen sei.

Peres in Paris eingetroffen

AFP, Paris/Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres ist gestern zu einem kurzen offiziellen Besuch in Paris eingetroffen. Im Verlauf seines 36stündigen Aufenthaltes in der französischen Hauptstadt wird Peres von Staatspräsident François Mitterrand empfangen werden und mit Premierminister Jacques Chirac zusammentreffen. Heute wird Peres vor dem Europarat in Straßburg eine Rede halten, die Informationen aus israelischen Regierungskreisen zufolge die Mittel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zum Hauptthema hat. Im Mittelpunkt seiner Gespräche in Frankreich dürften die Folgen des amerikanischen Vorgehens gegen Libyen und Fragen des Terrorismus stehen. Der israelische Regierungschef erklärte vor seiner Abreise, er wolle in Paris den Vorschlag eines „Marshall-Plans für den Nahen Osten“ erläutern.

Cossiga: Nicht Geist von Genf aufs Spiel setzen

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Die europäische Integration als Instrument der Ostpolitik und die Ostpolitik als Gelegenheit und Anknüpfung für die europäische Integration – dieses Konzept entwickelte der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga in seiner Tische Rede bei einem Abendessen am Schloß Anguillara, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern zu einem am Vormittag in Rom eingetroffenen Staatsbesuchers aus Rom gab.

„Der Geist von Genf“, erklärte Cossiga in seinem stark politisch akzentuierten Trinkspruch, „läßt Gefahr vom alten Mißtrauen und von neuen Krisenherden aufs Spiel gesetzt zu werden. Es ist Aufgabe Europas, diesen Geist der neuen Entspannung zu unterstützen, zu ermutigen und zu bekräftigen, sich dafür einzusetzen, daß die jüngsten Gründe für ein Auseinanderstreben ausgeräumt werden.“ Dieses Europa müsse „das Gewicht seiner Vitalität und wirtschaftlichen, politischen wie kulturellen Glaubwürdigkeit im Dialog mit dem Osten spüren“ lassen.

Unter deutlicher Anspielung auf die europäisch-amerikanischen Differenzen bei der Bewertung der Repressalien gegen Libyen betonte Cossiga: „Niemand kann vernünftigerweise befürchten, daß eine verschiedenartige Bewertung von Aspekten der Politik und der Tätigkeit dieses oder jedes anderen, befreundeten Landes auch nur im geringsten Laune in der vom Fakt benötigten Freundschaft und Solidarität bedeutet.“

Weizsäcker wies in seiner Begrüßung darauf hin, daß Cossiga „mit Festigkeit, Augenmaß und großer persönlicher Courage den Weg zum Kampf gegen den menschenverachtenden Terrorismus gewiesen“ und ein Beispiel gegeben habe, „wie man der Gewalt mit Härte entgegentritt, ohne die Gesetze der Humanität zu verletzen, um deren Schutz es geht.“

Ausdrücklich dankte der Bundespräsident seinem Gast dafür, daß er am Tag der italienischen Befreiung in Berlin-Plötzensee Männer und Frauen des deutschen Widerstandes ehren wolle. Dieser Besuch, fügte er hinzu, werde ihn von neuem erben lassen, „daß die Teilung Deutschlands und Europas nirgends schmerzlicher spürbar ist als in dieser Stadt“.

So rationalisieren fortschrittliche Unternehmen

ihren Zahlungsverkehr: Datenträgeraustausch

bei PostGiro.

Wir bei der Post nutzen die ständig weiterentwickelte Kommunikationstechnologie natürlich auch für PostGiro – wie Sie auch, wenn Sie die Modernität dieses preisgünstigen Zahlungsverkehrs für Ihr Unternehmen nutzen. So ist es selbstverständlich, daß der Massenzahlungsverkehr kostengünstig im Datenträgeraustausch abgewickelt wird. Magnetband, Magnetdiskette, Diskette und Datenfernübertragung stehen für Überweisungen und Lastschriften zur Auswahl.

Rationell sind auch die Zahlungsanweisungen zur Verrechnung, wenn Ihnen die Kontoverbindung des Empfängers unbekannt ist. Zahlungsvorgänge können für die sofortige Endverbuchung in Ihrer Buchhaltung per Datenträger übermittelt werden.

Langjährige Erfahrung, leistungsfähige Anlagen und Experten, die zu jedem Problem nicht nur eine schnelle, sondern auch eine ökonomische Lösung wissen, erwarten Sie. Ein Anruf bei der Post genügt. Der Berater kommt. Oder Sie füllen einfach den Coupon aus und schicken ihn an die folgende Anschrift: Posttechnisches Zentralamt, Referat Vw 23, Postfach 11 80, 6100 Darmstadt.

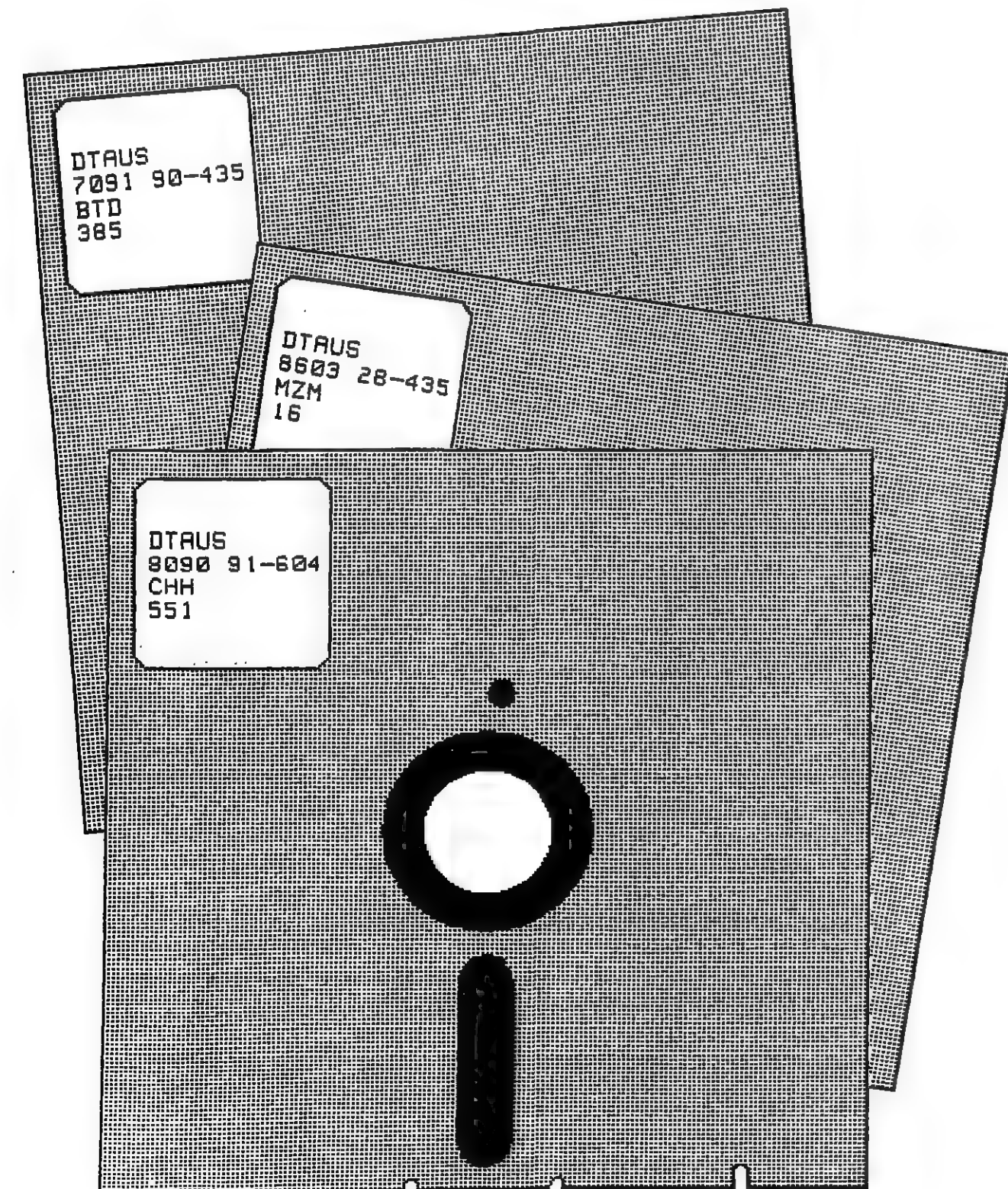
PostGiro bietet einen umfangreichen Überweisungs-Service – auch ins Ausland. PostGiro ist sehr preisgünstig, ist technisch und elektronisch auf aktuellem Stand.

Klar also auch, daß Sie und Ihr Unternehmen davon profitieren, wenn Sie all das wissen und danach handeln.

- Rufen Sie uns bitte an, damit wir einen Beratungs-Termin vereinbaren können.
Unsere Telefon-Nr. lautet _____
zuständig bei uns ist Herr/Frau _____
- Schicken Sie uns bitte die Broschüre über die Rationalisierung des Zahlungsverkehrs durch den Postgiro-Datendienst.

PostGiro. Das clevere Konto.

Post



Politische Altlasten

A.G. - Was zu Beginn des Streitgesprächs in der SPD-Barocke an Formulierungen zwischen SPD-Umweltexperte Volker Hauff und Bayer-Vorstandsmann Eberhard Weise hin- und herlag, schien schier unüberbrückbar. Doch zum Schluss - als das Pulver der Prüfungen verschossen war - hatte man sich schon ein Stückchen genähert, in Teilbereichen zumindest.

Natürlich konnte man nicht erwarten, daß der Bayer-Manager am Ende der Veranstaltung in lautmalerischem Beifall für die SPD-Vorstellungen über eine vorsorgende Chemiepolitik ausbrechen würde, zumal dieses Konzept eine Chemieabgabe auf Sondermüll als Finanzierungsinstrument vorsieht. Aber in den Vorstandsetagen der chemischen Industrie scheint sich doch die Erkenntnis durchzusetzen, daß das Problem der Altlasten nicht ohne brancheneigenen Finanzierungsbeitrag zu bewältigen sein wird.

Und Hauffs Bekenntnis, daß die chemische Industrie einen wesentlichen Anteil am allgemeinen Wohlstand in der Bundesrepublik hat und daß seine Partei nicht daran denke, für den Chemiebereich die Planwirtschaft einzuführen, hat Weisse sicher wohlgefallen. Aber es wird noch eine Zeit vergehen, bis das tiefe Mißtrauen auf beiden Seiten abgebaut ist. Zu markante Spuren haben auf der einen Seite das Liebgeliebte mancher Genossen mit „grünen“ Experimenten und auf der anderen Seite die Katastrophen von Seveso und Bhopal hinterlassen. Auch zur Beseitigung dieser „Altlasten“ wäre eine Gemeinschaftsaktion das Beste.

Beispielhaft

dos. - Leicht ist es den Beteiligten sicher nicht gefallen, die angekündigte Teilprivatisierung der Praxia-Seismos AG zunächst auf Eis zu legen. Die Vorarbeiten für die Börseneinführung sind praktisch abgeschlossen, die Aktien bereits gedruckt. Wenn der Bund als Großaktionär, die mit der Emission befaßten Banken und der Vorstand des Unternehmens dennoch ihre im Herbst vorigen Jahres getroffene Entscheidung zurückstellen, so spricht das für ein beachtliches Maß an Verantwortungsbewusstsein. Denn soviel steht fest: die knapp 30 Millionen DM an Aktien, die privaten Anlegern zugedacht sind, wären im Handumdrehen gezeichnet worden. Neuemissionen haben das in diesen Tagen so an sich. Und nur die wenigsten hätten Gedanken daran verschwendet, daß der Tätigkeitsbereich von Praxia-Seismos zur Vorsicht mahnen sollte. So sind die Aufträge um 30 Prozent zurückgegangen. Die Suche nach Öl ist derzeit wenig attraktiv. Erst wenn der Markt in Ordnung kommt, soll das private Publikum in Anspruch genommen werden - ein beispielhaftes Verhalten.

FELDMÜHLE NOBEL / Flicks Kernkonzern wird für 285 DM pro Aktie angeboten

Die Deutsche Bank startet die größte Neuemission der Nachkriegszeit

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf
Mit einem Platzierungsbetrag von 1,995 Milliarden DM bietet die Deutsche Bank aus ihrem Eigentum über ein von ihr geführtes großes Bankenkonsortium die Aktien der aus dem industriellen Kernbereich des einstigen Flick-Konzerns entstandenen Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf, ab 24. April zum Stückpreis von 285 DM einem breiten Publikum zur Zeichnung an.

Mit dieser größten Neuemission der Nachkriegszeit, so betonte Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians zum Schluß der „Dekonzentration“ des früheren Familienkonzerns, leiste die Bank einen Beitrag zur gesellschaftspolitisch erwünschten breiten Streuung des Produktivkapitals. Bewußt sei die Bank, so legten Christians und Vorstandskollege Herbert Zapp dar, mit dem Platzierungspreis von 285 DM pro Aktie des bei 350 Mill. DM Aktienkapital mit 1,69 Mrd. DM Eigenmitteln gepolsterten Feldmühle-Nobel-Konzerns unter dem bei heutiger Börsenlage Möglichkeiten geblieben. Dies vor allem auch, um dem künftigen Publikumskonzern den Aufbau eines eigenen Emissionsstandes zu sichern. Die erste oder zweite Kapitalerhöhung nach der Erstführung (Börsennotiz vor ausschließlich ab 5. Mai) werde dann über das Gelingen dieser Absicht entscheiden.

Die gute Absicht wird mit guten Zahlen untermauert. Der aus den drei Bereichen Buderus (Metallverarbeitung), Dynamit Nobel (Chemie) und Feldmühle (Papier) bestehende Konzern hat 1985 nach Herausrechnen der separat verkauften Beteiligungen

für 1986 erwarteten Anstieg der Abschreibungen auf 480 (386) Mill. DM. Immerhin zeige aber auch das 1986er DVFA-Ergebnis in Relation zum Platzierungspreis ein Kurs-Gewinn-Verhältnis 12,6, was durchaus eine „börsengerechte“ Bewertung der Aktie in heutiger Börsenlandschaft sei.

Aus alledem rechnet das Emissionshaus mit breitem Erfolg der Platzierung, an der sich die 42 600 Konzernbeschäftigten mit einer reservierten Quote von zehn Aktien je Kopf beteiligen können. Insbesondere möchte man möglichst viele Zeichnungswünsche der Privatkundschaft erfüllen.

Zugeknüpft zeigte sich der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die dem Erben Friedrich Karl Flick im letzten Dezember den damaligen Gesamtmarkt zum „Quasi-Festpreis“ von circa fünf Mrd. DM mit eigenem Verwertungsrisiko abkaufte, über den Gewinn der Bank aus dieser Transaktion. Er deutete lediglich an, daß es für Flick nach erfolgreichem Abschluß der Groß-Platzierung einen „fairen Nachschlag“ geben werde. Aus dem Verkauf Daimler-Gerling-Grace wurden abzüglich Nebenkosten 5,4 Mrd. DM erzielt und darauf 2,2 Mrd. DM Steuern gezahlt. Ein Nettoerlös-Rest von 480 Mill. DM (Buchwert dieser Beteiligungen) verblieb der neuen Holding Feldmühle Nobel AG, die ihr Leben als Publikums-Gesellschaft „nettoschuldenfrei“ beginnen kann.

EG-USA

Handelskrieg wird bis zum Gipfel vorerst ausgesetzt

WILHELM HADLER, Luxemburg

Mit dem amerikanisch-europäischen Konflikt im Agrarhandel haben sich gestern die Außenminister der EG in Luxemburg beschäftigt. Dabei wurde deutlich, daß die Gemeinschaft und Washington zumindest bis zum Weltwirtschaftsgipfel (4. und 5. Mai) eine weitere Zuspitzung des Streits vermeiden wollen.

Bei Gesprächen mit dem US-Handelsbeauftragten Clayton Yeutter hatte der Brüsseler Außenkommissar Willy de Clercq am Wochenende festgestellt, daß die Amerikaner nach wie vor hart auf Gegenkonzessionen der EG für die durch den Beitritt Portugals und Spaniens entstandenen Nachteile bei ihren Agrarexporten beharren, in der Form jedoch flexibel sind. Die Außenminister verzichteten ihrerseits gestern darauf, über die Liste möglicher Gegenmaßnahmen der Gemeinschaft näher zu diskutieren.

Als Entgegenkommen der US-Administration wurde in Luxemburg die Bereitschaft bewertet, die im Zusammenhang mit dem spanischen Beitritt entstandenen Streitfragen im Rahmen der im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vorgesehenen Konsultationen zu regeln.

Allerdings dringen die amerikanischen Unterhändler nicht nur auf schnelle Kompensationen (vor dem 1. Juli), sondern wollen sich offenbar auch die Vorteile im gewerblichen Bereich nicht auf Handelsverluste im Agraraustausch anrechnen lassen.

Die Gemeinschaft hatte bisher stets argumentiert, daß die USA im ganzen gesehen Vorteile der EG-Erweiterung haben. Sie beruft sich darauf, daß die durchschnittliche Zollbelastung für Lieferungen in die iberischen Länder nach der Übernahme des gemeinsamen Außenzolls durch Madrid und Lissabon von 15 auf fünf Prozent sinke.

Demgegenüber macht Washington geltend, daß seine Agrarexporte nach Spanien (durch die Ersetzung des bisherigen Zolls für Mais und Sorghum durch variable Abschöpfungen) mit sofortiger Wirkung belastet würden. Darauf antwortet Brüssel, eine Beeinträchtigung der US-Lieferungen sei in der Praxis unwahrscheinlich, weil die Gemeinschaft nach wie vor einen Importbedarf für beide Erzeugnisse habe.

Am explosivsten ist jedoch gegenwärtig der Streitfall über die Lieferungen nach Portugal: Hier hat die Gemeinschaft in den Beitrittsverhandlungen vereinbart, daß ihr während der Übergangszeit ein bestimmter Anteil am Getreidemarkt (15 Prozent) in Portugal reserviert wird und daß die Soja-Importe wie bisher kontrolliert werden.

Einseitige Gegenmaßnahmen der USA (auf die die EG antworten würde) waren ursprünglich für Anfang Mai angekündigt worden. Wegen des Weltwirtschaftsgipfels dürften sie nun zumindest bis danach verzögert werden.

Rationalisierung und Moral

Von JOACHIM WEBER

Daß der Rationalisierung, jener in zwischen wohl wichtigsten aller unternehmerischen Überlebensstrategien, immer wieder der Stempel des „Unmoralischen“ aufgedrückt wird, daran hat man sich schon betriebsgewöhnt. So sehr sogar, daß selbst manche Unternehmer eher verschämt als stolz von Rationalisierungsfolgen berichten - gewünschter Effekt einer Dauerberieselung mit monokausalen Zusammenhängen nach dem Muster „Computer vernichten Arbeitsplätze“.

Nicht nur, weil derlei Kurzschluß-Argumentation a priori unsinnig ist, gibt es keinerlei Grund zu schlechtem Gewissen: Rationalisierung findet in den meisten Fällen erst unter Druck statt, dann nämlich, wenn ein Unternehmen in der Klemme zwischen steigenden Kosten (im Wohlstandsland Bundesrepublik ganz wesentlich Lohn- und Sozialkosten) und dem Preisdruck der kostengünstiger produzierenden Konkurrenz seine Gewinne (und damit seine Investitionsmöglichkeiten) dahinschwinden und schließlich in Richtung der roten Zahlen abgleiten sieht.

Wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen nicht mehr verändern lassen, bleibt als Ausweg nur der Griff zu den inneren Reserven. Erzwungen wird er zu allererst von denen, die ihn dann kritisieren: Gewerkschaftern und Sozialpolitikern. Sie übersehen auch gar zu gerne, daß Rationalisierung häufig nur ein Nachhaken jener organisatorischen Straftat ist, die in guten Zeiten versäumt wurde.

Doch selbst die vergleichsweise wenigen Unternehmenslenker, die klug und mutig genug sind, schon in den fetteren Jahren vorbeugend zu rationalisieren, haben keinen Grund zur Scheitern: Antizyklisch bewältigen sie das Problem um einiges schmerzloser, und schließlich geht es auch ihnen um langfristige Überleben des von ihnen gesteuerten Organismus, um die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Ihren Gewinnmaximierung als Selbstzweck vorzuwerfen, ist in aller Regel vorsätzliche Diffamierung - die Praxis zeigt, daß gerade Unternehmen mit vorausschauender Überlebensstrategie ihre Gewinne größtenteils in den eigenen Aufbau und damit auch in neue Beschäftigungs-

möglichkeiten stecken. Zudem geht es nur selten um Ertragssteigerungen, sondern darum, ein - in Deutschland nirgendwo exorbitant hohes - Gewinnniveau zu verteidigen oder gar wiederzuerlangen.

Im Streit um die Rationalisierungsmoral ist nun noch eine weitere Facette hinzugekommen. In der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 Abs. 2 des GlG Metall - ohne jede satirische Absicht - das Argument auf, die Unternehmen hätten sich in der ihnen eigenen unerträglichen Gewinnssucht selbst in die Klemme der Arbeitslosigkeit durch streikbedingt fehlende Zulieferungen hineingemauert, indem sie ihre Lagerhaltung (entgegen aller geltenden Moral, wie wiederum zwischen den Zeilen suggeriert wurde) zu minimieren versuchten.

Der dialektische Puzelbaum ist gründlich mühsam. Denn konnte man der klassischen Rationalisierung zumindest bei kurzfristiger Betrachtung noch „Arbeitsplatzvernichtung“ vorwerfen, so erweist sich der harte Griff in die Materialwirtschaft als nahezu beschäftigungsneutral. In den meisten Fällen erfordert er sogar einen höheren Personaleinsatz zur präzisen Steuerung der Warenströme.

Gespart wird hier nur an der Kapitalbindung, das allerdings gründlich. Darunter leiden schlimmstenfalls die Banken - und um sie hat sich bislang noch kein Gewerkschafter ernsthaft Sorgen gemacht.

Zudem muß man es ganz klar sehen: Wenn das Maß der sinnvollen Rationalisierung durch Automation, Produktionsverknüpfung, konstruktive Vereinfachung und ähnliches ausgeglichen ist und der Druck von außen nicht nachläßt, dann geht es ans Eingemachte. Und in der Materialwirtschaft, über viele Jahre hinweg strikt vernachlässigt und bei der Mehrheit deutscher Unternehmen nach wie vor mit dem Präzifikat „schlampig“ zu versehen - das ist die einzige Vorwurf, der zutreffen würde! Liegen noch die größten Reserven brach. Diese Halden wirtschaftlicher Leistung in Milliardenhöhe zu aktivieren, ist auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe.

AUF EIN WORT



„Dirigismus und Bürokratie im Wirtschaftsablauf mögen kurzfristige Scheinerfolge produzieren können, längerfristig sind sie zum Mißerfolg verurteilt.“

Dr. Oskar Schneider, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Börsen stimmen für eine Reform

rt, Frankfurt

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Wertpapierbörsen hat einstimmig dem neuen Entwurf der Arbeitsgemeinschaft und damit einem Reformkonzept für das deutsche Börsenwesen zugestimmt. Dies teilte die Arbeitsgemeinschaft nach den Beratungen gestern mit. Das Reformkonzept, das im Entwurf bereits im März von der Frankfurter Börse angenommen worden war, verschärft die Arbeitsgemeinschaft ein Hauptquartier in Frankfurt und gibt ihr Befugnisse zur Abwicklung überregionaler und internationaler Angelegenheiten. Die Unabhängigkeit der acht deutschen Börsen bleibt erhalten.

DEVISENMARKT

Nach Diskontsenkung steht Dollar weltweit unter Druck

ed, Frankfurt

Der Dollar hat gestern zum zweiten Mal in diesem Jahr für kurze Zeit die Marke von 2,20 DM nach unten durchbrochen, sich aber anschließend wieder erholt. Der amtliche Kurs ging von 2,2240 auf 2,2053 DM und somit auf den niedrigsten Stand seit Ende November 1981 zurück. Besonders stark stand der Dollar nach der amerikanischen Diskontsenkung trotz eines Gleichziehens der japanischen Zentralbank in Japan unter Druck.

Obwohl die Notenbank dort versuchte, mit dem Kauf von 1,5 Milliarden Dollar, dem bisher höchsten Interventionsbetrag, eine weitere Aufwertung des Yen zu stoppen, fiel der Dollar von 176 auf knapp 173 Yen. nach Meinung von Händlern dürfte er sich jetzt auf 165 Yen hinbewegen. In der Bundesrepublik befestigte sich

die japanische Währung daraufhin von 1,2725 auf 1,2845 DM.

In Europa, wo der Dollar kurz vor dem Rückgang ohne Notenbankinterventionen zum Stillstand. Einen deutlichen Abfall auf 2,15 DM erwarteten Devisenhändler, wenn die „charttechnische Widerstandsmarke“ von 2,18 DM unterschritten wird. Von der weiteren Dollarentwicklung wird es nach Meinung des Marktes auch abhängen, ob und wann die Bundesbank neue Zinssenkungsinitiativen ergreift.

Die gestrige Dollarabschwächung wirkte sich löhrend auf die Aktienbörsen aus, wo exportorientierte Papiere wie Auto-, Maschinenbau- und Großchemieaktien zum Teil größere Kursverluste erlitten. Auch Renten tendierten mit Einbußen bis zu 50 Pfennig leichter.

STEUERPOLITIK

Opposition knüpft an eine weitere Reform Bedingungen

HH, Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion ist mit der von Finanzminister Stoltenberg schon für 1988 erwogenen weiteren Erhöhung des Grundfreibetrags einverstanden. Ihre Finanzpolitik-Apel und Spöri knüpfen diese Zusage gestern vor Journalisten jedoch an die Bedingung, daß das Entlastungsvolumen der zweiten Stufe der Steuerentlastung unverändert bei den beschlossenen knapp 10 Milliarden Mark verbleibe.

Die von der Koalition geplante Senkung des Spitzensteuersatzes treffe dagegen auf den „entschiedenen Widerstand“ der SPD. Als „persönliche Meinung“ fügte Apel hinzu, daß mit der von der SPD geplanten Verlängerung der unteren Proportionalzone (heute 22 Prozent auf zu versteuernde Jahreseinkommen bis 18 000/36 000 Mark für Ledige/Verheiratete) der Spitzensteuersatz von

56 Prozent erst bei höheren Jahreseinkommen erreicht werde (heute 130 000/260 000). Die Körperschaftsteuer soll unverändert bleiben. Die Vermögenssteuer will die SPD mit dem Ziel ändern, Doppelbelastungen für Körperschaften zu beseitigen.

Auf den Widerstand der SPD stoßen auch angebliche Regierungspläne, die Steuerreform der nächsten Legislatur mit höheren indirekten Steuern zu finanzieren. Spöri will aus einem vertraulichen Papier des Finanzministeriums erfahren haben, Stoltenberg plane im Zuge der EG-Steuerharmonisierung eine Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Punkt (etwa 8 Milliarden Mark) sowie weitere Erhöhungen, die zu Mehreinnahmen von rund 6 Milliarden Mark bei der Brantwein-, Bier- und Mineralöl- sowie einer neu zu schaffenden Weinsteuer führen sollen.

CHEMIE

Streitgespräch Industrie und SPD mit Annäherung

A.G. Bonn
Eine teilweise Überbrückung der anfänglich tiefen Meinungsunterschiede über die Notwendigkeit einer noch stärkeren Berücksichtigung des Umweltschutzes im Chemiebereich brachte gestern ein Streitgespräch im Bonner Erich-Ollenauer-Haus zwischen dem Vorstandsmann der Bayer-AG, Professor Eberhard Weise, und dem Umwelt-Experten der SPD-Bundestagsfraktion, Ex-Forschungsminister Volker Hauff.

Ausgangspunkt war das von der SPD umfängliche in den Bundestag eingebrachte Konzept für eine „umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik“, das von der chemischen Industrie als „unrealistisch und verfehlt“ abgelehnt wird. Während Weise ein Eingangs von einer „Chemieverhinderungs- und Sündenbockpolitik“ sprach und insbesondere „ideolo-

gische Verätschungen“ und Dirigismus anprangerte, forderte Hauff mehr Risikoversorge. Chemiepolitische Vorsorge heiße, daß schon bei Verdacht auf Gesundheits- und Umweltgefahren gehandelt werden müsse. Die ökologische Modernisierung der chemischen Industrie, so die Suche nach Ersatzstoffen für gefährliche Chemikalien, sei ein Stück Datensvorsorge.

Einig waren sich schließlich beide Gesprächspartner, daß man künftig an einer verschuldensunabhängigen Haftung nicht vorbeikomme und daß die Sanierung der Altlasten bundesweit geregelt werden müsse. Während Hauff einen „Entgiftungsbeitrag“ in Form einer Abgabe auf Sondermüll forderte, sprach sich Weise für eine Gemeinschaftsaktion zwischen Bund, Land, Kommunen und Industrie aus.

LUFTVERKEHR / Europäischer Gerichtshof prüft Preisgestaltung der Gesellschaften

Sind die Iata-Flugtarife richtig?

DW, Bonn

Sind die Absprachen der Luftverkehrsgesellschaften über einheitliche Flugtarife in Europa mit den Wettbewerbsregeln im EWG-Vertrag vereinbar? Wenn nicht, sind die Iata-Tarife dann trotz Genehmigung durch die nationalen Behörden richtig? Mit diesen Fragen wird sich in Kürze der Europäische Gerichtshof in Luxemburg beschäftigen, dem sowohl der deutsche Bundesgerichtshof als auch das Polizeigericht in Paris einen entsprechenden Fall zur Einrentscheidung vorgelegt haben. Dabei soll geklärt werden, ob die Tarife gegen das Verbot abgestimmter Verhaltensweisen verstoßen und ob ihre Anwendung ausschließlich für Linienflüge als Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung zu werten ist.

Das Problem war entstanden, nachdem die Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ein Reisebüro verklagt hatte, weil es

„Weichwährungs-Flugscheine“ verkaufte, um das Währungs- und Tarifgefälle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern durch das Auseinanderfallen von Iata-Verrechnungspreisen und offiziellen Wechselkursen auszunutzen.

Die Zentrale hielt dies für unlauter; vom zuständigen Landgericht wurde dem Reiseunternehmen untersagt, weiter Weichwährungs-Flugscheine zu verkaufen. In der Berufung wurde das Urteil unter Hinweis auf die vom Bundesminister für Verkehr genehmigten Tarife und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb bestätigt.

Dem Bundesgerichtshof sind indes Zweifel gekommen, ob diese Tarife mit den Römischen Verträgen vereinbar sind. Nach deutschem Recht sei freilich die Beförderung von Passagieren mit Weichwährungs-Tickets unzulässig: Vom einmal genehmigten darf sowohl im Inlands- als auch im Auslandsverkehr nicht mehr abgewi-

chen werden. Die Genehmigungen selbst sind nach Ansicht der Bundesrichter auch kein Verstoß gegen deutsches Kartellrecht.

Der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof, Carl Otto Lenz, hat in seinem Schlußantrag die Bedenken des Bundesgerichtshofs bestätigt. Nach seiner Auffassung sind nationale Bestimmungen, die die behördliche Genehmigung von Flugtarifen vorschreiben, dann ein Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln, wenn die vorherige Abstimmung der Tarife zwischen den Fluggesellschaften nicht zuvor vom Kartellverbot freigestellt worden ist.

Das heißt freilich nicht, daß die Europa-Richter diese Meinung teilen werden: Der Generalanwalt ist zwar einem Richter gleichgestellt, äußert im Schlußantrag jedoch seine persönliche Meinung und nicht notwendigerweise die des Gerichts. Das Urteil soll in Kürze gefällt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BDI warnt vor Computer-Überwachung

Köln (dpa/VWD) - Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) in Köln hat gestern vor den Gefahren einer Computer-Überwachung an den europäischen Binnengrenzen gewarnt. Von der EG-Kommission war nach Darstellung des BDI ein europaweites Verbundsystem von Verwaltungs- und Wirtschaftsinformations vorgeschlagen worden. Dies zielt darauf ab, Verwaltungsverfahren in den Bereichen Zoll, Handels- und Agrarpolitik innerhalb der Gemeinschaft und gegenüber Drittländern zu automatisieren. Es widerspreche jedoch dem Sinn eines echten gemeinsamen Marktes, wenn physische Kontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft würden, während gleichzeitig ein elektronisches Überwachungssystem installiert werde, erklärte der BDI.

eine Gesamtförderquote des Kartells von 16,3 Mill. Barrel (je 159 Liter) pro Tag geneigt haben, die bis zum September eingehalten werden soll. Anschließend sollen bis zum Jahresende 17,2 Mill. täglich gefördert werden.

Consulting-Firmen stabil

Bonn (HR) - Die deutschen Consulting-Firmen haben 1985 Honorareinnahmen von 2,06 Mrd. DM erzielt. Wie der Verband unabhängiger beratender Ingenieurfirmen (VUBI) mitteilt, hat sich der Umsatz damit - etwa je zur Hälfte in- und Ausland - um ein Prozent auf diesem Niveau in den letzten Jahren stabilisiert. Der Auftragsgegenstand 1985 lag mit knapp 2,3 Mrd. DM um zwei Prozent über dem Vorjahr. Nach Angaben des VUBI-Vorstandes, Schneider, sind zur Zeit 110 deutsche Consulting-Firmen in 138 Ländern an rund 2000 Projekten beteiligt.

Bankservice in Mexiko

Frankfurt (ed.) - Einen Bargeldauszahlungsservice für Eurocheques während der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko bieten die Filialen der mexikanischen Bank „Bancoamer“ vom 16. bis zum 13. Juli in allen Spielorten an. Pro Eurocheque wird der Gegenwert von 130 US-Dollar in Pesos ausgezahlt. Im kanadischen Vancouver offeriert die Royal Bank of Canada während der „Expo 86“ die Barauszahlung von bis zu 200 kanadischen Dollar je Eurocheque. In beiden Ländern werden Eurocheques sonst nicht akzeptiert.

Einigung in Sicht

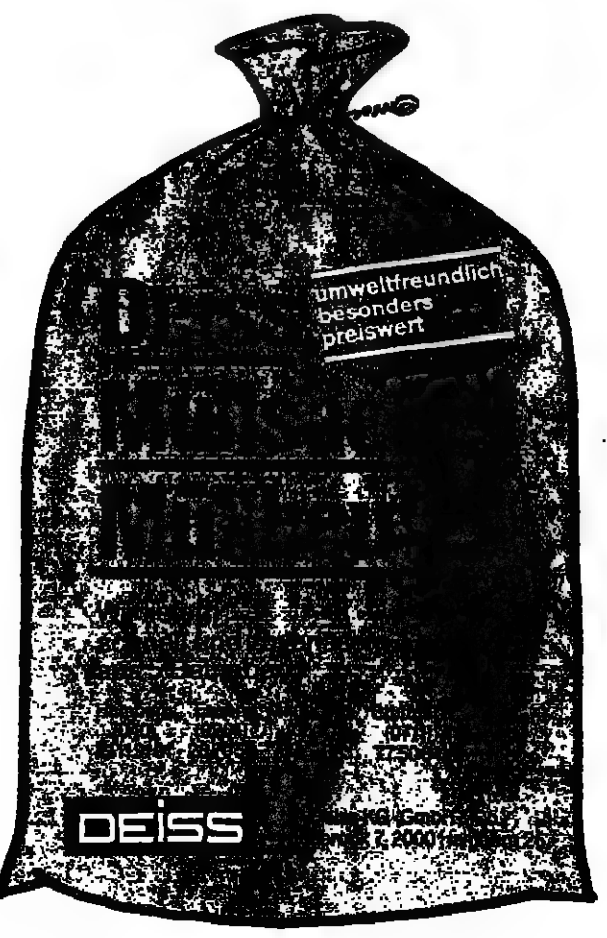
Genf (dpa/VWD) - Die zähen Verhandlungen der 13 Minister der Organisation erdöllexportierender Länder (Opec) schienen sich gestern, dem siebten Tag der zweiten Phase ihrer Sonderkonferenz in Genf, einem Ergebnis zu nähern. Es wurde angedeutet, daß zehn der 13 Minister sich auf

30jährige EIB-Anleihe

Frankfurt (ed.) - Die Europäische Investitionsbank (EIB), Luxemburg, beginnt über ein internationales Konsortium unter Führung der DG Bank eine 5,75prozentige Anleihe über 150 Mill. DM mit 30jähriger Laufzeit zu par. Die Börseneinführung ist in Frankfurt vorgesehen.

Öffnung erwogen

Frankfurt (Wb.) - Die Führungsspitze der Gewerkschaftsholding Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), denkt darüber nach, ihre Tochter Bank für Gemeinwirtschaft (BGfG) und die Volksfürsorge Versicherungsgruppe einem breiteren Publikum zur Kapitalbeteiligung zu öffnen. Während bei der Volksfürsorge die Emission von Aktien erwogen wird, steht bei der BGfG auch die Ausgabe von Genußscheinen zur Debatte. Beide Maßnahmen seien allerdings erst in einem bis einhalb Jahren zu erwarten, so BGAG-Chef Alfons Lappas.



JAPAN

Zentralbank stützt Dollar

dpa/VWD, Tokio
Wegen der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte wird die japanische Regierung ihre Sparmaßnahmen im Haushaltsjahr 1987 fortsetzen. Das kündigte Finanzminister Takeshita an. Das weitere Wirtschaftswachstum werde weitgehend von der Inlandsnachfrage getragen, die nach der jüngsten Diskontsenkung zusätzlich angeregt werden dürfte. Dabei sei weiterhin mit einem relativ stabilen Preisniveau zu rechnen, erklärte Takeshita vor Führungskräften der regionalen Finanzbehörden. Der Anstieg des Yen und sinkende Ölpreise würden das Wachstum ebenfalls fördern. Er bekräftigte erneut, daß die Regierung mit mehreren Aktionsprogrammen zur Marköffnung und zur Anregung der Inlandsnachfrage den Abbau des Handelsüberschusses fördern werde.

Kleinere Finanzinstitute können laut Takeshita mit Unterstützung der Regierung rechnen, wenn sie aufgrund der weiteren Liberalisierung der Finanzmärkte und der stärkeren internationalen Verwendung des Yen in Bedrängnis kommen sollten.

Mit dem Inkrafttreten der jüngsten Senkung des japanischen Diskontsatzes war gestern erneut über eine weitere Ermäßigung des Leitzinses spekuliert worden. Aus Kreisen der Regierung verlautete, die Zentralbank könne wegen der starken Aufwertung des Yens gegenüber dem US-Dollar schon nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio Anfang Mai erneut den Diskontsatz zurücknehmen. Am Wochenende hatte die Zentralbank den Diskontsatz um einen halben Punkt auf 3,5 Prozent gesenkt.

Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone deutete gestern an, Japan werde künftig stärker auf dem Devisenmarkt intervenieren, um unerwünschten Fluktuationen der Wechselkurse entgegenzutreten. Die Worte untermauerten gestern die Eingriffe der japanischen Zentralbank. Rund 1,5 Milliarden Dollar kaufte sie, um die US-Währung auf dem Tokioter Devisenmarkt zu stützen. Dies war die bisher stärkste Intervention der japanischen Zentralbank, um einem Kursrückgang des Dollar gegenüber dem Yen entgegen zu wirken. Starke Kursschwankungen müßten vermieden werden, sagte Nakasone. Finanzminister Noboru Takeshita hält den Dollarsturz jedoch nicht für unkontrollierbar.

ITALIEN / TV-Sender kämpfen um schrumpfende Werbebeats - Sinkende Preise für einzelnen Spot mindern Einnahmen

Privatfernsehen breitet sich über Europa aus

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Der italienische Fernsehpaar Silvio Berlusconi ist dabei, seine Aktivitäten im europäischen Fernsehgeschäft auszudehnen. Mit den acht spanischen Verlegern, die gegenwärtig um die erste der drei von der spanischen Regierung genehmigten privaten Fernsehkonkzessionen ringen, ist Berlusconi einer eigenen Erklärung zufolge, wegen einer Kooperation bereits im Gespräch. Dabei kommt ihm zugute, daß er vor kurzem in Madrid für sechs Milliarden Lire (knapp neun Millionen DM) die „Estudios Roma“ erworben hat, die Filme fürs Fernsehen herstellen.

Vor allem seiner Initiative ist es auch zu verdanken, daß kürzlich zwischen der deutschen Taurus, dem britischen Verleger Robert Maxwell, einer spanischen Gesellschaft und dem von Silvio Berlusconi und seinem Partner Jerome Seydoux betriebenen ersten französischen Privatfernsehen „Canal Cinq“ das erste europäische Fernsehkonkzessionsunternehmen ist. Das Konsortium wird über einen der drei Kanäle des französischen Fernsehens senden, der im November dieses Jahres auf Umlaufbahn gehen wird. Vorerst sind 18 Sendestunden am Tag in allen EG-Sprachen vorgesehen. Mit den Sendungen soll Anfang 1987 begonnen werden.

Die Aktivität, die der Mailänder Silvio Berlusconi in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft entwickelt, soll nicht nur einen gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum unterstützen, der auch eines die Länder überschreitenden Fernsehens bedarf, sondern folgt auch der Einsicht, daß Italien für das italienische Privatfernsehen zu eng zu werden beginnt.

2000 Kunden schalten

Zwar hat die heute mit Abstand größte private Fernsehgesellschaft Italiens, die Mailänder Firma Fininvest von Silvio Berlusconi fast 2000 Werbekunden gegenüber 300, mit denen die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI-TV auskommen hat. Die scharfe Konkurrenz um Werbespots bringt es aber mit sich, daß die Preise in den Keller gesunken sind. Durchschnittlich betragen sie nur ein Viertel derjenigen

in den USA und in Großbritannien. Die Folge davon ist, daß das aus den Sendern Canale Cinque, Italia Uno und Retequattro bestehende Berlusconi-Netz im vergangenen Jahr nur 850 Milliarden Lire für Werbung kassierte, gegenüber 2200 Milliarden Lire, die aufgrund der Listenpreise und der zur Verfügung gestellten Werbezeiten eigentlich hätten eingenommen werden müssen.

Insgesamt betrug das gesamte Werbevolumen im vergangenen Jahr in Italien beinahe 1900 Milliarden Lire, wovon 46,2 Prozent auf das Fernsehen, 43,2 Prozent auf die Presse und der Rest auf die übrigen Medien entfielen. An der inzwischen überragenden Rolle der Mattscheibe wird sich den Experten zufolge auch im laufenden Jahr nichts wesentlich ändern, auch wenn 1986 im Falle des Werbefernsehens nur mit einer Steigerung von 2,2 Prozent gerechnet wird, gegenüber einer Zunahme der gesamten Werbeausgaben von 3,5 Prozent.

Da die Inflation in diesem Jahr voraussichtlich bei sechs Prozent liegen wird, gegenüber knapp neun Prozent im vergangenen Jahr, bedeutet dies,

daß real der gesamte Werbekuchen etwas schrumpfen wird. Im Falle des Fernsehens wird dazu auch eine gewisse Selbstbeschränkung eine Rolle spielen, die sich die Sendegesellschaften auferlegt haben.

Kritik an Werbezeit

Ausgangspunkt ist dafür die Kritik an der in den letzten Jahren eskalierenden Zahl von Werbespots. Wie aus Untersuchungen des Verbandes der italienischen Werbetreibenden (UPA) in Mailand hervorgeht, ist das private Fernsehen noch werbeintensiver als in den USA. Für ein besseres Gleichgewicht zwischen Werbe- und sonstigen Sendungen tritt inzwischen auch die Wirtschaft selbst ein. Sie spricht sich von der Verminderung der Werbeeinlagen auf höchstens zehn bis zwölf Prozent der Gesamtzeit (gegenüber 20 bis 25 Prozent in der zweiten Hälfte 1985) eine schärfere Selektion und eine bessere Qualität. Auch diese Sendegesellschaften selbst sind überzeugt, auf die Dauer mehr Nutzen als Schaden aus einer Reglementierung zu ziehen.

Israels Finanzwelt unter Anklage

dpa/VWD, Tel Aviv

Der Untersuchungsbericht über einen Börsenkrach im Jahre 1983 erschüttert Israels Finanzwelt. Der Report einer unabhängigen staatlichen Kommission fordert eine Neuordnung des israelischen Bank- und Börsensystems sowie den Rücktritt des Präsidenten der Zentralbank, Mosche Mandelbaum, und die Demission der Generaldirektoren der vier führenden israelischen Banken innerhalb von 30 Tagen. Zahlreichen Bankiers wird Börsenmanipulation vorgeworfen. Der Direktor der zweitgrößten israelischen Bank, der Ha-poalim-Bank, Giora Gasit, hat schon die Konsequenzen gezogen und ist gestern zurückgetreten.

Bei dem Börsenkrach 1983 hatten viele tausend Israelis mehrere hundert Millionen DM verloren. Die israelischen Banken hatten dem Kommissionsbericht zufolge mit dem Aufkauf ihrer eigenen Aktien die Kurse künstlich in die Höhe getrieben und die Gewinne kassiert. Als eines Tages die Kurse zusammenbrachen, büßten die Aktionäre erhebliche Summen ein.

GROSSBRITANNIEN / Pkw-Hersteller werden geschont

Japan begrenzt Auto-Export

ft, London

Erneut hat die britische Automobilindustrie die Japaner dazu überreden können, sich mit Autoexporten nach Großbritannien zurückzuziehen. Mit dieser Selbstbeschränkung im Export von Neuwagen auf den britischen Markt verpflichten sich die japanischen Automobilhersteller, auch 1986 ihren Anteil am britischen Neuwagenmarkt auf maximal elf Prozent zu beschränken.

Das Selbstbeschränkungsabkommen im japanischen Pkw-Export war zwischen London und Tokio erstmals 1975 abgeschlossen worden. Auf diplomatischen Druck der britischen Regierung hin erklärten sich die japanischen Automobilhersteller damals bereit, ihren Anteil am britischen Neuwagenmarkt zunächst für drei Jahre auf elf Prozent zu beschränken. Damit sollte dem staatlichen Automobilkonzern British Leyland Luft verschafft werden, sich aus seiner verwickelten Situation zu befreien.

Doch seither wird das Selbstbeschränkungsabkommen Jahr für Jahr aufs neue vereinbart. Zum Wochenbeginn haben führende Vertreter

des britischen Automobil- und Händlerverbandes SMMT ihren japanischen Kollegen erklärt, daß sich die Neuwagenverkäufe in Großbritannien in diesem Jahr gegenüber dem Rekord-Vorjahr leicht abschwächen dürften, nämlich von 1,83 auf 1,77 Mill. Pkw. Für 1987 erwartet der Verband aufgrund einer zyklischen Abschwächung insbesondere im Kleinwagen-Bereich, sogar einen Rückgang auf 1,785 Mill. Neuwagen.

Aufgrund dieser Angaben planen die japanischen Hersteller ihre Exportkontingente nach Großbritannien, wobei Überschreitungen der elfprozentigen Beschränkung stillschweigend toleriert werden, wenn sie sich im Rahmen halten. Das informelle Abkommen zwischen der japanischen und britischen Automobilindustrie schließt auch leichte Nutzfahrzeuge ein. In diesem Bereich erwarten die britischen Automobilhersteller ebenfalls einen leichten Rückgang des Neuwagen-Absatzes in diesem Jahr, nämlich von 228 500 auf 227 000. Dafür soll die Nachfrage im kommenden Jahr wieder leicht ansteigen.

PATENTRECHT / London plant umfassende Reform

Mehr Schutz für Erfinder

ft, London

Die britische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem zum ersten Mal seit 30 Jahren umfassende Reformen des Patent- und Urheberrechts für einen verbesserten Schutz technologischer und wissenschaftlicher Erfindungen und Innovationen eingeführt werden sollen. Das entsprechende „Weißpapier“ mit dem Titel „Geistiges Eigentum und Erfindungen“ enthält Regierungsvorschläge von der Einführung einer Abgabe beim Kauf leerer Tonband-Cassetten bis zu vereinfachten und verbilligten Patent-Prozessverfahren. Darüber hinaus soll das Patentamt eine eigenständige Einrichtung unabhängig vom britischen Staatsdienst werden.

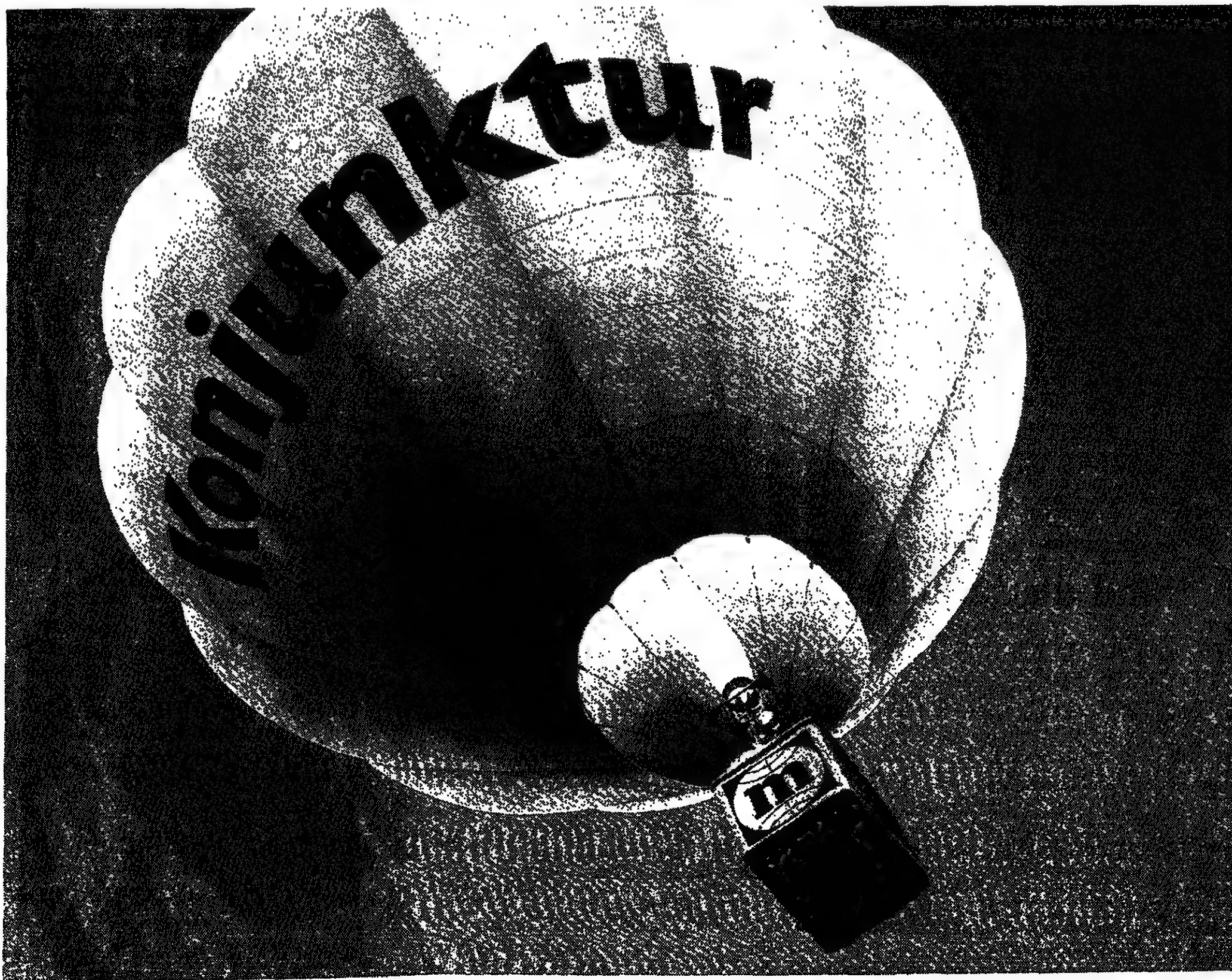
Dem Gesetzentwurf zufolge plant London einen zehnjährigen Schutz für „funktionsbedingte Gebrauchsmuster“. Mit diesem nicht eingetragenen Urheberrecht sollen etwa Autoren für zehn Jahre vor Nachbildungen geschützt werden. Der Gebrauchsmuster-Schutz, der anders als

in der Bundesrepublik in Großbritannien nicht besteht, soll nur für Produkte gelten, die zuerst in der EG abgesetzt werden und von einem Staatsbürger eines EG-Landes entwickelt worden sind, oder die aus Ländern stammen, in denen britische Erfindungen geschützt werden.

Diese Initiative richtet sich gegen Länder, die britische Produkte kopieren. Denn wie das Handelsministerium betont, wird es britischen Unternehmen freigestellt, funktionsbedingte, urheberrechtliche Gebrauchsmuster aus Ländern wie Japan nachzuführen, die solche britischen Entwicklungen nicht schützen.

Während diese Vorschläge und die Bekräftigung, daß Computer-Programme unter den Schutz des reformierten Patent- und Urheberrechts gestellt werden, von der britischen Wirtschaft einseitig begrüßt werden, soß: die geplante Erhebung einer zehnprozentigen Abgabe beim Kauf leerer Tonband-Cassetten mit mehr als 35minütiger Spieldauer bei den Herstellern auf Widerstand.

mietfinanz® hilft der Wirtschaft, den Auftrieb voll auszunutzen. Mit ihrer Investitionsfinanzierung. Seit 1962. mietfinanz®



Aufwärts! Zeit für Innovation. Für Investition. Für neue Konzepte: Mietfinanzieren Sie Ihre Investitionen. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

mietfinanz hat das Know-how in der Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen und Einrichtungen. So zahlen Sie nicht für die Produktionsmittel. Sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig eingesetzt werden und Geld verdienen.

mietfinanz bietet dabei Vorteile, die Ihnen Pluspunkte verschaffen: über die gesamte Laufzeit fest vereinbarte günstige Mietraten, maßgeschneiderte Anpassung an Ihre individuellen Bedürfnisse.

mietfinanz – das ist Erfahrung, Wissen und Flexibilität, kurz: Professionalität. Und das ist das Vertrauen, das wir in der Wirtschaft genießen. In Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist Ihr Vorteil. **mietfinanz**. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

**Vertrauen
in einen starken Partner**

mietfinanz®



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr,
Postfach 1013 38, Telefon (02 08) 310 31, Telex 856 755

INTERSPORT / Positiver Trend im Eigengeschäft

Hohes Wachstumstempo

Stuttgart. Die Intersport Deutschland eG, Heilbronn, größte deutsche Einkaufsgenossenschaft für den Sportartikel-Fachhandel, behält ihr hohes Wachstumstempo bei. In den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahrs 1985/86 (30. 9.) wurde ein Umsatzzuwachs von 20,4 Prozent erzielt. Dabei setzte sich, wie anlässlich der Mitgliederversammlung in Bonn mitgeteilt wird, besonders der positive Trend im Eigengeschäft fort.

Der Auftragseingang für das Herbst-Winter-Geschäft liegt um 25 Prozent über dem Vorjahr. Hauptstütze der textilen Bereichs war dabei eine kräftige Steigerung auf. Da man mit der Bewältigung des Auftragsvolumens Probleme habe, denn es übersteige die Lager- und Verteilungskapazitäten, ist man bemüht, die für 1987 geplante Fertigstellung einer neuen Intersport-Zentrale (Investitionsvolumen 30 Mill. DM) unter allen Umständen einzuhalten.

Im vergangenen Geschäftsjahr 1984/85 hat die Intersport ihren Umsatz um 23,9 Prozent auf 407 Mill. DM vergrößert. Bemerkenswert ist, dass

sich dabei das Eigengeschäft sogar um 41,2 Prozent auf 106 Mill. DM erhöhte. Diese Zahl belege - so die beiden Vorstandsmitglieder Hartmut Fröhlich und Hans-Carl von Schönberg-Pötting -, dass es der Versandzentrale offensichtlich gelungen sei, die Anschlußhäuser mit ihren Sortimenten zu überzeugen und an sich zu binden. Während nämlich die gesamte Sportartikel-Branche in 1985 die Umsätze lediglich um etwa 2,4 Prozent gesteigert hat, kamen die Intersport-Fachgeschäfte auf eine Zuwachsrate von 10,8 Prozent.

Besonders stolz ist man bei der Intersport darauf, daß mit der Umsatzsteigerung der Zentrale auch eine erhebliche Steigerung des Betriebsergebnisses um fast 64 Prozent verbunden gewesen sei. An die Mitglieder werden 3,7 (1,3) Mill. DM ausgeschüttet, der verbleibende Reingewinn von 1,8 (0,9) Mill. DM wird den Rücklagen zugeführt. Die Intersport-Tochter Sporting GmbH & Co. KG verbuchte eine Umsatzsteigerung von 26,9 Prozent auf 114 Mill. DM, die Zentraltransport GmbH & Co. KG um 20,3 Prozent auf 100,7 Mill. DM zu.

SCHWARZARBEIT / Hohe Abzüge von Bruttolöhnen senken Steuermoral - Schweden und Dänemark an der Spitze

Europas Schattenwirtschaft erhält stetigen Zulauf

ALFRED ZÄNKER, Genf. „Während in den meisten Wirtschaftszweigen der industrialisierten Welt die Phase ungestümten Wachstums vorbei ist, scheint sich allenthalben eine „Branche“ ungetrübter Prosperität zu erfreuen: die Schattenwirtschaft.“ Zu diesem Schluß kommt eine Studie der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich.

Die Bedeutung dieses „inoffiziellen“ Sektors, der von der Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit bis zur Kriminalität reicht, ist statistisch schwer zu erfassen. Doch liegen inzwischen verschiedene Berechnungen und Schätzungen vor, nach denen sich sein Anteil an der Gesamtwirtschaft seit 1960 in den meisten Ländern verdoppelt oder sogar verdreifacht hat. Damals waren es nur zwei bis fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts; heute dürften es fünf bis 15 Prozent sein.

Grob gesehen lassen sich die Industriezweige in drei Gruppen einteilen. An der Spitze mit zwölf bis 15 Prozent Schattenwirtschaft stehen Schweden, Dänemark, Belgien und Italien („Economia Sommersa“ für die bis-

weilen noch höhere Zahlen genannt werden. Im Mittelfeld mit etwa acht bis zwölf Prozent liegt die Bundesrepublik zusammen mit den Niederlanden, Frankreich, Österreich, Norwegen, Großbritannien, Kanada und den Vereinigten Staaten. Am unteren Ende der Skala mit fünf bis acht Prozent liegen die Schweiz, Japan und auch Spanien und Irland.

In dieser Entwicklung spiegeln sich vor allem die Auswirkungen des modernen Wohlfahrtsstaates und seiner enormen Kosten wider. Ständig steigende Steuern und Sozialbeiträge, eine zunehmende Bürokratisierung haben die Abwanderung in die Schattenwirtschaft gefördert. Selbst in der Schweiz werden Einkommen heute durch Steuern und Sozialversicherung um etwa 50 Prozent höher belastet als 1960. Gleichzeitig wurden 35 Prozent mehr Gesetze und Verordnungen geschaffen.

Auch hat der Bürger heute viel mehr Freizeit um schwarz zu arbeiten und sich so steuerfreie Einkünfte zu verschaffen. Viele Arbeitslose und Frührentner suchen die ihnen zustehenden Sozialleistungen durch

Schwarzarbeit aufzubessern; die illegale Beschäftigung von „billigen“ ausländischen Arbeitskräften hat allgemein zugenommen. Überall ist die „Staatsverdrossenheit“ gewachsen, die Steuermoral gesunken. Umfragen in verschiedenen Ländern zeigen, daß Schwarzarbeit und damit verbundene Steuerhinterziehung von immer mehr Bürgern als Kavaliersdelikte betrachtet werden.

Ein eindeutiger Zusammenhang besteht zwischen Steuerdruck und illegaler Beschäftigung, betont Barbara Gossler, die Verfasserin der Bankgesellschaftsstudie. Kein Zufall, daß Länder mit den höchsten Steuerlasten auch die größte Schattenwirtschaft aufweisen. Das gilt für Schweden mit einer Steuerquote von fast 51 und Dänemark mit 47 Prozent des Nationalprodukts (laut OECD). Auch Italien mit 41 Prozent liegt relativ hoch und leidet zudem an Bürokratisierung. Die Bundesrepublik figuriert auch bei den Steuern mit 37 Prozent im Mittelfeld. Dagegen: bleiben die Schweiz mit 35 und Japan und Spanien mit 27 Prozent am unteren Ende der Steuerskala.

In Ländern mit relativ langer Arbeitszeit und niedriger Arbeitslosigkeit ist die Schwarzarbeit bisher am wenigsten vorgekommen. Während die Japaner noch über 2100 Stunden, die Schweizer über 1900 Stunden im Jahr arbeiten, liegt die Sollarbeitszeit in den meisten europäischen Ländern bei 1700 bis 1800 Stunden. Die Schweiz mit weniger als einem und Japan mit 2,5 Prozent verzeichnen die niedrigste Arbeitslosigkeit der westlichen Welt.

Es hilft wenig, die Schattenwirtschaft durch „Kriminalisierung“ und harte Bußen zu bekämpfen. Wirksame Maßnahmen müßten bei den tieferen Ursachen ansetzen (Steuerdruck und staatliche Regulierung), um die „Staatsverdrossenheit“ zu überwinden. Dazu sei eine größere Transparenz des Sozialstaates und seiner Kosten erforderlich, betont die Zürcher Bank. Die Schweiz steht verhältnismäßig gut da, da die Eidge nossen durch Volksabstimmung und Föderalismus größeren direkten Einfluß auf die Politik haben als die Steuerzahler anderer Staaten.

FERNMELEDETECHNIK

Nixdorf kooperiert mit Hagenuk

dos, Hannover. Einen Vertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Fernmeldetechnik haben die Nixdorf Computer AG, Paderborn, und die zum bundeseigenen Salzgeber-Konzern gehörende Hagenuk GmbH, Kiel, abgeschlossen. Wie es heißt, wird Hagenuk für Nixdorf spezielle Kommunikations-Endgeräte entwickeln und fertigen.

Neuartige
Raucherentwöhnung
Tel. 040/3518 34/35
Schweizerisches
Zentrum für Raucher
2000 Hamburg 36 Poststr. 36

Der Vertrag bedeutet für die Salzgeber-Tochter eine Ausweitung des Geschäftsvolumens auf ihrem traditionellen Gebiet. Nixdorf folge mit dieser Zusammenarbeit der „Strategie partieller Technologie-Kooperationen zur Ergänzung eigener Aktivitäten“ und wolle das nachrichtentechnische Marktangebot erweitern.

Salzgeber-Vorstandschef Ernst Pieper hatte bereits vor einigen Wochen „Überlegungen“ in dieser Richtung angekündigt. Hagenuk gehört zu den florierenden Salzgeber-Firmen und hat sich bei der Entwicklung des schnurlosen Telefons einen Namen gemacht.

Zusammen mit der Schwestergesellschaft HDW-Elektronik GmbH repräsentiert Hagenuk einen Umsatz von 277 (i. V. 258) Mill. DM. Das Stammkapital beträgt 21 Mill. DM. Um vorhandene Kapazitätsengpässe in Kiel zu beseitigen, soll die Fertigung neu geordnet und erweitert werden.

Auf Anfrage erklärte ein Salzgeber-Sprecher, daß über eine finanzielle Beteiligung Nixdorfs an Hagenuk „derzeit nicht verhandelt“ werde. Von anderer Seite verlautet, daß Nixdorf eine Beteiligung von einem Drittel des Kapitals „als zweiten Schritt“ des Kooperationsvertrages anstrebt. Der Salzgeber-Sprecher wollte das nicht bestätigen.

Kämmerer wieder auf Expansionskurs

dos, Osnabrück. Die Kämmerer GmbH, Osnabrück, nach eigenen Angaben einer der führenden Hersteller technischer Spezialpapiere, hat 1985 nach langjähriger Durststrecke wieder Anschluß an frühere gute Jahre gefunden. Geschäftsführer Richard Böhning erklärte auf Anfrage, daß ein „deutlich positives Ergebnis“ erzielt wurde. Die umfangreichen Investitionen der Muttergesellschaft, der finnischen Alhtrom Oy, würden nunmehr Früchte tragen. Seit der Übernahme von Kämmerer im Jahre 1976 hat Alhtrom über 150 Mill. DM in Osnabrück investiert. Den Schwerpunkt bildeten neue technische Einrichtungen für die drei Papierstraßen und die Veredlung. Derzeit wird bei Kämmerer ein 20-Mill.-DM-Projekt zur Veredlung von Silikonpapier abgewickelt. Die Anlage soll im August in Betrieb gehen.

Die Trendwende kündigte sich bereits 1984 an, als der Umsatz um rund 20 Prozent auf gut 200 Mill. DM stieg und ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegte wurde. Im vergangenen Jahr ergab sich erneut ein Umsatzplus von elf Prozent auf 229 Mill. DM. Der Exportanteil lag bei 35 Prozent. Die derzeit günstige Beschäftigungslage lasse für 1986 eine weitere Umsatzsteigerung um rund zehn Prozent erwarten, meinte Böhning.

ROLAND-IMPORT / Mehr Schwung bei Spirituosen

Das Weingeschäft nimmt zu

hdt, Bremen. Von der zaghaften Aufwärtsentwicklung auf dem deutschen Spirituosenmarkt profitieren einerseits die Leichter-Spirituosen, andererseits jedoch die ausländische Spitzenherzeugnisse. Während 1985 die heimische Spirituosen-Produktion mit einem Minus von drei Prozent noch leicht rückläufig war, stieg der Import solcher Produkte in die Bundesrepublik um rund neun Prozent. Ihr Anteil am Gesamtumsatz erreichte inzwischen fast 30 Prozent. Davon profitierte auch die Roland Marken-Import KG, Bremen, die 1985 ihren Umsatz um 15 Prozent auf 53 (46) Mill. DM verbessern konnte. Der Absatz stieg auf 3,75 (3,3) Mill. Flaschen.

Roland-Geschäftsführer Rolf Meyer-Lübke sieht darin bestätigt, daß sich starke Marken längerfristig gegen Handelsware und No-nama-Produkte durchsetzen, da diese nur vorübergehend Erfolge aufgrund ihres Neuheitscharakters zu verzeichnen hätten. Dabei sind es auch bei

dem Bremer Unternehmen vor allem die großen internationalen Marken, die für Schwung sorgen.

Als Beweis wird der Erfolg von „Baileys“ genannt, dem Irish-Cream-Likör im Roland-Programm, von dem im Vorjahr 1,85 Mill. Flaschen (plus 16 Prozent) in die Bundesrepublik abgesetzt wurden. Auch „Malibu“, ein weißer Spirituose mit Kokosnuss-Aroma, sei inzwischen der Durchbruch gelungen. Vorausgesetzt wird auch für das mexikanische Nationalgetränk „Tequila“, dessen Import in die Bundesrepublik in den beiden letzten Jahren bereits um 90 Prozent auf fast 800 000 Flaschen anstieg.

Verstärken will Roland in Zukunft auch seine Aktivitäten im Weingeschäft. Die Marken in diesem Programm steuern inzwischen etwa 40 Prozent zum Gesamtumsatz bei. Gut eingelaufen ist auch das neue Jahr mit einem Umsatzplus von 16 Prozent im 1. Quartal.

Computerzentrum für Kleinbetriebe

dpa/VWD, St. Augustin. Die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD) - eine der 13 Großforschungseinrichtungen der Bundesrepublik - hat gestern ihr neues Mikrocomputer-Zentrum in St. Augustin bei Bonn eröffnet. Es soll vor allem kleine und mittlere Betriebe über das Angebot an Personalcomputern informieren und sie so befähigen, Informationstechnik selbstständig nach ihren speziellen Bedürfnissen auszuwählen.

Kernstück des Zentrums ist eine Ausstellung, in der im Endausbau 20 deutsche und ausländische Hersteller ihre jeweils neuesten Mikrocomputer zusammen mit den wichtigsten Programmen zeigen. Dort können sich Interessenten beraten lassen und Geräte und Programme probieren. Als eine Art „Verbraucherzentrale“ bietet das Zentrum Mitarbeitern aus Betrieben, aber auch der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich neutral und unbeinflußt von den kommerziellen Interessen der Hersteller und Händler beraten und schulen zu lassen.

Württfeuer stockt auf

Stuttgart (nl). - Unter Ausnutzung eines Teils des genehmigten Kapitals von insgesamt 15,4 Mill. DM stockt die Württembergische Feuerversicherung AG, Stuttgart, ihr Grundkapital um 8,8 Mill. DM auf 70,4 Mill. DM auf. Die neuen Aktien werden den Aktionären im Mai im Verhältnis 7:1 zum Preis von 250 DM je 50-DM-Aktie angeboten. Auf Basis des Kurses von derzeit 2270 DM errechnet sich ein Bezugsrecht von über 251 DM. Der HV am 5. Juni wird vorgeschlagen, für 1985 wiederum 9 DM Dividende plus 1 DM Bonus auszuschütten.

Eine Million ABS-Anlagen

Stuttgart (nl). - Die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, liefert in diesen Tagen das millionste Antiblockiersystem (ABS) aus. Seit Bosch 1978 als erster Hersteller ABS auf den Markt brachte, habe - wie es in einer Mitteilung heißt - das System seine große Zuverlässigkeit bewiesen. Inzwischen böten in Europa, USA und Japan 15 Automobilhersteller ABS

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Württfeuer stockt auf

Stuttgart (nl). - Unter Ausnutzung eines Teils des genehmigten Kapitals von insgesamt 15,4 Mill. DM stockt die Württembergische Feuerversicherung AG, Stuttgart, ihr Grundkapital um 8,8 Mill. DM auf 70,4 Mill. DM auf.

Nahrungsmitteltechnik

Düsseldorf (Fr.). - 132 Unternehmen aus elf Ländern werden bis zum 25. April 1986 auf der 2. Inatrac - Internationaler Congress und Messe Nahrungsmitteltechnik in Köln vertreten sein. Fünf Tage lang steht im Mittelpunkt des Interesses der Lebensmittelindustrie, der Hersteller von Maschinen und Anlagen, der Verfahrenstechniker und Wissenschaftler der Branche. Die Spezialmesse findet alle drei Jahre statt.

Dividende gehalten

Saarbrücken (VWD). - Die Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken, schlägt der HV am 27. Mai für 1985 wieder 12 Prozent Dividende auf unverändert 35 Mill. DM Grundkapital vor. Großaktionäre sind die Deutsche Bank AG und der Credit Industriel d'Alsace et de Lorraine in Straßburg mit 69 und 24 Prozent. In den Auf-

Gerresheim zahlt 7,50 DM

Düsseldorf (J. G.). - Die Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, schlägt der HV am 30. Juni für 1985 eine Dividenderhöhung auf 7,50 (5) DM vor. Der Jahresüberschuß verbesserte sich auf 27,3 (23,7) Mill. DM.

Weitere Belegschaftsaktionen

Stuttgart (nl). - Daimler-Benz wird seinen Mitarbeitern auch 1986 wieder Belegschaftsaktionen anbieten, und zwar können die Mitarbeiter im Rahmen des Vierten Vermögensbildungsgesetzes entweder eine Daimler-Benz-Aktie zum Vorzugskurs von 899 DM oder eine Mercedes-Automobil-Holding-Aktie zum Vorzugskurs von 753 DM erwerben. Im vergangenen Jahr hatten über 86 000 Mitarbeiter des Unternehmens Belegschaftsaktionen erworben.

UNILEVER-KONZERN / Währungsschwankungen minderten das Ergebnis deutlich

Konzentration auf die Kernaktivitäten

JAN BRECH, Hamburg. Der britisch-niederländische Unilever-Konzern hat 1985 weitere Fortschritte bei der Konzentration und Umstrukturierung erreicht. Wie der Vorstand im Geschäftsbericht schreibt, arbeiteten die einzelnen Gesellschaften effizienter denn je und seien mit modernster Technologie ausgestattet. Dabei konzentrierte sich die Gruppe nur noch auf Produkte und Märkte, die sie kannte und auf denen sie ihre Sporen verdient habe.

Der Unilever-Konzern ist gegenwärtig in 75 Ländern der Welt vertreten und beschäftigt rund 300 000 Mitarbeiter. Die Aktivitäten erstrecken sich auf das Gebiet von Artikeln des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel und Getränke, Waschmittel und Körperpflegemittel. Daneben ist der Konzern im Bereich chemischer Spezialprodukte, im Agrarsektor sowie in der Verpackungsindustrie tätig. Die Tochtergesellschaft UAC International hält Interessen im tropischen Teil Afrikas und in den Ländern am arabischen Golf mit der Distribution von Spezialprodukten für Verbraucher und Industrie.

In dem Zahlenwerk für 1985 werden die vom Vorstand proklamierten Fortschritte auf den ersten Blick nicht sichtbar. Umsatz und Gewinn sind stark von den Wechselkursveränderungen beeinflusst. So weist Unilever einen nur unveränderten Umsatz von 66,8 Mrd. hfl und einen um 1,2 Prozent gesunkenen Betriebsergebnis von 3,8 Mrd. hfl aus. Der Gewinn aus dem normalen Geschäft ist ebenfalls um 1 Prozent auf 2,1 Mrd. hfl zurückgegangen. Ohne Währungsschwankungen wäre der Gewinn um 15 Prozent gestiegen.

Ergebnisschmälernd wirkten sich auch erhebliche Marktinvestitionen in den USA aus, die besonders die US-Gesellschaft Lever Brothers im Bereich Waschmittel vornehm. In Nordamerika ging der Umsatz währungsbedingt um 10 Prozent auf 11,6 Mrd. hfl und der Gewinn um 45 Prozent auf 432 Mill. hfl zurück. Schließlich erforderte die Reorganisation der Gruppe wieder außerordentliche Aufwendungen. Nach 250 Mill. hfl im Jahr 1984 mußten 1985 nochmals 137 Mill. hfl aufgewendet werden.

Die insgesamt nicht mehr ganz so hohen außerordentlichen Aufwendungen im Jahr 1985 ermöglichen es immerhin, an die Aktionäre fünf Prozent mehr auszuschütten. Die Dividende für die niederländische Gruppe beträgt pro 20-hfl-Stammaktie 14,82 (14,11) hfl, für die britische Unilever pro 25-Pence-Aktie 38,62 (35,32) Pence. Gemessen am realen Geschäft sei 1985 für nahezu alle Unilever-Aktivitäten ein gutes Jahr gewesen, wird im Geschäftsbericht betont. Das gilt besonders für Europa, der nach wie vor wichtigsten Region.

Im Mittelpunkt der Unternehmenspolitik bleiben bei Unilever hohe Investitionen in die Kernbereiche, Stärkung der Marktpositionen durch Neuverwerbungen und Rückzug aus Nebenaktivitäten. Insgesamt investierte der Konzern 2,65 Mrd. hfl, davon 442 Mill. für den Zukauf von Unternehmen. Der Verkauf von Gesellschaften, die nicht mehr ins Konzept passen, brachte 844 Mill. hfl in die Kasse. Die liquide „Kriegskasse“ verdoppelte sich auf 2 Mrd. hfl. In diesem Jahr werden wieder Investitionen von 2,5 Mrd. hfl geplant.

JAPAN / Auto-Exporte stoßen an politische Grenzen

Neue Absatzmärkte gesucht

dpa/VWD, Hamburg. Die japanische Autoindustrie, die die Fertigung in den vergangenen 20 Jahren rapide steigerte, kommt auf einigen Märkten politisch unter Druck. Hochlohnländer mit eigener Autoproduktion sind besorgt, von den japanischen Anbietern auf lange Sicht an die Wand gedrückt zu werden. Hintergrund dieser Befürchtung ist der schnelle Zuwachs japanischer Autos auf dem Weltmarkt.

Als Ausweg sehen einige japanische Hersteller den Bau eigener Produktionsstätten in den USA. So produzieren Honda und Nissan bereits seit einigen Jahren dort. Mazda nimmt im nächsten Jahr die Produktion in der Nähe Detroit auf. Eine eigene Produktion der Japaner in Europa scheint sich derzeit dagegen nicht zu lohnen.

So geht der Mazda-Präsident Yamamoto davon aus, daß die Rentabilität eines Werkes in Europa bei einer jährlichen Produktionszahl von 240 000 Einheiten eines Modells liegen dürfte. Diese Zahl sei aber für einen japanischen Einzelanbeiter in Europa nicht absetzbar, da einige

Länder die Einfuhr japanischer Autos begrenzt haben. So dürfen nur zehn Prozent aller Neuzulassungen in Großbritannien auf Autos aus Fernost entfallen, in Frankreich nur drei bis vier Prozent, und Italien hat sich praktisch total abgeschottet.

Lediglich die Bundesrepublik, die Benelux-Staaten und Skandinavien geben den Japanern freie Hand. So setzen die Japaner auf dem deutschen Markt über 300 000 Einheiten im Jahr ab und ihr Marktanteil liegt bei 14 Prozent. Das Ausweichen in Drittländer ist für die Japaner mittelfristig auch keine Lösung, da den meisten Staaten Schwarz-Afrikas die entsprechende Kaufkraft fehlt. Das trifft auf einige Länder Lateinamerikas ebenfalls zu.

Für die Zukunft erhoffen sich die Japaner, ebenso wie die europäischen Produzenten, einiges von einer Öffnung Chinas und der damit verbundenen Massenmotorisierung. Die großen japanischen Hersteller unterhalten bereits Kontakbüros in Peking oder Shanghai. Zudem wollen die Japaner mit den Staatshandelsländern ins Autogeschäft kommen.

Prakla-Seismos: Das Ergebnis verbessert

dos, Hannover. Die bundeseigene Prakla-Seismos AG, Hannover, deren für Mitte dieses Jahres vorgesehene Teilverprivatisierung wegen der Turbulenzen auf den internationalen Erdölmärkten vorerst ausgesetzt worden ist, wird diesen Schritt vollziehen, sobald die Entwicklung wieder überschaubar geworden ist. Finanzvorstand Siegfried Ding erklärte auf Anfrage, die weitgehend abgeschlossenen Vorarbeiten zur Emission von 47 Prozent des Grundkapitals von dann 60 Mill. DM würden lediglich konserviert. Darüber sei Einigung mit dem Bankenkonsortium erzielt worden.

Die Gesellschaft, die sich weltweit mit der Suche von Rohstoffen beschäftigt, verzeichnete nach den Worten Dings 1985 eine günstige Geschäftsentwicklung. Der Umsatz sei um über 30 Prozent auf 407 (308) Mill. DM gestiegen. Auch ergebnismäßig (Jahresüberschuß 1984: 5,7 Mill. DM) habe sich eine deutliche Verbesserung ergeben. Gemeinsam mit dem Aktionär und den Banken sei der Vorstand aber zu der Auffassung gelangt, daß die privaten Zeichner zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Anspruch genommen werden sollten.

UNILEVER-KONZERN / Währungsschwankungen minderten das Ergebnis deutlich

Konzentration auf die Kernaktivitäten

JAN BRECH, Hamburg. Der britisch-niederländische Unilever-Konzern hat 1985 weitere Fortschritte bei der Konzentration und Umstrukturierung erreicht. Wie der Vorstand im Geschäftsbericht schreibt, arbeiteten die einzelnen Gesellschaften effizienter denn je und seien mit modernster Technologie ausgestattet. Dabei konzentrierte sich die Gruppe nur noch auf Produkte und Märkte, die sie kannte und auf denen sie ihre Sporen verdient habe.

Der Unilever-Konzern ist gegenwärtig in 75 Ländern der Welt vertreten und beschäftigt rund 300 000 Mitarbeiter. Die Aktivitäten erstrecken sich auf das Gebiet von Artikeln des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel und Getränke, Waschmittel und Körperpflegemittel. Daneben ist der Konzern im Bereich chemischer Spezialprodukte, im Agrarsektor sowie in der Verpackungsindustrie tätig. Die Tochtergesellschaft UAC International hält Interessen im tropischen Teil Afrikas und in den Ländern am arabischen Golf mit der Distribution von Spezialprodukten für Verbraucher und Industrie.

In dem Zahlenwerk für 1985 werden die vom Vorstand proklamierten Fortschritte auf den ersten Blick nicht sichtbar. Umsatz und Gewinn sind stark von den Wechselkursveränderungen beeinflusst. So weist Unilever einen nur unveränderten Umsatz von 66,8 Mrd. hfl und einen um 1,2 Prozent gesunkenen Betriebsergebnis von 3,8 Mrd. hfl aus. Der Gewinn aus dem normalen Geschäft ist ebenfalls um 1 Prozent auf 2,1 Mrd. hfl zurückgegangen. Ohne Währungsschwankungen wäre der Gewinn um 15 Prozent gestiegen.

Ergebnisschmälernd wirkten sich auch erhebliche Marktinvestitionen in den USA aus, die besonders die US-Gesellschaft Lever Brothers im Bereich Waschmittel vornehm. In Nordamerika ging der Umsatz währungsbedingt um 10 Prozent auf 11,6 Mrd. hfl und der Gewinn um 45 Prozent auf 432 Mill. hfl zurück. Schließlich erforderte die Reorganisation der Gruppe wieder außerordentliche Aufwendungen. Nach 250 Mill. hfl im Jahr 1984 mußten 1985 nochmals 137 Mill. hfl aufgewendet werden.

Die insgesamt nicht mehr ganz so hohen außerordentlichen Aufwendungen im Jahr 1985 ermöglichen es immerhin, an die Aktionäre fünf Prozent mehr auszuschütten. Die Dividende für die niederländische Gruppe beträgt pro 20-hfl-Stammaktie 14,82 (14,11) hfl, für die britische Unilever pro 25-Pence-Aktie 38,62 (35,32) Pence. Gemessen am realen Geschäft sei 1985 für nahezu alle Unilever-Aktivitäten ein gutes Jahr gewesen, wird im Geschäftsbericht betont. Das gilt besonders für Europa, der nach wie vor wichtigsten Region.

Im Mittelpunkt der Unternehmenspolitik bleiben bei Unilever hohe Investitionen in die Kernbereiche, Stärkung der Marktpositionen durch Neuverwerbungen und Rückzug aus Nebenaktivitäten. Insgesamt investierte der Konzern 2,65 Mrd. hfl, davon 442 Mill. für den Zukauf von Unternehmen. Der Verkauf von Gesellschaften, die nicht mehr ins Konzept passen, brachte 844 Mill. hfl in die Kasse. Die liquide „Kriegskasse“ verdoppelte sich auf 2 Mrd. hfl. In diesem Jahr werden wieder Investitionen von 2,5 Mrd. hfl geplant.

DM 858.600.-
GERINGERER
KAPITALDIENST BEI
2 MIO DM
INVESTITION?

Schleswig-Holstein macht
Unternehmern ein Angebot!

Unsere Modellrechnung zeigt Ihnen, daß mit der Standortwahl der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens entscheidend beeinflusst werden kann. An einem Standort mit öffentlicher Förderung benötigen Sie weniger Eigenkapital und können Ihren Reingewinn während der Finanzierungszeit um 50% erhöhen. Das ist der Schleswig-Holstein-Effekt!

Darum sollten Sie unser Angebot gelesen haben.

Fordern Sie es an.
Wir antworten sofort.



WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT
SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon:

- Bitte schicken Sie mir aus, kostenlos und unverbindlich:
- ☐ Informationszettel: Die spezifischen Ausprägungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Schleswig-Holstein können geschätzt werden.
 - ☐ Informationszettel: DM 858.600.-, geringster Kapitaldienst bei einer Investition von DM 2 Millionen im Zusammenhang mit Schleswig-Holstein. Und das bei geringem Eigenkapitaldienst!
 - ☐ Finanzierungsangebot: So finanzieren Sie mir monatlich DM 2,25 pro % eine 1.000.- DM-Rate in Schleswig-Holstein. Das heißt 1 % Eigenkapital!

- ☐ Finanzierungsangebot: DM 2 Millionen für den im- und Exporthandel
- ☐ Finanzierungsangebot: DM 5 Millionen für das vorantreibende Gewerbe
- ☐ Finanzierungsangebot: Das 10 Millionen für das vorantreibende Gewerbe
- ☐ Finanzierungsangebot: Für das Handwerk und den wirtschaftlichen Handel

Angebotenschein
Stempel
Name
PLZ/Ort
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Sophienblatt 60, 2300 Kiel 1, Tel.: (0431) 83091

So macht Schleswig-Holstein
Investitionen möglich.

TH. GOLDSCHMIDT

Das Aktienkapital wird heraufgesetzt

Das Chemieunternehmen Th. Goldschmidt AG, Essen, hat 1985 seinen Umsatz um 40 Prozent auf 1,02 Mrd. DM erhöht. In einer Mitteilung des Unternehmens wird dieser Sprung vor allem auf die Übernahme der restlichen Anteile an der Keramchemie GmbH, Siershahn, zurückgeführt. Ohne diesen Erwerb hätte die Zuwachsrate bei sieben Prozent gelegen.

Der Jahresüberschuss der AG, deren Umsatz um 6,5 Prozent auf 354 Mill. DM zunahm, erhöhte sich auf 15,3 (1984: 14,2) Mill. DM. Wie im Vorjahr sollen davon 5 Mill. DM der freien Rücklage zugeführt werden. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen der für den 20. Juni einberufenen Hauptversammlung vor, aus dem Bilanzgewinn von 10,3 (9,2) Mill. DM eine von 16 auf 18 Prozent angehobene Dividende zu zahlen.

Außerdem sollen die Anteilseigner einer Kapitalaufstockung um 7 Millionen auf 65 Mill. DM zustimmen. Bei einem Bezugsverhältnis von neu zu eins sind als Bezugspreis je 50-DM-Aktie 175 DM vorgesehen. Die neuen Aktien sollen für das Geschäftsjahr 1986 zur Hälfte gewinnrechtig sein. Hauptaktionär ist mit über 35 Prozent die Vermögensverwaltung Erben Dr. Karl Goldschmidt GmbH, Essen.

Der Exportanteil am AG-Umsatz des vergangenen Jahres war mit 43 Prozent kaum verändert. Die Investitionen blieben mit 13 Mill. DM deutlich unter denen von 1984 (19,2 Mill. DM), sollen jedoch in den nächsten Jahren wieder ansteigen. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 16 auf 1910 zu. Der Vorstand rechnet auch im laufenden Jahr mit einer „befriedigenden Geschäftsentwicklung“.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Nachl. d. Antonie Luise Hoyer, Köhlgenwälder; Reudburg: Klaus Lemcke, Kapitän; Quickborn: Krefeld: Texchem Verfahrenstechnik GmbH, Kempen; Neuss: Klein Baustoffhandel GmbH; Siegburg: KAMCO Kabelmontage GmbH; Trolsdorf-Spich: Weissenburg Werbaplast GmbH & Co. Kunststoffverarbeitung u. Formenbau KG, Treuchtlingen; Wessl: Heinrich Pannan, Kaufmann.

KKB BANK / Kundeneinlagen haben Sechs-Milliarden-Marke überschritten - Glänzendes Betriebsergebnis

Neue Tochter soll den Gewerbekredit forcieren

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach einer eigenen Lebensversicherung (siehe WELT vom 8. 4.) legt sich die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, jetzt auch eine separate Bank für den gewerblichen Investitionsgüterkredit (30 000 bis 1 Mill. DM) zu. Um vorhandene Marktchancen bei kleinen und mittleren Unternehmen auch organisatorisch besser nutzen zu können, will die KKB Bank diesen Bereich in den eigenen Geschäftsfeldern geführten Bereich in den nächsten Monaten verselbständigen. Das Kind hat auch schon einen Namen: Gewerbekreditbank AG.

Nach den Worten des Sprechers der persönlich haftenden Gesellschafter, Günter Schneider, wird der direkte und indirekte Vertrieb eigenständig und unabhängig vom Netz der 279 KKB-Zweigstellen (in 177 Städten) erfolgen. Bisher liegt das Gewerbe-Kreditvolumen bei 30 Mill. DM. Es sei rasch ausbaufähig, jedoch wolle man den gewerblichen und privaten Bereich strikt auseinanderhalten.

Anders als der Gewerbekredit fällt die KKB Lebensversicherung in die Geschäftsfeldphilosophie der auf den privaten Kunden zugeschnittenen „Fi-

nanzdienstleistungen aus einer Hand“, wenn auch nicht von ein und demselben Sachbearbeiter. Schon „in Kürze“ wird mit dem Aufbau einer eigenen mobilen Außendienstorganisation begonnen, die Lebensversicherungs- und Bankprodukte anbietet. Die mit zehn Köpfen zunächst nur kleine Crew soll Testergebnisse für den Ausbau bringen. Bisher habe man noch keine fremde Vertriebsorganisation gefunden, die „seriös und gut genug für uns ist“ (Schneider).

Die verbesserte Vermögenslage der privaten Haushalte hat auch auf das Spar- und Kreditgeschäft der KKB Bank abgefragt. Auf der Einlageseite wurden neue Formen der Geldanlage (Vorsorgeplan mit Versicherungsschutz, KKB-Parmiansparen und Sparbuch mit Extrasätzen mit gestaffelten Zinssätzen nach Einlagen-Größenklassen) eingeführt. Mit dieser Preisstaffelung im Einlagen- und Kreditbereich will Schneider das KKB-Prinzip leistungs- und kosten-gerechter Preise verdeutlichen.

Und der Kunde akzeptiert das. Immerhin wuchs das Kreditvolumen der KKB Bank seit 1980 im jährlichen Durchschnitt um elf Prozent, bei den Banken- und Sparkassen-Wettbewer-

bern um 5,5 Prozent. Und die Zahl der Gehalts-, Spar- und Kreditkonten hat sich in den letzten neun Jahren auf rund zwei Mill. verdoppelt. Das gilt auch für die Kundenzahl.

Die Refinanzierungsquote aus Kundeneinlagen ist durch den kräftigen Einlagenzuwachs (zu Lasten der Bankgelder) weiter gestiegen und erreichte Ende 1985 99 (94) Prozent. Die Kundenforderungen verzeichneten das bisher höchste absolute Wachstum (535 Mill. DM). Dies ist nicht zuletzt auf den unbürokratischen Scheck-Kredit zurückzuführen. Er macht schon fast 30 Prozent des gesamten Kreditgeschäfts der Bank aus.

Auch für den Fiskus (94 nach 61 Mill. DM) und die KKB-Aktionäre, davon 95 Prozent Citibank, war 1985 ein erfolgreiches Jahr. Bei verlangsamtem Wachstum der Verwaltungsaufwendungen stieg das Betriebsergebnis um 20,5 (10,5) Prozent auf 229 Mill. DM. Realisierte Kursgewinne aus Wertpapiergeschäften von 32 Mill. DM beeinflussten die von 106 auf 86 Mill. DM gesunkene Position Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kreditrisiken. Sie betragen zwei Prozent des Forderungsbestands.

Aus dem Jahresüberschuss fließen 39 (24) Mill. DM den Rücklagen zu, 19 (16) Mill. DM erhalten die Aktionäre als eine auf 12 (10) DM je 50-DM-Aktie aufgestockte Dividende plus 6,75 (5,82) DM Steuergutschrift. Das Ergebnis je Aktie beträgt 38,59 (25,76) DM.

Im 1. Quartal 1986 überschritten die Kundeneinlagen mit einem Zuwachs von 0,5 Mrd. DM auf 6,3 Mrd. DM erstmals die 6-Mrd.-DM-Marke. Das Kreditvolumen erhöhte sich auf fast 6 (5,9) Mrd. DM. Die Hauptversammlung findet am 28. 5. statt.

KKB Bank	1985	%
Geldk. v. Banken (Mill. DM)	729	-21,5
Geldk. v. Kunden d. v. Sparkassen	5814	+15,7
Sparkasse	2917	+10,0
Sparkasse	2514	+26,8
Ford. an Banken	397	-8,2
Ford. an Kunden	5892	+10,4
Bilanzsumme	7338	+8,2
Zinsüberschuss	526	+4,7
in % d. Bil.-Summe	7,2	(7,6)
Provisionsüberschuss	108	+49,3
Eigenkapital	397	+11,8
in % d. Bil.-Summe	5,4	(5,3)
in % d. Verbindl.	6,9	(6,9)
Liquide Mittel	931	+10,7
in % d. Verbindl.	14,1	(14,8)
Jahresüberschuss	229	+20,5
Abschreibung	15,6	+19,5

NAMEN

Frans Schneider (63), persönlich haftender Gesellschafter der KKB Bank KGaA, Düsseldorf, wechselt am 28. Mai 1986 in den Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Dr. Werner B. Fischer (71) ausscheidet. Für Schneider und den aus Citibank-Diensten ausgeschiedenen persönlich haftenden Gesellschafter Adolph J. Zubick treten der bisherige Generalvollmachtigte Ronald S. Geesey und der geschäftsführende Direktor Dr. Peter Lütke-Bornfeld in den Kreis der Gesellschafter ein.

Peter Strang (39), Geschäftsführer der Direktor von EMAP National Publications LTD, wurde mit Wirkung vom 1. Mai zum geschäftsführenden Direktor von Gruner + Jahr Großbritannien ernannt.

Brooks Beveroux wurde zum Vice President für Finanzangelegenheiten und Hauptfinanzdirektor der Biogen-Firmengruppe gewählt.

Konzentration in der Fleischindustrie

hdt. München

Vor allem mit dem sinkenden Preisniveau erklärt die Bauerngut Fleisch- und Wurstwaren GmbH, München, ihren 1985 mit 0,8 Prozent geringen Umsatzrückgang auf 173,2 Mill. DM. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg ist man jedoch durchaus zufrieden. Das zur Edeka-Gruppe gehörende Unternehmen beschäftigte zur Jahreswende 338 Mitarbeiter. Es verarbeitet im Werk München rund 300 000 Schweinehälften und 47 500 Rinderviertel, aus denen 13 000 Tonnen Fleisch und 4300 Tonnen Brüh-, Koch- und Rohwurst produziert wurden.

Der Betrieb in Bockum-Hövel steuerte weitere 5100 Tonnen Münsterländer Schinkensorten zur Gesamtproduktion bei. Zu der Abnehmergruppe gehört nicht nur die Edeka-Organisation, rund 30 Mill. DM betrug der Umsatz mit anderen Handelsunternehmen. Derzeit beginnen die ersten Lieferungen nach Großbritannien.

Auch vor dem Hintergrund der Konzentrationswelle in der Fleischwarenindustrie wird die zukünftige Entwicklung optimistisch beurteilt und für 1986 eine Umsatzsteigerung auf 186 Mill. DM angestrebt. Die vorgesehenen Investitionen von rund 3,5 Mill. DM liegen erheblich über den 2,4 Mill. DM von 1985, denen Abschreibungen von 1,8 Mill. DM gegenüberstehen.

SCHWING-STETTER / Trotz der schwierigen Marktlage noch Gewinne erzielt

Entlassungen nicht ausgeschlossen

DANKWARD SETZ, München

„Es gilt fast uneingeschränkt: Für uns und unsere Branche ist die wirtschaftliche Situation schlecht.“ Realistisch, aber dennoch keineswegs entmutigt beurteilt so Gerhard Schwing, Geschäftsführer der Schwing-Stetter-Gruppe, im Bereich Betonpumpen der größte Hersteller der Welt, die Lage dieser Baumaschinen-Sparte. Und mit etwas neidischem Unterton blickt er dabei auf die Produzenten von Straßen- und Tiefbaumaschinen, die zunehmend von der Trendwende am Bau profitieren. Ganz im Gegensatz dazu vertritt seiner Ansicht nach die auf Baustellanlagen und den Hochbau spezialisierten Maschinenbauer kaum Wachstumsraten verzeichnen können.

Diese Sparte könnte, so scheint es, schon zufrieden sein, wenn sie das niedrige Niveau des Vorjahres wieder erreicht. „Drastische“ Einbrüche mussten da vor allem seit 1983 die Betonpumpen-Hersteller hinnehmen. Der schlechte Inlandsmarkt und der fast totale Ausfall des Nah- und Mittelostgeschäfts ließ die Absatzzahlen bis Ende 1985 von gut 180 000 Stück

SPATENBRÄU / Joint-venture-Projekt mit China

Das Lizenzgeschäft floriert

St. München

Die Gabriel Sedlmayer Spaten-Bräuerei München, hat das Auslands-Lizenzgeschäft entdeckt. Und schon in der Anfangsphase entwickelt sie recht beachtliche Aktivitäten. Das größte Projekt ist ein Joint Venture mit der Volksrepublik China, wo in Wuhan derzeit eine Brauerei gebaut wird. Die erste Ausbaustufe soll eine Jahreskapazität von 0,5 Mill. hl haben und wird Investitionen von rund 100 Mill. DM erfordern, davon über 50 Mill. DM für Maschinen. Am Kapital der Venture-Gesellschaft von 23 Mill. DM ist Spaten mit knapp fünf Prozent beteiligt.

Angelauten ist kürzlich die Produktion von Spatenbräu in Ungarn. Die zweitgrößte Brauerei des Landes in Niskolc wird nach Angaben von Dieter Soltmann, einem der vier persönlich haftenden Gesellschafter, zu nächst pro Jahr etwa 50 000 hl herstellen.

Obne die Politik des „kontrollierten, qualitativen Wachstums“ zu vernachlässigen, so Soltmann, ist es Spaten im Sudjahr 1984/85 (30. 9.) gelungen, deutlich besser als die Branche abzuschneiden. Um 7,5 Prozent auf 1,33 Mill. hl stieg der gesamte Getränkeumsatz im Konzern. Auf Bier

entfielen davon 0,93 Mill. hl (plus 5,9 Prozent); ins Ausland wurden etwa 160 000 hl (plus 13 Prozent) verkauft. Um gar 11,3 Prozent auf 0,4 Mill. hl nahm der Absatz an alkoholfreien Getränken zu.

Auch auf der Ertragsseite konnte Spaten, so Soltmann, „die Spur des Erfolges halten“. Vor allem aufgrund des höheren Spezialbier-Absatzes und des Gastronomie-Geschäfts (40 Prozent des Inlandsumsatzes) stieg der Konzernumsatz um 10,3 Prozent auf 207,7 Mill. DM und in der KGaA um 9,1 Prozent auf 185,3 Mill. DM. Der Cash-flow verbesserte sich um 3 Prozent auf 21,6 Mill. DM. Investiert wurden 24,8 (21,5) Mill. DM bei Abschreibungen von 16,7 (20,2) Mill. DM.

Aus dem Jahresüberschuss von 1,13 (1,07) Mill. DM wurden wieder 0,4 Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Auf das Grundkapital von 3,85 Mill. DM schüttet Spaten diesmal neben einer unveränderten Dividende von 20 Prozent noch einen Bonus in Höhe von zwei Prozent aus. Das gesamte Nettokapital beträgt 7,25 Mill. DM.

Zuversichtlich beurteilt Soltmann auch das Jahr 1986/88. Trotz einer Bierpreiserhöhung um durchschnittlich sechs bis sieben Prozent habe sich der positive Trend im Absatz und Umsatz weiter fortgesetzt.

ELF MINERALÖL / Erfolge mit neuer Struktur

Verluste stark abgebaut

Bm. Essen

Die Elf Mineralöl GmbH, Düsseldorf, Tochter der französischen Gruppe Elf Aquitaine, hat ihre Verluste im Geschäftsjahr 1985 erheblich abgebaut. Das ist die Folge der vor Jahren eingeleiteten strukturellen Anpassungsmaßnahmen. Nach einem Fehlbetrag von 104,2 Mill. DM im 1984 weist die Bilanz für 1985 nur noch einen Jahresverlust von 38,6 Mill. DM aus. Diese Verbesserung des Ergebnisses konnte bei nahezu gleichbleibendem Konzernumsatz und bei kaum geringeren Absatzzahlen erzielt werden. Der Umsatz erreichte 1985 3,05 (3,0) Mrd. DM. Im Berichtsjahr wurden 2,94 (3,2) Mill. Tonnen Mineralölprodukte abgesetzt.

Der Bilanzverlust setzt sich im wesentlichen aus der Schließung der Erdölraffinerie Speyer und der Saarlandraffinerie, aus Aufwendungen für die Umstrukturierung und aus Bestandsabwertungen nach Kursverfall des Dollar zusammen. Das ohne diese Belastungen erzielte wirtschaftliche Ergebnis wird von der Geschäftsführung als „nahezu ausgeglichen“ bezeichnet. Zur Finanzierung der außerordentlichen Aufwendungen stellte die Mutter ein Darlehen von 80 Mill. DM zur Verfügung.

Nach Rückgang aus der Vermögensseite weisen alle Unternehmensbereiche positive oder doch ausgeglichene Ergebnisse aus. Nur das Tankstellengeschäft, das unter räumlichen Wettbewerbs zu leiden hatte, konnte kein ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Die Bitumen-Raffinerie Brunsbüttel, die als einziger Verarbeitungsbetrieb weitergeführt wird, erzielte zufriedenstellende Erträge. Künftige Aufgabe ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

CLAAS GUSS / Anzahl der Gießereien nimmt weiter ab

Chancen in Marktnischen

hdt. Bielefeld

Von den rund 1100 Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, die es noch vor zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik gab, waren zum Jahreswechsel nur noch 472 tätig. Etwa ein knappes Drittel von ihnen, vor allem kleinere Betriebe, dürften nach Schätzungen der Branche in absehbarer Zukunft ebenfalls aufgeben, da sie nicht über die erforderliche Kapitalbasis verfügen, um alle Investitionen zu tätigen, die die neue Technologie in der Gießereiindustrie mit sich bringt.

Erstmalig läßt diese Verordnung auch kein Aussetzen der Auflagen aus wirtschaftlichen Gründen mehr zu, dabei schreiben etwa 45 Prozent aller Gießereien rote Zahlen. Insgesamt dürfte die TA Luft die Herstellungskosten um rund 8 Prozent erhöhen, was ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Anbietern vermindert, die insgesamt über einen Anteil von 10 bis 15 Prozent auf dem Inlandsmarkt verfügen.

Vor diesem Hintergrund hat die Claas Guss GmbH & Co. KG, Bielefeld, in den letzten Jahren eine durchaus positive Entwicklung genommen. Die Umsatzsteigerung des Unternehmens lag in den letzten drei Jahren bei durchschnittlich 12 Prozent, sie betrug im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) 13,1 Prozent, womit sich der Umsatz auf 72,8 (64,3) Mill. DM erhöhte.

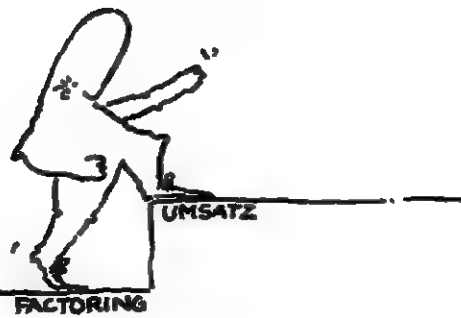
Dieser Zuwachs liegt genauso über Branchendurchschnitt wie der Produktionszuwachs von 9,2 Prozent auf 22 200 Tonnen, da die Branche 1985 mengenmäßig nur ein Wachstum von 3,3 Prozent vermelden.

Claas Guss mit seinen drei etwa gleich großen Betrieben in Bielefeld, Gütersloh und Söulgen sieht seine Chancen vor allem in Marktnischen. Hier bieten sich mit rund 9000 „Lebenden“ Gussmodellen Problemstellungen an, kleinere Serien mit hohem Schwierigkeitsgrad eingeschlossen. Bei etwa 15 Prozent Exportanteil sind Zuwächse in den Bereichen Pumpen, Verdichter, Antriebstechnik, Öldruck und Pneumatik zu verzeichnen, zurück ging die Nachfrage an Guss für Armaturen, Textil- und Landmaschinen, obwohl die Claas-Landmaschinen-Gruppe, Harzewinkel, die eine Minderheitsbeteiligung hält, rund 30 Prozent zum Umsatz beitrug. Mehrheitsgesellschafter sind die drei persönlichen Inhaber der Firma Claas. Die Umsatzerlöse vor Steuern betrug 2,7 (2,6) Prozent.

Bei Abschreibungen von 2,9 Mill. DM erfolgten Investitionen in etwa gleicher Höhe. Für das laufende Jahr sind 7 Mill. DM vorgesehen. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich im Berichtsjahr auf 623 (598). Die Umsatzsteigerung für das laufende Jahr sieht ein Plus von etwa 8 Prozent vor.

Hauptprodukt von Schwing sind Auto-Betonpumpen, mit einem Umsatz von ungefähr 155 Mill. DM. Der Rest entfällt auf stationäre Betonpumpen, Dickstoffpumpen und Hydraulikbagger. Bei Stetter dürfen gut 60 Prozent des Umsatzes mit Auto-Betonmischern und etwa 40 Prozent mit stationären Mischanlagen erzielt werden. Als „noch nicht Umsatz-relevant“ bezeichnet Schwing die jüngsten Diversifikationsprodukte Bugstrahlruder für Hochseeschiffe und eine Zielbohranlage, die im Untertagebau eingesetzt wird. Beides seien aber durchaus ebenso vielversprechende Entwicklungen für die Zukunft wie Pumpen für die Chemieindustrie, ein Trockenbeton-Fahrmischer oder Hydraulik- und Elektrosteuern.

VORSPRUNG

DG DISKONTBANK-FACTORING
Ein Konzept fördert Umsatz.

Ihre Forderungen werden durch Factoring zu Bankguthaben. Um Forderungsverluste brauchen Sie sich keine Sorgen mehr zu machen. Denn wir, die DG DISKONTBANK, übernehmen das Ausfallrisiko und schaffen Ihnen durch sofortigen Gutschnitt den finanziellen Vorsprung, der Sie flexibel und unabhängig macht. Mit Factoring verfügen Sie immer über die finan-

ziellen Mittel, die Ihrem Umsatz entsprechen.

Sicherheit, eines der Grundlagen Ihrer geschäftlichen Entwicklung, wird selbstverständlich durch Factoring. Dabei übernehmen wir das Mahn- und Inkassowesen sowie die Bonitätsprüfung Ihrer Kunden.

Vergrößern Sie also Ihren finanziellen Spielraum. Mit uns. Durch Factoring.

DG DISKONTBANK AG,
Wiesenhüttenstraße 10,
6000 Frankfurt am Main 1,
Tel. (0 69) 74 47 04, Telex 4 170 681,
Btx *597001527#

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Rechnen Sie mit uns.

DG DISKONTBANK
Abhängigkeitsfrei. Spezialdienst der DG BANK-Gruppe

Handwritten text: "Handwritten text: 12528"

TOYOTA

Wassermann entdeckt die „Zuschauerdemokratie“

Das Etikett bleibt haften

Eigentlich ist es eine Einsenheit, die das Ideal der Demokratie, die Identität von Regierenden und Regierten, in der praktischen Staatsgestaltung nie realisiert werden kann. Trotzdem wird immer wieder der untaugliche Versuch unternommen, parlamentarische Demokratien daran zu messen. Das negative Ergebnis solcher Untersuchungen steht damit von vornherein fest.

Auch wenn sich der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann mit seinem Plädoyer für eine Erneuerung der Parteiendemokratie nicht in die große Schar jener Beckmesser der demokratischen Staaten einreihen will, so liefert er ihnen doch mit seiner einprägsamen Formel von der Zuschauerdemokratie das Stichwort. Gewollt

oder ungewollt wird den Bürgern damit suggeriert, daß sie am politischen Leben praktisch nur wie die Zuschauer in einem Fußballstadion am Geschehen auf dem grünen Rasen teilnehmen können.

Buch des Tages

Gewiß, der einstige „Vordenker“ der nur zum Teil gegliederten Rechtsformen der sozial-liberalen Koalition spricht sich sehr entschieden dafür aus, die „Zuschauerdemokratie“ durch eine „Teilnehmerdemokratie“ zu ersetzen. Das Etikett, das der ebenso scharfsinnige wie geistvolle Jurist mit seinem sehr negativ beladenen neuen Schlagwort der Bundesrepublik Deutschland angeklebt hat, wird haften bleiben. Eben das ist ganz und gar nicht im Sinne Wassermanns, der schon einmal die sehr schmerzliche Erfahrung machen mußte, daß ein Wort von ihm absichtlich mißverstanden wurde. Sein Eintreten für den „politischen Richter“ wurde von dem „progressiven“ Teil der Richterschaft dazu benutzt, die Rechtssprechung der Gerichte zur Systemveränderung zu mißbrauchen.

Wassermann beklagt zwar, daß in den 70er Jahren „die Entwicklung des Rechts mit den stürmischen Veränderungen, die sich in der Gesellschaft vollzogen hatten, nicht Schritt gehalten hatte“. Er weist aber zugleich darauf hin, daß das Recht auch die Aufgabe hat, als stehende Ordnung jenes Maß an Normativität und Stabilität zu garantieren, das für die Handlungsfähigkeit des Menschen und den Bestand einer Gesellschaft unerlässlich ist.

Wassermann geht mit allen hart ins Gericht, die unter Berufung auf die Demokratie die Bindung an das Recht zumindest partiell in Frage stellen. Und er stellt die mehr als berechtigte Frage, ob das Recht nur noch für die Dummen da ist, wenn der Bürger auswählt, wo er dem Recht gehorchen und wo er ihm nicht gehorchen will.

Die „glückliche Verbindung“, die Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik eingegangen sind, kann allerdings nicht nur an einem solchen „selektiven Rechtsgehorsam“ zerbrechen. Sie ist auch durch eine allzu große Verrechtlichung der Politik gefährdet. Immer häufiger werden unpopuläre Entscheidungen den Gerichten zugeschoben.

So scharf Rudolf Wassermann das Bundesverfassungsgericht tadelt, daß es „im Überschwang verfassungspolitischen Hochgefühls“ mitunter in aktuelle politische Auseinandersetzungen eingegriffen hat, seine schonungslose Kritik an allen Fehlern und Mängeln der parlamentarischen Parteiendemokratie ist im Grunde genommen eine geheime Liebeserklärung an die Bundesrepublik Deutschland, die er vor allem durch die allzu große Verstaatlichung der Parteien und des Politikerberufs bedroht sieht.

Wassermanns Rezepte sind allerdings weder neu noch überzeugend. Abgesehen davon, daß Plebiszite auf Bundesebene zu einem Freund/Feind-Denkmal in der Politik führen würden, kann durch sie auch, wie das Beispiel Schweiz zeigt, keine größere Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen erreicht werden. Und so geht gemein der Vorschlag auch sein mag, den Einfluß der Parteien im Staat zurückzudrängen: Nur wenn diese selbst zu größerer „Enthaltsamkeit“ wie beispielsweise bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst bereit sind, wird die Gefahr der Parteipolitik zu bannen sein.

HENNING FRANK
Rudolf Wassermann, „Die Zuschauerdemokratie“, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1986, 240 Seiten, 36 Mark.



Die Matchless-Sisters, Vertreterinnen des schillerigen „englischen Genies“ im „Folies Bergères“, wie Henri Gabriel Ibels sie für die „Assiette au Beurre“ zeichnete

„Bilderwelten“ in Dortmund: Satirische Illustrationen der Jahrhundertwende

Wer nimmt Rücksicht auf Victoria?

In Dortmund kann man den „Gotha“ des „Rire“ besichtigen. Charles Léandre begann diese satirische Ahnengalerie der Dreyfus-Anhänger und Dreyfus-Gegner 1897, dem Jahr vor der Revision. Da erschien als Nr. 1 natürlich Emile Zola. Als Nr. 7 zierte Edouard Drumont, der Menschenfresser, der gerade glücklich einen Juden auf die Gabel gespießt hat, die Titelseite des „Rire“. Diese und noch eine ganze Reihe anderer Köpfe sind im Museum für Kunst und Kulturgeschichte zu sehen.

Auf die Nr. 9 des „Gotha“ hat man allerdings verzichtet, obwohl es neben Drumonts Kopf sicherlich die bekannteste und deshalb vielfach variierte Karikatur dieser Serie ist. Sie zeigt nämlich Rothschild mit der Krone vom Goldenen Kalb als einen Greis, der die Welt in den Klauen hält. Daß dieses Bild nicht in der umfangreichen Sammlung Ulrich von Krittler, die mit dem zweiten Teil der Ausstellung „Bilderwelten“ nun „Satirische Illustrationen im Frankreich der Jahrhundertwende“ zeigt, vorhanden sein sollte, ist kaum anzunehmen. Außerdem hätte man es dann – wie einige andere Beispiele – auch

woanders ausleihen können. Es wird wohl wieder einmal jenes Gedankens Blässe gewesen sein, die diesen Verzicht angeleitet hat.

Aber solche hamletische Rücksicht paßt sehr gut zum Thema. Denn diese Ausstellung macht einmal mehr auf das Elend der Karikatur aufmerksam, die sich gern progressiv und unerschrocken gibt, tatsächlich sich aber am Markt der vorherrschenden Meinungen orientiert. Das klingt allerdings nur im Katalog zaghaft an, in der Ausstellung selbst wird es nicht exemplifiziert.

Die Auswahl beschränkt sich auf Beispiele aus den drei führenden satirischen Zeitschriften Frankreichs am Ende des 19. Jahrhunderts. Das sind der „Gil Blas illustré“, „Le Rire“ und „L'Assiette au Beurre“. Ihr Repertoire ruht auf drei Säulen, dem Spott über den Klerikalismus, die Militär- und die Justiz. Mag es aus heutiger Sicht oft recht wagemutig scheinen, wie rigoros die Karikaturisten mit dem Papst und der katholischen Kirche (z. B. Galantara und Giris), mit den Richtern und der Polizei (Jossot und Ostoya), den Kapitalisten oder den karrieresüchtigen Beamten (Hermann-Paul und Forain) umgingen, so

darf man doch nicht übersehen, daß sie fast nie den Schritt vom Allgemeinen zum Konkreten wagen. Die Affäre Dreyfus ist da die eine Ausnahme, und die andere sind außenpolitische Ereignisse. Bei Angriffen auf z. B. Königin Victoria oder Kaiser Wilhelm kennt man solche Zurückhaltung nicht.

Es gab eben auch im Frankreich der „Belle Epoque“ jene „progressiven Linken“ aus gutbürgerlichem Hause, die einen ausreichenden Markt für diese Mischung aus politischer Aufwühlerei und einer gehörigen Portion Frivolität, die ein wesentliches Ingrediens dieser Zeitschriften war, bildeten („konkrete“ und „abstrakte“ Journalen hatten also längst ihre Vorgänger). Und es läßt sich heute kaum noch feststellen, weshalb die satirischen Blätter gekaufte wurden. Daß aber z. B. „L'Assiette au Beurre“ viele Nummern – vor allem die Ausgaben, in denen ein Künstler ein Thema behandelte – oft mehrmals nachdrucken ließ, spricht eher für den Connaissance als den Revolutionär. Die Ästhetik siegte allemal über die Botschaft. (Bis 8. Mai; Katalog 49 Mark, im Buchhandel 74 Mark) PETER DITTMAR

Casanova erinnert sich: Neues auf Wiener Bühnen

Erst einmal ankommen

Wollte man sich einmal das Vergnügen machen, die Wiener Theaterszene als Angesaut zu sehen, heiter oder ernst, tiefgründig oder leicht dahin, mit Nase, Augen, Mund als den großen Bühnen (Burghtheater etc.), so dürfte man die vielen lustigen Sommersprossen nicht vergessen, die von den weit über die Gesichtshaut verstreuten Kleinhäutchen herrühren. Sie sind es, die das Bild beleben, hier finden junge Leute ihre Verwirklichung, und diese Theaterszenen sind fast die einzigen, die Uraufführungen bringen. Hier ist man nicht arriert, hier muß man erst ankommen. Nicht immer ist furchtbar wichtig, was da geschieht, aber oft auch findet sich ein neues Talent wie etwa letztes Jahr der Autor Heinz Rudolf Unger.

Ohne das „K & K Theater“ (Kabarett und Komödie) am Naschmarkt wäre man in Wien wohl um das Gesichtspunkt des unverwundlichen Johannes Heesters mit Louise Martini gebracht worden. Keine der größeren Bühnen hätte sich der kleinen, erstmals in Deutsch gegebene Kaskadentänze angenommen, die nun bald durch die Bundesrepublik tingeln wird. Weltumstürzendes tut sich ja nicht in „Casanova auf Schloss Dux“ des Praeger Amors Karl Gassauer, aber eben doch ein leicht dramatisches belesenes, letztes Erlebnis des berühmten Frauenhelden, dessen Memoiren einst unseren Großeltern verrückte Freuden gebracht haben.

Hier vollzieht sich mit dem schon abgetakelten, aber eigener Meinung nach immer noch seelischsten Abenteuer, der die letzten Lebensjahre als Bibliothekar auf einem Grafenschloß verbringt, eine erotisch verklärte Be-

gegnung mit einer prägnanten Haushälterin. Er schreibt gewissermaßen seine letzte Szene, noch ehe er sie im Buch niederlegen kann. Der Regisseur, Rudolf Steinböck, hat leichtes Spiel mit dem beiden Darstellern, die sich in dem vergnüglichen, von Melancholie überwehten Stück glänzend aus der Affäre ziehen.

Ebenfalls zum ersten Mal in deutscher Sprache wird das Stück „Irisches Porzellan“ gegeben. In technisch gekonnter Kleinkunst entrollt die irische Autorin Christina Reid die heimatischen Verhältnisse in dem teilweise heiteren, im Grunde aber schmerzhaften Stück, das jetzt im Studio des Volkstheaters zu sehen ist. In witzigen Bildern werden innerhalb zwei Stunden rund 40 Jahre einer protestantischen Arbeiterfamilie reflektiert und zugleich der unheimliche Zwiespalt der Konfessionen angeleuchtet. Daß die Hauptdarstellerin, Renate Olavova, das irische Porzellan – kostbares Erbschaft – zuletzt zerbricht, zerschlägt, nein, vom Symbol her genommen, davon eine Tasse bewußt fallen läßt, was den Wert des Services stark mindert, ist gewiß nicht überraschend, weist aber doch über das pure Milieu hinaus.

Unter der Regie von Marie-Luise Stein wird mit schillerndsten Umständen gearbeitet. Dennoch läßt sie zwei Leichen auf der Bühne stehen, als ginge es um ein echtes großes Drama. Statt dessen ist es nur ein Witzspiel, aber nicht unympathisch, und es lebt, wie gesagt, die Wiener Theaterszene. ERICK G. WICKENBURG

Kabarett & Komödie bis 10. Mai in Frankfurt (12.6.-13.7.), Düsseldorf (8.9.-2.10.), Hamburg (30.10.-30.11.), Volkstheater bis 16. Mai

KULTURNOTIZEN

Der Hildesheimer Dom und die evangelische Pfarrkirche St. Michael wurden in die Unesco-Liste des „Kultur- und Naturerbes der Welt“ aufgenommen.

Luigi Pirandello ist die Quartalschrift des von Giorgio Strehler geleiteten „Théâtre de l'Europe“ in Paris gewidmet.

„Frauen in Deutschland“ ist der Titel eines Bildzyklus von Salomé, der bis zum 18. Mai in der Berliner Galerie Raab gezeigt wird.

„Grafik des Expressionismus“, eine Ausstellung, die deutsche Kunst

des 20. Jahrhunderts im Ausland vorstellte, hat im Stuttgarter Forum für Kulturaustausch Premiere (bis 6. Juli)

Mittelalter-Archäologie am Beispiel der Burg Elstgenheim und Funden vom Deutschhof Heilbronn sind vom 25. April bis 22. Juni im Museum Heilbronn zu sehen.

Picassos kubistische Werke zeigt die Götter Galerie Jan Krüger bis zum 18. Juni.

Der Gitarrist Antonio Lamo aus Venezuela ist Alter von 69 Jahren gestorben.

Das erste „Godesberger Mediengespräch“. Jetzt Sorgen um einen EG-Streit

In Rheinland-Pfalz bald Privat-Radio

Vom 30. April an sendet im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen ein Radioprogramm privater Anbieter. Bis zum Sommer sollen drei weitere UKW-Frequenzen in diesem Bundesland privat genutzt werden. Vom mühsamen Weg bis zu diesem Anfang war gestern auf dem ersten „Godesberger Mediengespräch“ zu hören. Ursprünglich gab es 215 Bewerber, was dazu führte, daß nur in sich plurale, ausgewogene Veranstalter-Gemeinschaften in die nähere Auswahl kamen. Sie mußten sich dann auf einen Gesamtprogramm-Rahmen einigen, wie der Staatskanzlei-Staatssekretär Hans-Eberhard Schleyer berichtete. Denn nur vier Frequenzen (von 100 bis 104 MHz) stehen zur Verfügung. Bis zum Sommer nächsten Jahres sollen diese vier Programme in allen Ballungsgebieten des Landes zu empfangen sein.

Eine der Schwierigkeiten, mit denen die neuen Sender zu kämpfen haben, liegt darin (so der Geschäftsführer der „Mainzer Allgemeinen Zeit-

ung“, Eckard Kentsch), daß die Nachfrage nach Werbezeiten im Radio geringer ist als das Angebot. Dies liegt nicht nur am Südwestfunk, sondern auch an ausländischen Veranstaltern (wie z. B. Radio Luxemburg), die nach Rheinland-Pfalz hineinstrahlen. Schleyer hielt es für möglich, zumindest die Werbezeiten der öffentlich-rechtlichen Anstalten gesetzlich einzuzengen. Kentsch bedauerte, daß die Entwicklung auf dem Gebiet des privaten Hörfunks und Fernsehens bisher vor allem juristische Arbeitsplätze geschaffen habe. Er lehnte es ab, daß den Kirchen auf den privaten Kanälen Sendezeit zugestanden werden soll, die die Programm-Veranstalter zu bezahlen hätten.

Einen anderen Weg als Rheinland-Pfalz geht Bayern, wo in den letzten zwei Jahren Dutzende von regional begrenzten Sendern mit geringer Reichweite aus dem Boden sprossen (sogenannte low power stations), die zum Teil nur eine potentielle Kund-

schaft von 30 000 Hörern haben. Mit den dadurch möglichen Werbeeinnahmen, so berichtete Barbara Dickmann vom Ufa-Radio, sei kein professionelles Programm von 24 Stunden am Tag zu machen – man müsse schon dauernd auf Sendung sein, um eine Chance zu haben.

Kanzleramts-Staatssekretär Schreyer sprach davon, daß die privaten Veranstalter ein „Recht auf einen gesetzlichen Rahmen“ hätten. Allerdings verhält sich die Bundesregierung in der EG anders als die CDU/CSU in den Bundesländern. Denn die EG-Kommission will die Obergrenze des Werbe-Anteils bei 15 Prozent des Gesamtprogramms ziehen, während die neuen Landesmedien-Gesetze 20 Prozent erlauben. Überhaupt bedrückt einige Diskussionsbeiträge die Vorstellung, daß im Rahmen der EG neue Vorschriften beschlossen werden und dadurch weitere end- und fruchtlose Auseinandersetzungen möglich werden könnten. DETLEV AHLERS

KRITIK

Zweimal SED: Was vorenthalten wurde

Am Anfang stand die Frage des Interviewers Günter Gaus, wieso der SED-Spitzenideologe und Honecker-Berater Professor Otto Reinhold sich überhaupt auf ein Interview im westlichen Fernsehen einließ. Das selbstsichere Lächeln zur gewundenen Antwort – daß der Dialog nützlich sei usw. – sagte den wahren Grund: weil der Vertreter der Diktatur kaum peinliche Fragen zu erwarten hatte.

So war es denn auch, Gaus lobte im Gespräch der Reihe Deutsche (ARD) die bemerkenswerten Aufbauleistungen des SED-Staates und wagte nur zarteste Umgehungsfragen: wie Reinhold persönliche Freiheit definierte, ob sich die Gefahr einer „neuen Elite, neuen Klasse“ anbahne, ob Reinhold sich „Freizügigkeit in ganz Europa vorstellen“ könne. Natürlich konnte Reinhold sich das vorstellen – wenn „bedeutende Veränderungen“ eingetreten sind, die „Konfrontation abgebaut“ ist. „Neue Klasse“? Nein, fast alle Offiziere und Professoren sind Arbeiterkinder, man bemüht sich, sechzig Prozent Arbeiterkinder an den Universitäten zu haben.

Daß es jetzt schon eine neue Klasse gibt, die in Villen lebt, große Autos fährt und Luxusgüter beziehen darf, und daß ein Vertreter dieser Klasse ihm gegenübersteht, muß Gaus aber nach so vielen Jahren in Ost-Berlin

doch wissen! Fragen wie: Warum die Mauer? Warum der Schießbefehl, warum die politischen Gefangenen, warum lassen Sie die Menschen nicht frei reden, nicht frei wählen, nicht frei reisen; wir dürfen doch auch reisen, „Konfrontation“ – keine dieser Fragen wurde klar gestellt. Und wenn Gaus sie andeutete, dann gingen sie im Wortschwall unter, ohne daß nachgefragt wurde. Erwa: „Persönliche Freiheit“ bedeute „für uns“ (also für Reinhold) soziale Sicherheit; es gebe keine Arbeitslosigkeit in der „DDR“. Gaus kam nicht auf die Frage, wie viele entlassen wurden, weil sie Ausreise-Anträge stellten. Er kam auch nicht auf die Frage, ob die „soziale Sicherheit“ nicht der von Leibeigenschaft ähnelt. Die Fragen eines US-Senders wären, so darf vermutet werden, anders gewesen.

ENNO v. LOEWENSTERN

Ein wichtiges, ein reizvolles Thema hat auch guter Wille der Autoren war unverkennbar. Dennoch blieb die Dokumentation So entstand die SED (ZDF) unbefriedigend. Der Grund: Einseitiges Filmmaterial aus den Jahren 1945/46 illustrierte eine Darstellung, die zwar den Zwangscharakter der Vereinigung von SPD und KPD in der Ostzone klarmachte, aber wesentliche Akzente unzureichend gewichtete.

Der Kernfehler lag darin, daß Guido Knopp und Ralf Piechowiak das Thema zu sehr vom Gesichtspunkt der heutigen SED aus betrachteten. Deshalb sah man auch viel zu oft den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck, kaum aber den eigentlichen Drahtzieher jener Tage, den heute nur noch selten erwähnten Walter Ulbricht. Ganz zu schweigen von jenen Sozialdemokraten, die im Frühjahr 1945 vergeblich um einen gemeinsamen Start mit der KPD geworben haben. Ihre Namen und Aktivitäten blieben im Dunkeln.

Otto Grotewohl, damals Vorsitzender des SPD-Zentralausschusses, tauchte in der Dokumentation zum ersten Mal auf, als er unter russischem Druck schon „umgefallen“ war. Wie er sich vorher in ganz anderer Weise für eine unabhängige, starke SPD eingesetzt hatte, wurde dem TV-Zuschauer vorenthalten. Die zentrale Bedeutung des Freiheitskampfes der Berliner SPD kam überhaupt nicht zum Ausdruck.

Dies alles mag damit zusammenhängen, daß die Autoren nur Propaganda-Filmmaterial der Ostberliner DEFA, aber keine einzige westliche Wochenschau aus jenen Tagen ausgewertet haben. So mußte die historische Rekonstruktion mifflingen. BERNHARDT CONRAD

Eugen, der Löwe als Feldmarschall

Ludwig XIV. hatte ihn untergeschätzt: Als der junge Prinz Eugen aus dem Herzogtum Savoyen den König von Frankreich um eine Offiziersstelle bat, wies er ihn ab. Der Sonnenkönig konnte nicht wissen, daß er damit eine Niederlage nicht nur beim Spanischen Erbfolgekrieg heraufbeschwor. Denn Eugen ging von Paris an den österreichischen Hof nach Passau, von wo aus er später als Oberbefehlshaber Österreichs dem Hegemoniestreben Frankreichs empfindlich schaden sollte. Bei den Habsburgern gelang Eugen eine Blitzkarriere.

WDR-Autor Klaus Ingo Filmecke dokumentiert die Schlacht-Erfolge des Savoyers mit Gemälden aus dem

Rückblende – WDR III, 25.45 Uhr

Heeresgeschichtliches Museum in Wien. 1683 bewährte sich Eugen bei der Schlacht am Kahlenberg gegen die Türken. 1697 schlug er den Sultan bei Zenta. Das Soldaten-Lied vom Prinzen Eugen, dem „edlen Ritter“, besingt die Eroberung von Belgrad (1717).

Der Kaiser bedankte sich bei seinem erfolgreichen Kriegsminister mit Ländereien in Ungarn und hohen



Prinz Eugen von Savoyen (1663-1736)

Geldsummen – zwei Millionen Gulden hinterließ der Feldherr bei seinem Tode. Klaus Ingo Filmecke läßt den Zuschauer einen Blick in die Österreichische Nationalbibliothek werfen: 15 000 in Leder gebundene Bücher umfaßt der Nachlaß Eugens. Prinz Eugen starb vor 250 Jahren. In der Todesnacht, so berichtete sein Tierwärter, hat ein Löwe im Park „zu brüllen angefangen und von selbiger Stunde an sich ungemein traurig gezeigt“. Das Tier spürte wohl die Artverwandtschaft. Denn es heißt im Lied: „Prinz Eugenius auf der Rechten, tät als wie ein Löwe fechten, als Gen'ral und Feldmarschall.“

CHRISTIAN GEYER

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.45 ZDF-Info Verbraucher	11.25 Die Braunsvergnüger
10.00 WDR	11.30 APF bis
10.05 WDR	12.00 Pressenachrichten
10.25 100 Karat	12.00 heute
12.25 Eishockey-WM	14.00 heute
CSRR – Kanada	14.04 Computer-Corner
15.00 Absentee heute	Moderation: Biggi Leichtermond
Pferde ohne Sattel	14.30 Schiller-Express
15.30 Tagesgespräch	Moderation: Biggi Leichtermond
16.00 heute / Aus dem Ländern	17.00 heute / Aus dem Ländern
7. Teil: Erste Liebe	17.15 Tele-illustration
14.45 Die Besucher	17.45 Tom und Jerry
4. Teil: 45 Grad Fieber	Anschl. heute-Schlagzeilen
17.45 Tagesgespräch	18.30 heute mit wechselnd
Daw. Regionalprogramme	Ein fiktives Quiz
20.00 Tagesgespräch	Regie: Ferry Oken
20.15 Was bis ich?	19.00 heute
Häufiges Berufen mit Robert	19.30 Die Reportage
Lambke	Für die April
21.00 Kontexte	Gestern ging im Oublieren Pa-
Themen: Vor dem Antes-Prozess	lost der Republik der XI. Parteitag
Ladendiebe von drüben. Außen- und innenpolitische Analysen des	der SED zu Ende. Bilder zwischen
SED-Portraits. Ostberliner Vergangenheit	Parteitagsalltag und dem Oster-
Moderation: Jürgen Engert	berliner Kultus haben Werner
21.45 Dallas	Brüssau und Joachim Jauer einge-
Entscheidung um Ewing Oil	gangen.
22.00 Tagesgespräch	20.15 Happy birthday
22.00 heute	So feierte die BBC – und nun auch
Das zweite Gesicht	das ZDF – den Geburtstag von
The National Portrait Gallery	Königin Elizabeth II.
Film von Elisabeth Pfister	21.45 heute-journal
23.45 Eishockey-WM	22.00 heute-journal
USA – USA	22.00 heute-journal
0.15 Tagesgespräch	Berichte vom Spielfeld
0.20 Nachschub	23.05 Am nächsten Morgen kehrte der
	Minister nicht an seinen Arbeits-
	platz zurück
	Das kleine Fernsehspiel
	0.15 heute

III.

WEST	
17.30 Telekolleg II	21.30 Drei aktuell
18.30 Sekundarstufe	21.45 Kultur aktuell in Hessen
19.00 Aktuelle Stunde	22.30 Im Brennpunkt Kultur
20.00 Tagesgespräch	23.15 Jazz – in Concert
20.15 Auslandskorrespondent	Horst Jankowski
Jürgen Keltz in der Skins von San-	
to Domingo	
20.45 heute-journal	
Vor 250 Jahren gestorben:	
Prinz Eugen von Savoyen	
21.00 Fomel Film – Hitzparade	
21.45 Ich denke nur an Peleliu	
Deutsche Schauspielkünstlerinnen	
22.00 heute-journal	
Ausländische Fernsehkorresponden-	
ten	
23.45 Nachrichten	
NORD	
18.00 Sekundarstufe	
18.30 Fomel Film	
19.15 Arbeit der Zukunft – Zukunft der	
Arbeit (2)	
20.00 Tagesgespräch	
20.15 Freizeitsport	
Arbeitslose in Witten/Luhe	
21.00 Der Lift	
Fernsehspiel mit Ewald Wegro-	
sch, Helga Lettner u. a.	
Regie: Georg Tressler	
22.30 Mein Leben für Zarah Leander	
23.00 Nachrichten	
HESSEN	
18.00 Sekundarstufe	
18.30 heute-journal	
19.00 Fomel Film	
19.30 heute-journal	
20.00 Drei aktuell	
20.15 Der Sohn von Boll	
Amerikanischer Spielfilm (1978)	
Mit Asher Braun u. a.	
Regie: Bobby Roth	
SÜDWEST	
18.30 Sekundarstufe	
Nur für Baden-Württemberg:	
19.00 Abendschau	
Nur für Rheinland-Pfalz:	
Nur für die Saarland:	
19.00 Saar 3 regional	
Gemeinschaftsprogramm:	
19.30 Bundesnachrichten	
19.30 Die Sprechstunde	
Nur für Baden-Württemberg:	
20.15 Landespolitik	
Nur für Rheinland-Pfalz:	
20.15 Freizeitsport	
Gemeinschaftsprogramm:	
21.15 Feuer und Wasser	
Französischer Spielfilm (1981)	
Mit Yves Montand	
22.00 Westdeutscher-Kaleidostop	
23.00 Nachrichten	
BAYERN	
18.00 Sekundarstufe	
19.00 Heimatkund Europa	
20.00 Reisewege zur Kunst	
20.45 Die Sprechstunde	
Asthma bronchiale	
21.30 heute-journal	
21.45 AJ Capoue – Spekulation – Sensa-	
tion!	
22.45 Sanftes – Das Nurbongesicht	
Amerikanischer Spielfilm (1932)	
Mit Paul Muni, Ann Dvorak u. a.	
Regie: Howard Hawks	
0.15 heute-journal	

SAT 1	
15.00 Perle	Das Geheimnis des Namens
15.30 Schiller-Länderspiel	Deutschland – England
17.00 Die Leute von der Stuck-Buch	Ein unheimlicher Herr aus England
18.00 Text	Alex und die alte Dame
Anschließend:	Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme	
18.30 APF bis	
Nachrichten und Quiz	
18.45 Spezialanfrage	Eine Chance für Hosen
Anschließend:	Zauber der Magie
19.05 heute-journal	SV Werder Bremen – FC Bayern
München	
Bundesliga live aus dem Wester-	
stadion	
21.00 APF bis	
22.40 F. A. Z. heute	
23.00 heute-journal	
23.10 E. T. E. P. in	John Denver und seine Freunde
0.05 APF bis	

3SAT	
15.00 Mini-ZB	
15.10 Rock & Rock	
Musik und Mode	
19.00 heute-journal	
19.30 SAT-Studio	
19.30 Ich habe eine Familie	
Familienwuchs	
Bei Familie Schumann hat sich	
Nachwuchs angekündigt. Ange-	
und Werner stehen nun vor dem	
Problem: Wie sag' ich mein	
Kindern?	
21.15 Zeit im Bild 2	
21.35 Kulturjournal	
21.45 Club 2	
Anschl. 3SAT-Nachrichten	

RTL-plus	
18.55 Hans-Werner kommt alles	
19.25 2 vor 7	
19.30 KAZ	
20.15 RTL-Spiel	
20.30 Heimatschau	
20.30 Heimatschau	
Franz. Spielfilm (1968)	
Mit Catherine Deneuve u. a.	
Regie: Jean Aurel	
22.10 RTL-Spiel	
22.15 Blick in die Welt	
22.25 Stefan Heym: Ein Interview	
23.10 Wetter / Horoskop / Zeitungs-	

Laßt uns Cato retten!

reich - In kriegsgeschichtlichen Werken, Prozeßberichten und ähnlichem, wie auch in Tagebüchern und Biographien, waltet für mich eine feine, schärfere Spannung als in der fiktiven Erzählung. Bei der muß man sich fragen: Wie geht es weiter, wie geht es aus? Wenn ich aber von vornherein weiß, wie die Sache ausgeht - das Leben Goethes, der Feldzug Hannibals gegen Rom, der Fall des Doktor Crippen - dann lese ich so, wie man etwa einem entschwindenden Flugzeug nachschauen mag: mit dem eben so unerwünschten wie unbegründeten ängstlichen Hoffen, es wider Erwarten und gegen den Augenschein doch noch abzuwenden zu sehen. Exzentrische Sensationsgier ergreift mich.

Wie denn auch nicht! Hamlet ist letzten Endes doch nur eine Erfindung. Cato hingegen hat wirklich gelebt. So möchten wir doch lieber Cato gerettet sehen als den Hamlet. Und die scheinbar so widersinnige Spannung angesichts der Tatsache, daß Cato schon lange verstorben ist und sein Leben nicht mehr korrigiert werden kann, speist sich aus dem Erkenntnis: Es hätte damals auch anders kommen können!

Auch die zweite und dritte Lektüre einer fiktiven Erzählung bringt sie mir nicht näher an das wirklich gelebte Leben heran. Im Tatsachenbericht hingegen finden wir bei jeder erneuten Lektüre neue Ursache, mit dem Schicksal zu rechten.

Warum hat dieser Feldherr oder jener Staatslenker gerade dies getan und nicht das? Warum hat er immer nur auf seine Frau gehört und nicht auf seinen Leibknecht? Warum hat er sich nicht mit den richtigen Verbündeten zusammengetan, warum hat er auf der Höhe seiner Macht nicht konsolidiert, statt sich in immer neue kriegsrische Abenteuer zu stürzen? Warum, warum, warum...

So rütteln wir, durchaus vergeblich, an den Weichen der Vergangenheit, und eben dies ist es wohl, was jene herbe Spannung erzeugt, die uns keine auch noch so gut erfundene Geschichte ersetzen kann.

Neue Fragestellungen an die Baukunst: Das Frankfurter Architekturmuseum zeigt vier Ausstellungen von der Antike bis heute

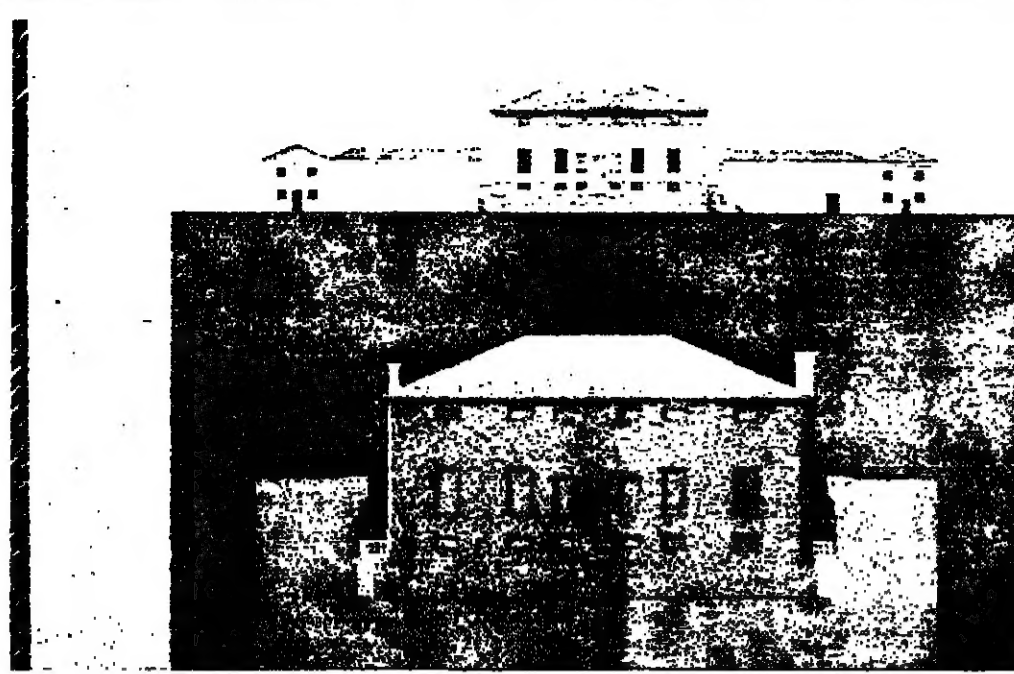
Die Sehnsucht nach Weite und Unversehrtheit

Was haben Lego-Bausteine, Walter Gropius, der Malerarchitekt Albert Cüppers und neue Ausgrabungen in Kleinasien miteinander zu tun? Auf den ersten Blick nur soviel: daß diese vier vollkommen disparaten Themen den Stoff zu vier gleichzeitigen Ausstellungen im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt abgeben.

Eine geradezu abenteuerliche Zusammenstellung: Hier die Symbolgestalt des industrialisierten, funktionalen Bauens in einer Aufarbeitung seines architektonischen Werkes, für die zum erstenmal amerikanische und deutsche Archivalien in einer großen Zusammenschau herangezogen werden. Dort die phantastische Aquarellwelt der verzerrten, verformten, zerstückelten Architekturen, Landschaften und Archetypen des Kasseler Professors von Holland, Albert Cüppers. Hier das grellbunte Bausteinpanoptikum bizzarrer Phantasie von 30 Architekten aus zehn europäischen Ländern, dort die akribisch und maßstabgetreu rekonstruierten Kultstätten griechischer Baukunst und Stadtplanung, Didyma und Milet - eine suggestive Phantasielandschaft im höchsten, dem Trubel entzogenen Museumsgeschoß.

Deren Verbindung zu den anderen Ausstellungen wird durch den überraschenden Titel der Schau sofort klar. „Antike aktuell“, heißt die Ausstellung als solche, mit denen der Architekt Walter Voigtländer unter anderem eine westanatolische, noch völlig unbekannte Kultur entdeckt zu haben glaubt, sondern die Rekonstruktion des in seinen Ausmaßen gewaltigen Tempels III von Didyma und die getreue Nachbildung des Zentrums von Milet sind das Thema: ein Architektur- und ein Stadtmodell der Antike, die als Seminararbeiten an der TH Darmstadt entstanden.

Für Voigtländer und seine Mitarbeiter hat sich mit dieser Arbeit ein stemberaubendes Erlebnis verbunden: Im Oktober 1979 entdeckten sie an den Wänden des Didymaions originale Werkstücke, die den Riesenbau, der in 600 Jahren Bauzeit niemals vollendet wurde, in seiner geplanten endgültigen Gestalt zeigen. Die in R-



Architekturphantasien über ein klassisches Thema: Andrea Palladio: „abwesend“, Aquarell von Albert Cüppers, aus der Frankfurter Ausstellung

tel geritzten, millimetergenauen Zeichnungen aus dem 3. Jahrhundert v. Chr. bedecken eine Fläche von 200 Quadratmetern - ein Sensationsfund, denn noch nie, so Voigtländer, sind Architekturzeichnungen der griechischen Antike in solcher Vielzahl und Vollständigkeit bekannt geworden.

Nach diesen Werken bauten Voigtländer und seine Mitarbeiter das Modell im Maßstab 1:100. Mehr und mehr wurden sie dadurch in etwas verstrickt, das Voigtländer als „die Neigung griechischer Künstler“ beschreibt, Werke durch ein geometrisches Bezugssystem für jeden Betrachter berechenbar und in einem höheren Sinn erfahrbar werden zu lassen.

„Es ist nicht die Antike allein, die wir sehen“, schreibt Novalis einmal und erläutert: „Gerade so, wie der Stern im Fernrohr erscheint und das selbe durchdringt, ebenso eine himmlische Gestalt in der Marmorfigur.“ In diesem Wort, das eine Erfahrung beschreibt, die dem Erlebnis der Darmstädter Modellbauer mit dem Projekt

„Antike aktuell“ sehr ähnlich zu sein scheint, enthält sich der tiefere Bezug auch zu den anderen Ausstellungen des Architekturmuseums. Sie alle haben nicht einfach nur mit den Themen und der Geschichte der Architektur, sondern vielmehr mit dem Mysterium der Kunst zu tun.

Um die „zeichnerische und malerische Aneignung eines vorgefundenen Materials, inhaltsschwer und mit der Anziehungskraft vergangener Epochen“, um die „umfassende Sehnsucht nach Weite, nach Unversehrtheit, nach der Jugend der Menschheit“ geht es nämlich auch Cüppers, und sein „Fernrohr“, spricht: seine Malweise soll beim Betrachter den Wunsch wecken, „seine eigenen Bilder mit hineinzusehen“.

In einem für die dritte Ausstellung typischen Text heißt es: „Der große Plan ist wie ein archaischer Ausgrabungsplan, der den verwehten Spuren einer verzauberten Märchenwelt nachgeht. Grundriß, Schnitt und Ansichten bleiben jeweils fragmentarisch, weil sie weitergebaut, weiterge-

dacht und weiterlebt werden wollen von dem homo ludens in der real nowherland.“

Das sind Erläuterungssätze der Frankfurter Architekten Jochen Jourdan und Bernhard Müller zu ihrem Beitrag für die Lego-Schau. Was sich hier ohne jedes Vorwissen von den begleitenden Ausstellungen ausspricht (die Lego-Villen wurden erstmals 1985 im Pariser Centre Pompidou gezeigt), das ist der Grundakkord nicht nur dieser drei Ausstellungen, sondern neuer Fragestellungen an die Kunst.

Schinkel war der Meinung, der tiefe innere Zusammenhang eines Kunstwerks, der auf das „nicht Darstellbare“ hindeute, werde nicht anders klar, „als indem jedes fühlende Gemüt ihn in den dargestellten Formen und Gestalten durch eigene Tätigkeit ergreift“. Diese Arbeit am „nicht Darstellbaren“, dieses Bauen, „Weiterdenken“, Kombinieren, Rekonstruieren an idealen Vorbildern und Urtypen ist das eigentliche Thema der drei Ausstellungen - symboli-

siert in jenem Raum, der für die „eigene Tätigkeit“ der Kinder in der Lego-Welt reserviert wurde.

Muß sich Gropius, dessen Bauten keine Veränderung und kein „Weiterdenken“ dulden, in der Gesellschaft dieser Ausstellungen nicht wie ein Fremdling ausnehmen? Nicht, wenn man die Botschaft der vierten, ihm gewidmeten Ausstellung nicht allzu vordergründig auslegt. Bereits die Veranstaltung einer großen Retrospektive für den Schematisierer des Bauens ist Ausdruck einer Art „Gegenkultur“ zu den heiligen Grundsätzen des Bauhauses, der die Tradition, der er nun selber angehört, so sehr verachtet, daß er alle bauschichtlichen Werke aus der Universitätsbibliothek warf.

Aber wer war Gropius wirklich? Die Frankfurter Ausstellung, die zuvor in Berlin zu sehen war (WELT vom 19. 12. 1985), stellt die Frage völlig neu. Denn der wirkliche Anteil von Gropius an seinen eigenen Bauten läßt sich kaum noch ermitteln, da er nicht zeichnen konnte und nur wenige kleine Schmierzeichnungen hinterlassen hat. Die Erarbeitung eines Bildes vom Architekten Gropius ist also „Archäologie“, bei der jeder Ausgräber „seine eigenen Bilder mit hineinbringt“.

So hat jedes dieser Ausstellungs-themen sein Nebenbühnen, das in einem „tiefen inneren Zusammenhang“ zu den Parallelausstellungen steht: das Auftauchen eines „Nowherelands“, das sich über die nackte, ausgeforschte, platgetretene Wirklichkeit schiebt. Ist es nicht dargestellt in jenem Modell von Milet, von dem Walter Voigtländer schreibt, es möge „den Reiz vermitteln, der in dem Gegensatz jener weitgehend über einem Raster entworfenen Architektur zu der durch Überschwemmungen und Verwehungen verschleierten Landschaft aus Lehm bräutet“?

Über die Lehren aus dem Dialog dieser vier Ausstellungen kann man nur staunen.

DANKWART GURATZSCH

Bis 19. Mai; Kataloge: Gropius 35 Mark; Lego 18 Mark; Cüppers 20 Mark; Antike aktuell 10 Mark.

JOURNAL

„Böll-Fonds“ hilft verfolgten Autoren

dpd, Düsseldorf
Aus den Mitteln eines „Böll-Fonds“ sollen in Nordrhein-Westfalen verfolgte ausländische Autoren unterstützt werden. Das aus Hausmitteln finanzierte Hilfsprogramm, das zur Erinnerung an den verstorbenen Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll eingerichtet worden ist, sieht ein Grundstipendium von monatlich 1500 Mark vor; außerdem will das Land bei Lesungen und der Vermittlung von Übersetzungen helfen. Als erster Autor soll der aus politischen Gründen aus seiner Heimat ausgebürgerte Türke Nihat Behram unterstützt werden.

Skulpturen von Fred Sandback

DW, Mannheim
„Was die Ausstellung nicht leisten kann, soll im Katalog erreicht werden“, heißt es im Katalog der Fred-Sandback-Retrospektive in der Städtischen Kunsthalle Mannheim mit „Skulpturen 1966-1986“. Wie bei vielen zeitgenössischen Künstlern, die Installationen und Objekte eigens für bestimmte Räume und Ausstellungen schaffen, können die Werke nur photographisch dokumentiert werden. Das gilt auch für viele Arbeiten Sandbacks, die sich meist auf minimale Akzente in leeren Räumen beschränken. Die Ausstellung dauert bis 11. Mai (Katalog: 32 Mark).

Kompositionswettbewerb für Kammermusik

Reg, Dresden
Die Dresdner Musikfestspiele und die Hochschule für Musik haben im Rahmen des „Internationalen Carl-Maria-von-Weber-Wettbewerbs“ für 1987 einen Kompositionswettbewerb für Kammermusik ausgeschrieben. Einsendetermin für die noch nicht veröffentlichten Werke ist der 1. Januar.

Byzantinische Kirchen Polens verfallen

JJG, Warschau
Von den zahlreichen orthodoxen Kirchen Polens sind seit 1945 rund die Hälfte vernichtet worden oder verfallen, weil das Geld für die Restaurierung fehlt. Darauf macht die Untergrundpublikation „Unabhängige Kultur“ aufmerksam. Es handelt sich vornehmlich um Kirchen in den Vertreibungsgebieten, aus denen orthodoxe Ukrainer nach Schlesien und Ostpreußen deportiert wurden.

Erneut Kamerapreis zur photokina

dpd, Köln
Zum dritten Mal ist jetzt der „Deutsche Kamerapreis Köln“ ausgeschrieben worden. Bei dem Wettbewerb zur Weltmesse des Bildes „photokina“ (3. bis 9. September in Köln) sollen Leistungen deutscher und in der Bundesrepublik ansässiger Kameraleute gewürdigt werden. Veranstalter sind unter Mitwirkung von WDR und ZDF die Stadt Köln und die Deutsche Gesellschaft für Photographie.

Führer durch die Museen in Westfalen

DW, Münster
176 Museen vom Heimatmuseum Ahlen bis zum Märkischen Museum Witten stellt die überarbeitete und ergänzte Neuauflage des Führers „Museen in Westfalen“ vor. Er beschreibt die einzelnen Häuser ausführlich, nennt Öffnungszeiten und Eintrittspreise, weist auf die Schwerpunkte der Sammlungen und Publikationen hin. Ein Register der Sachgebiete und der Künstler erleichtert außerdem den Zugang zu speziellen Kollektionen. Der Museumsführer kostet 19,80 Mark (Verlagsgesellschaft Eigenkamp, Greven).

Finnland Festivals '86: Tanz, Gesang und Jazz

akk, Helsinki
Der finnische Festivalommer mit internationalen Künstlern beginnt dieses Jahr in Kuopio mit den Tanzfestspielen (4. bis 10. Juni). Ilmajoki lädt vom 6. bis 14. Juni zu Musiktheater und Konzerten ein. Das Sängerfest (12. bis 15. Juni) wird in Joensuu im Zeichen der Kirchenmusik stehen. Kammermusikfreunde kommen in Naantali (13. bis 25. Juni) auf ihre Kosten. Jazz findet vom 5. bis 13. Juni in Porvoo statt. Volksmusik in Kaustinen (14. bis 20. Juni) und Theater in Tampere (12. bis 17. August).

Jean-J. Gautier

dpd, Paris
Der französische Schriftsteller und Kritiker Jean-Jacques Gautier ist gestern in Paris im Alter von 78 Jahren gestorben. Gautier arbeitete von 1941 bis 1974 für den „Figaro“ und anschließend für das „Figaro-Magazin“. Der Schriftsteller, der 1946 für „Histoire d'un fait divers“ den renommierten Literaturpreis „Goncourt“ erhalten hatte, wurde 1972 Mitglied der Academie Française.

Tanzfest Wien: Ensembles aus aller Welt trafen sich in der Donaumetropole

Grüne Nebel umwölken Queen Mab

Tanz '88 oder In achtundachtzig Veranstaltungen um die Welt: Auch wenn die „Wette“ heutzutage nichts mehr gilt und sich selbst die Kunst in Jet-set-Geschwindigkeit um den Erdball bewegt, kann sich das Wiener Ballettpublikum gleichwohl glücklich schätzen. In keiner anderen Stadt ist in letzter Zeit mehr getanzt und umfassender informiert worden als in der Donaumetropole. Zwei Monate lang zeigen Ensembles aus aller Herren Ländern, was das eigentlich ist: Tanz in unserem Jahrhundert.

Gerhard Brunner, seines Zeichens Ballettdirektor der Wiener Staatsoper, hatte die gesamte Tour d'honneur im Auftrag des Städtischen Kulturamtes programmiert, und er sparte dabei weder historische Reminiszenzen aus noch die aktuellsten Entwicklungen. Gerade in der erklärten Gegensätzlichkeit von Alt und Neu, Ost und West, Kunst und Experiment sollten dem Zuschauer die immensen Ausdrucksmöglichkeiten eines Mediums bewußt gemacht werden, das sich eben nicht im Walschritt erschöpft.

Wie es sich für ein wohlproportioniertes Festival gehört, wechselten auch in Wien ganz gezielt attraktive Sondergastspiele mit einheimischen Vorstellungen, für die sich eher Insider interessieren: Schließlich erlaubt selbst bei ständiger Anstrengung einmal die Aufmerksamkeit des Publikums. Eine Uraufführung wie die des Tanztheaters Wien, unter dem Titel „Der Schrei des Kardinals“ zum

Festspiel-Finale erarbeitet, erscheint unter diesen Voraussetzungen also mindestens ebenso sinnvoll wie der Straußtritt des Bolshoi-Balletts oder der Brüsseler Béjart-Kompanie (beide in der ersten Reihe). Die Folgeproduktion „Wien, Wien, nur du allein!“ - auch wenn die eingeschworene Mannschaft von Liz King mit ihren Francis-Bacon-Ähnlichkeiten diesmal nicht so zu Rande kam, wie es die Fans wohl erwarteten.

Was Wunder, wenn das Ballett der Budapest Staatsoper mit seiner funkelhagelhaften „Romeo und Julia“-Einspielung den eigentlichen Schlüsselpunkt von „Tanz '88“ setzte. Immerhin, rechnet man László Szergi nicht erst seit seiner „Sylvia“-Entscheidung zu den künftigen, erfahrensten, theatralischsten Choreographen unserer Zeit. Szergi läßt sich denn auch nicht lange bitten. Er schöpft aus dem vollen und geniert sich erst gar nicht, sowohl Zeffirelli's Film zu zitieren wie Crankos Choreographie-Modell. Aber er ist deswegen noch lange kein Plagiator.

Seine Fassung, von vornherein durch den historischen Shakespeare-Rahmen als bewußtes Bühnenerlebnis deklariert, besitzt künstlerische Kraft und tänzerische Eigenständigkeit, so daß sie mühelos mit allen anderen Ballettdeutungen mithalten kann, ihnen in manchem Detail sogar überlegen ist. Ständig ist in seiner Aufführung etwas los. Auf dem Marktplatz von Verona reiben sich

frühmorgens die Verkäufer den Schlaf aus den Augen. In der Küche der Capulets streckt die Arme schwitzend zwar mal alle viere von sich, aber sie bringt auch alsbald die versammelte Dienerschaft wieder auf Trab. Mercutio beweist sich als ein wahrer Hexenmeister, der nicht nur mal einen roten Apfel zauberkundig verschwinden läßt, sondern am Ende wie ein Clown aus seinem Tod noch ein akklamiertes Schauspiel macht.

Problematisch wird seine Produktion nur dann, wenn die Schicksalsmächte offenbar ihre Hand im Spiel haben. Da taucht beispielsweise Queen Mab, von grünlichen Nebeln umwölkt, urplötzlich aus der Versenkung auf, um wie die leibhaftige Schlangengabe im Paradies zwischen den rivalisierenden Familien Unfrieden zu stiften. Da senkt sich im ersten Akt auf höheres Geheiß auf einmal Julius Balcon wie ein Lift zu Boden, damit sich ihr Romeo nicht körperlich erschauern muß. Da hebt sich vor allem am Schluß das Totenbett der beiden wie ein Altar in die Höhe, den rosawandige Liebespaare ringelnd umschwärmen.

Aber die generelle Qualität erleidet durch solche Extravaganzen keine Einbußen. Das temperamentvolle Ensemble, von der blühenden Katalin Volf und dem poetischen Jenő Löcsei angeführt, triumphiert über alle kritischen Einwände und bringt „Tanz '88“ zu einem guten Ende, wie es sich Gerhard Brunner eigentlich nur wünschen kann. HARTMUT REGITZ

Psychopaten unter sich: Ludwig Fels' „Lieblieb“ in Darmstadt uraufgeführt

„Ich liebe nur noch zu Silvester ...“

Das Publikum war nicht nur gut vorbereitet auf das neue Stück „Lieblieb“ von Ludwig Fels durch die Staatstheaterzeitung (Randgruppen, Sprachlose, reiche Gefühle im Schmerz, kein Ausweg so wie im Leben) und durch eine Matinee, das „Publikum hatte sogar die Kasse gestürzt, denn es ging um „seinen“ Ludwig Fels, den Leonce und-Lena-Preisträger.

Der heruntergekommene Kneipenhocker Rudi macht die ältere Frau Rosina an, die, mit Psychopharmaka und einer Arbeitsstelle ausgerüstet, soeben aus der Klinik entlassen ist und die Kneipe betritt. Sie reden sofort von ihren Leiden, er versteht sie gut, und statt sie ins Wohnheim ihres Arbeitgebers zu führen, schleppt er die nur halb Widerstrebende auf seine Bude.

Die Gespräche sind sonderbar. In der Kneipe fragt sie ihn plötzlich: „Und wann sind Sie gestorben?“, und er antwortet: „Nach Innen“ und reicht ihr ein Glas. Unterwegs zur Bude verspricht er ihr, anständig zu sein, und sie sagt: „Ich bin der Liebe liebste Schwester. Ich liebe nur noch zu Silvester. Ach, schenk mir deinen Schwanz, mein Bester. Das geht aber nicht. Das führt zu weit.“

Margit Schulte-Tigges ist jung und soll in Rosina eine alte Frau, offenbar eine psychisch verkorkte Pennerin, darstellen. Darauf weist der gelegentliche vulgäre Wortschatz hin, über den auch Rudi (Georg Marin) verfügt. Gleichzeitig aber haben beide noch

aus früheren Zeiten auch eine anspruchsvollere Diktion.

Rosina kommt an ihrem Arbeitsplatz nie an, sie wird von Rudi in seiner Bude eingesperrt. Er versucht, sie zu gebrauchen, aber er ist impotent, immer besoffen, die geleerten Flaschen fliegen ununterbrochen durchs Zimmer. Sie heult, rebelliert, schluckt Pillen, aber sie gewöhnt sich sehr schnell. Und warum ist er krank, impotent und ein Säufler? Neben dem Bett steht eine Badewanne voll Erde und Pflanzen, mit einem Blumenkreuz und der Tafel: Hilde; die Nachbildung eines Grabes also.

Diese Hilde ist ihm in den Flitterwochen weggestorben, und vor dieser Badewanne pflegt er zu heulen. Hilde ist für ihn das glorifizierte Überwiewe, keine andere kann konkurrieren, und das beweist er mit seiner Impotenz und der Verachtung und Gewalt für die anderen. Jede verdient Prügel und kriegt sie reichlich. Trotzdem heult Rosina mit ihm gemeinsam an der Gedächtnis-Badewanne. Und er schluchzt in die Wanne hinein: „Hart du es ein bißchen schön da unten?“ Seine Hilde erscheint ihm manchmal veritabel und redet Liebesschnulzenpalaver mit ihm.

Als er Rosina seinem jugoslawischen Freund Vanko (Hermann Scheidter) ausliefert, wird das auch nicht und schreit: „Diese Frau ist kein Glück. Der Schwanz ist ein Idiot.“ Rosina sagt: „Macht mit mir, was ihr wollt, Hauptsache, einmal ist

es vorbei.“ Und damit ist auch das Stück vorbei.

Das Publikum applaudiert der Schwerkraft besonders Rosinas. Die reißerliche Leidende zu einer glaubwürdigen Figur zu machen, und scheute kein Herumfliegen, Stürzen, Kopfaufschlagen. Als Ludwig Fels fröhlich in den Applaus trat, empfing ihn das bereitwillige Publikum mit einem Sturm von Buhs. Er winkte fröhlich, die Buhs verstärkten sich, aber er blieb fröhlich.

Was lag vor? Es gibt kein ungeeignetes Thema, nur ungeeignete Mittel. Betont ärmlicher Text, aufgeraut durch viele Todsensenzen der leidenden Frau, monotone, tierische Hund-Verhältnisse, Suß und wieder Suß zu Hause und in der Kneipe, klägliches Zuhälterversuch - wenn das alles zu einer konvulsischen Ballung geführt hätte, wäre das Publikum so begeistert hinausgegangen, wie es gekommen war.

Aber zwei Hindernisse haben alles ruiniert: der monotone Text, der die Monotonie dieses Daseins gerade nicht vernünftigt, und das Unvermögen des Regisseurs Jean-Claude Kumer, diese Armut zu einer bedrückenden Vision zu ballen; es wurde nur langweilig. Selbst das aufwendige Bühnenbild (Susanne Thaler) verstärkte die Diskrepanz, statt sie zu überdecken. Fels wird natürlich denken, das Publikum habe seine Philosophie verdrängt. Er irrt.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Ein Streit ist zu Ende: Die Moshe-Dayan-Sammlung in Jerusalem

Tiere zwischen Kult und Kunst

Nun kann man sie endlich sehen, die Antiken, die einst Moshe Dayan besaß. Etwa 600 Objekte wurden aus der Sammlung, die mehr als tausend Gegenstände umfaßt, im Israel-Museum in Jerusalem vorgestellt. Die Sammlung ist so kontrovers wie der Soldat-Staatsmann, der sie besaß. Während die Öffentlichkeit in Israel seine sehr persönlichen und unautorisierten Sammlungsmethoden kritisierte, insbesondere die Tatsache, daß er illegale Ausgrabungen unternommen hatte, wurde doch niemals irgendein offizielles Verfahren gegen Dayan angestrengt.

Das Israel-Museum gelangte in den Besitz der Sammlung, indem es sie von der Witwe, Rachel Dayan, im Jahre 1982 für eine Million US-Dollar erstand. Die Summe wurde durch private Spenden in den USA und Israel aufgebracht.

Dies ist eine sehr persönliche „dayaneske“ Sammlung.

kommentiert Jakob Meshorer, der als Kurator für die Ausstellung verantwortlich zeichnet. „Man kann sehen, daß Dayan ein Mann der Erde war - die Erdhaftigkeit ist klar wahrnehmbar in der ungewöhnlichen Auswahl fundamentaler Gegenstände, die er sammelte. Er liebte große, massive Objekte und zog solche vor, die dem täglichen Gebrauch dienten. Das Zeitalter, das er besonders mochte, war das Chalcolithische (etwa 3550 v. Chr.).“

„Dayan hatte eine tiefe, gefühlvolle Zuneigung, ja fast eine physische Liebe zu seinen Funden“, enthüllt Meshorer. „Er setzte mit Vorliebe die Bruchstücke zusammen - nur brauchten dann die Museums-Restauratoren anderthalb Jahre, um sie richtig zusammenzusetzen.“

Die meisten Fundstücke der Sammlung sind aus Ton. Sie zeigen jedoch in Form und Zweck eine große Vielfalt. Das

reicht von gewöhnlichen Gefäßen für den täglichen Gebrauch bis hin zu Grabbeigaben. Außerdem gibt es viele Kultobjekte, manche von ihnen selten und bemerkenswert, sowie eine Fülle von kleinen Tonfiguren, sowohl von Menschen als auch von Tieren.

Die Auswahl der Tiere ist interessant: der Stier zum Beispiel diente einerseits als Zuchtobjekt bei der täglichen Arbeit und war andererseits ein religiöses und rituelles Symbol. Ähnlich ist es bei den Menschendarstellungen, die Abbildungen waren und zugleich eine magische Amuletts- und Kultrolle zu übernehmen hatten. Diese Ambivalenz zwischen Kult und Kunst, die für die Menschen des Altertums natürlich nicht existierte, macht den Reiz dieser Sammlung aus, die die persönliche Handschrift des Sammlers nicht verleugnet. (Bis Oktober; Katalog in Englisch soll Ende Mai vorliegen.) LILI EYLYON



Leistlinge aus Ton, israelitische Periode (8.-10. Jhdt. v. Chr.), aus der Dayan-Sammlung

Kölner Untersuchung zur „Heftchen“-Literatur

Alle lesen Arztromane

Was man immer schon ahnte, wenn man in Eisenbahnabteile, Busse und Flugzeuge hineinklickte, das ist jetzt auch wissenschaftlich untermauert worden: Frau Doktor liest genauso viel und gern Heftchenromane wie ihre Raumpflegerin. Das ist jedenfalls das Ergebnis einer Untersuchung, die Walter Nutz und Volker Schlögl im Rahmen einer Arbeit des „Kölner Instituts für Massenkommunikation“ vorlegten. Mit mehr als 3000 Fragebögen, die „Heftchen“-Romanen einen großen einschlägigen Verleger beigegeben waren, sei man erstmals nach mancherlei Forschung, die eigentlich meist nur die „heile Welt“ der trivialen Literatur vorführe und sie am Niveau der Kultur-Literatur maß, in größerem Umfang an den Leser selbst herangekommen.

Für die Millionen-Auflagen der „Heftchen“ ist es nun keineswegs nebensächlich, daß männliche Jugendliche bis 18 Jahre mit Volksschulbildung Wildwestromane allen anderen vorziehen, während Gleichaltrige mit höherer Schulbildung zum Horror- und Gruselroman tendieren. Liebesromane nach Art der Hedwig Co-

urths-Mahler sind ex, der schicke Liebesroman mit Sex ist in Arztromane liest jeder, „was möglicherweise den großen Erfolg der TV-Serie „Die Schwarzwaldklinik“ erklärt“. Im einzelnen hatten 38 Prozent der Fragebogen-Rücksender eine höhere Bildung als Volksschule. Frauen bekannten in genau dem gleichen Maße wie Männer, daß sie Krimis lesen, und Frauen sind zwischen den verschiedenen Genres („Heimat“, „Liebe“) beweglicher als Männer.

Das falsche Image der „Heftchen“ legen die Autoren Nutz und Schlögl der Ausdeutung von „Trivialliteratur“ unter politisch-ideologischem Aspekt durch Herbert Marcuse und Theodor Adorno in den 60er Jahren zur Last. Mit der „liturgisch wiederholten Formel von der repressiven Kultur, die mittels Literatur für die Unterschicht das Bewußtsein bestimme, das nur am Konsum manipulativ orientiert sei, um das kapitalistische System zu affirmieren“, habe man vorübergehend Eindruck gemacht. Diese Deutung scheint aber „endgültig den Atem verloren“ zu haben. EBERHARD NITSCHKE

